

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

9/2017

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe November-Dezember 2017

Mit Schwerpunkt Nordkorea

Redaktionsnotiz.....	3
Imperialismus gestern und heute.....	5
<i>Deutsch.rt.com</i> : NATO plant neues Logistik-Kommando für Vormarsch auf Russland.....	5
<i>Brigitte Queck</i> : Korea – Der opferreiche Weg des koreanischen Volkes und der Wunsch aller Koreaner nach Wiedervereinigung.....	7
<i>German Foreign Policy</i> : Katalonien - Austerität und Sezession.....	55

Die Oktoberrevolution und die heutigen Aufgaben.....	58
<i>Tibor Zenker</i> : Oktoberrevolution und Partei.....	58
Berichte von den Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution....	63
<i>Michael Kubi</i> : Eindrücke der Konferenz "100 Jahre Oktoberrevolution - 100 Jahre Dekret über den Frieden" des Deutschen Freidenkerverbandes vom 30.9.17 - und die Nachwirkungen.....	63
<i>Michael Kubi</i> : Wenn Trotzlisten lügen. Das Beispiel Wadim Rogowin und die repressierten Kommunisten.....	68
<i>Frank Flegel</i> : Die Veranstaltung „Revolution hat Zukunft“ von DKP, RotFuchs und SDAJ am 21.10.17.....	74
<i>Gregor Hollender</i> : Klein aber fein. Die Konferenz „Der Zukunft wegen“ am 4.11.17	79
DKP.....	81
<i>Frank Braun</i> : Ein Dokument fortgesetzten Verfalls.....	81
Resonanz.....	88
<i>Klaus Schwurack</i> : Einige Bemerkungen zu Gerhard Feldbauers Vorstellung des Buches „Schluß mit Luther“ von Peter Henkel.....	88
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Eine zu enge, undifferenzierte Sicht. Zu Frank Flegel „Über den Zentrismus“ (Heft 6/2017).....	90
„junge Welt“: Rezension der Kurt-Gossweiler-Bände.....	94
<i>Arnold Schölzel</i> : Intensität und Akribie.....	94

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel.

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen..

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Tel.u.Fax: 05572 – 999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Das Jahr 2017 war für die offen-siv eins der anstrengendsten und gleichzeitig auch erfolgreichsten überhaupt. Wir haben neun Hefte der Zeitschrift gemacht, zusätzlich das Heft der Fernstudenten/innen und die drei Bände Kurt Gossweiler „Wie konnte das geschehen“ herausgebracht. Insgesamt mehr als 1.600 Druckseiten!

Das hat viel Arbeit, Zeit und Energie gekostet, denn nebenher war ja auch das Fernstudium durchzuführen, die eine oder andere Gremiums- und Gruppensitzung zu absolvieren und vor allem die Veranstaltung „Der Zukunft wegen“ am 4.11.17 in Heidenau bei Dresden vorzubereiten und durchzuführen. Manchmal wussten wir nicht mehr, wo uns der Kopf stand. Aber die Arbeit war sinnvoll und, wie wir meinen, auch ganz erfolgreich. Finanziell sind wir weit über unsere normalen Grenzen hinaus gegangen. Das konnten wir, weil wir für das Projekt der drei Gossweiler-Bände eine zinslose Vorfinanzierung von einem Genossen der KPD über 15.000 Euro bekommen haben. Inzwischen konnten wir knapp die Hälfte der Summe zurückzahlen. Hier einen herzlichen Dank an alle, die uns mit Bestellungen und großen oder kleinen Spenden geholfen haben. Ohne Euch ginge gar nichts!

Zu diesem Heft: Wir haben uns aus gegebenen Anlässen für einen umfangreichen Schwerpunkt „Imperialismus gestern und heute“ entschieden und beleuchten dort drei Aspekte: Die NATO-Planungen gegen Russland, die ökonomischen Hintergründe der Sezessionsbewegung in Katalonien/Spanien und besonders ausführlich Nordkorea (48 Druckseiten). Die Geschichte der Kämpfe in Korea und die Gegenwart der Provokationen, Spannungen und Aggressionen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea auf der Grundlage klarer Klassenpositionen darzustellen war uns ein großes Anliegen, denn leider findet die aggressive imperialistische Propaganda gegen Nordkorea auch ihren Widerhall in Kreisen der Friedensbewegung, der Linken bis hinein in die kommunistische Bewegung. Es gibt Linke, die rufen in der aktuellen Situation tatsächlich nach „beiderseitiger“ Abrüstung. Wir haben in einer der vielen Zeitungen, die wir haben, wissen aber nicht mehr, in welcher, die folgenden zwei prägnanten Sätze gelesen: *„Saddam Hussein und Muamar al-Ghaddafi haben auf Druck des Westens ihre Atomprogramme abgebrochen. Beide haben diesen Fehler nicht überlebt.“*

Neben diesem Schwerpunkt „Imperialismus“ beschäftigen wir uns natürlich mit dem 100. Jahrestag der Oktoberrevolution. Wir bringen eine interessante Arbeit von Tibor Zenker von der Partei der Arbeit Österreichs zur Bedeutung dieses Erbes heute und zusätzlich Berichte von drei Veranstaltungen zum Thema: „100 Jahre Oktoberrevolution – 100 Jahre Dekret über den Frieden“ vom Deutschen

Freidenkerverband mit Partnern, „Revolution hat Zukunft“ von DKP, RotFuchs und SDAJ mit Unterstützern, und „Der Zukunft wegen“ von KPD, offen-siv, RFB, GRH, Deutschem Freidenkerverband und KAD.

Die DKP ist in diesem Heft gleich zweimal Thema, einmal in einem Artikel zur aktuellen Debatte um den Leitantrag und die antimonopolistische Strategie und das zweite Mal in der Rubrik „Resonanz“. Dort kritisiert Gerhard Feldbauer Franks Einschätzung des Handelns der aktuellen DKP-Führung als zentristisch. Wir haben die gute Tradition, dass die Redaktion auf Kritik nicht im gleichen Heft antworten, also nicht sofort so etwas wie eine „Lesehilfe“ geben soll, sondern erst im nächsten Heft Stellung nehmen kann. So wollen wir es halten. Nebenbei: Debatten schärfen den Blick und die Argumente. Es muss also nicht bei einem Zwiegespräch zwischen Gerhard und Frank bleiben.

Aus Platzgründen mussten wir einen wichtigen Schwerpunkt, das organisatorische Erstarken des Faschismus in Deutschland mittels der AfD und deren Mitläufer und Sympathisanten, wieder aus dem Heft nehmen und auf die Ausgabe Januar-Februar 2018 verschieben.

Im nächsten Jahr wird es kaum weniger anstrengend werden:

- Im März 2018 fangen wir einen neuen Durchgang unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums an, wieder gemeinsam getragen von der KPD und der offen-siv. Wer Interesse hat, kann sich jetzt schon melden (Redaktionsadresse), wir senden dann gern Informationsmaterialien zu. In der Januar-Februar-Ausgabe 2018 werden wir ausführlich auf den nächsten Studiengang eingehen.

- Ende des Jahres jährt sich die Novemberrevolution in Deutschland zum 100. Male, zum Jahreswechsel die Gründung der KPD. Dazu wird einiges vorzubereiten sein. Wir werden unser Bestes tun.

Und nun wieder das leidige Thema Finanzen. Ihr habt die Andeutung oben ja schon gelesen. Wir haben viel Geld ausgegeben und stehen aktuell mit mehreren Tausend Euro in der Kreide - bei einem Genossen, was natürlich viel besser ist, als einer Bank Zinsen in den Rachen zu werfen. Aber zurückzahlen müssen wir das Geld trotzdem. Vielleicht können die Gossweiler-Bände ja ein schönes Weihnachtsgeschenk für nahestehende Genossen/innen sein, vielleicht könnt Ihr uns „außer der Reihe“ eine Spende zukommen lassen – und ein Appell an diejenigen, die sich bisher etwas zurückgehalten haben: jeder Euro zählt, lasst uns gemeinsam eine kleine Anstrengung machen, dann schaffen wir das!

Spendenkonto offen-siv:

Konto Frank Flegel, IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Imperialismus gestern und heute

Deutsch.rt.com: NATO plant neues Logistik-Kommando für Vormarsch auf Russland

Die Verteidigungsminister wollen auf ihrem vierteljährlichen Treffen eine neue Kommandostruktur prüfen. Diese soll auch Infrastruktur in osteuropäischen NATO-Staaten sanieren, damit die USA schneller Kriegsmaterial an die russische Grenze bringen können.

Die NATO-Verteidigungsminister sind bereit, zwei neue Kommandos zu schaffen, um die alliierte Logistik zu verbessern und ihre Versorgungslinien zu schützen. Das Ziel der beiden neuen Kommando-Strukturen soll es sein, in einem Konflikt mit Russland mögliche Schwächen bei der Logistik auszuräumen, sagten Beamte von NATO-Staaten gegenüber dem Wall Street Journal. Die Verteidigungsminister werden die neue Befehlsstruktur auf ihrer vierteljährlichen Sitzung im nächsten Monat prüfen.

Die Empfehlungen umfassen ein neues NATO-Logistikkommando, das sich auf die schnellere Verlegung von Menschen und Material konzentrieren soll. Dazu gehört auch ein Kommando für den Atlantik und den Arktischen Ozean, das sich auf den Schutz der für die Versorgung Europas wichtigen Seewege vor Bedrohungen durch russische U-Boote konzentrieren soll. Kosten und Finanzierung der neuen Einheiten sind noch nicht abschließend diskutiert. Seitdem die NATO-Staaten sich erneut darauf verlegt haben, Spannungen mit Moskau zu inszenieren, sollen die NATO-Mitglieder die Mobilität ihrer Truppen erhöhen. Gegenwärtig dient dies einem angeblichen Rotationsprinzip, mit dem die NATO-Mitglieder ihre Truppen an den Grenzen zu Russland schnell austauschen. Damit wollen sie den Eindruck erwecken, die NATO-Russland-Akte nicht zu verletzen. Dieses Dokument verbietet die "dauerhafte Stationierung".

Indem die NATO die einzelnen Soldaten im Turnus von drei Monaten auswechselt, glaubt sie, einen Advokaten-Trick gefunden zu haben, um nicht gegen den Wortlaut des Vertrages zu verstoßen. Dies verlangt allerdings einigen logistischen Aufwand. In den NATO-Stäben heißt es nun, die eigene Mobilität sei "während des jahrzehntelangen Friedens verkümmert". Außerdem beklagen sich US-Offizieren,

dass sie ihr militärisches Material innerhalb der Europäischen Union nicht frei bewegen können, da in Friedenszeiten die gleichen Regeln gelten wie für zivilen Verkehr.

"Die Allianz muss genau so schnell und noch schneller handeln wie die Streitkräfte der Russischen Föderation, damit unsere Abschreckung wirksam ist", sagte Generalleutnant Ben Hodges, der NATO-Oberkommandierende in Europa. Schnelligkeit sei der Beitrag, den die europäischen Politiker leisten können. Die NATO will einen europäischen NATO-Vertrag erreichen, der sich am Schengen-Vertrag orientiert, damit ihr Militärgerät sich auf allen Straßen auch über europäische Landesgrenzen hinweg bewegen kann. General Hodges fordert, eine europaweite Zone zu schaffen, in der die NATO schnell Truppen und Material verlegen kann, ohne lange auf Genehmigungen durch die nationalen Behörden warten zu müssen. Die geplanten neuen Kommandos der NATO, so die Beamten, sollen dazu beitragen, eine solche Zone zu schaffen. Außerdem verlangt die NATO von der EU, dass beide besser zusammenarbeiten, um die Anforderungen an diplomatische Genehmigungen zu senken.

Die NATO-Sprecherin Oana Lungescu erklärte, das Bündnis überprüfe seine Befehlsstruktur, um sicherzustellen, dass dieses "zweckmäßig" sei und sich auf die militärische Mobilität konzentrieren kann. Die Fähigkeit, Streitkräfte innerhalb des Bündnisses schnell zu verlegen, sei wichtig für die kollektive Verteidigung, so Oana Lungescu. "Die Alliierten passen ihre nationalen Rechtsvorschriften an, damit militärische Ausrüstung schneller über die Grenzen hinweg transportiert werden kann, und arbeiten an der Verbesserung der nationalen Infrastruktur."

Besonders die osteuropäischen NATO-Staaten wollen, dass die neue Kommandostruktur in ihren Ländern untergebracht wird. Ein mögliches neues NATO-Hauptquartier würde sich von seiner Bedeutung her auf der gleichen Ebene befinden wie die NATO-Streitkräfte, die derzeit in den Niederlanden und in Italien stationiert sind. Es soll sich darum kümmern, verschiedene Pläne und Szenarien zu entwerfen und zu testen, um die "Fronttruppen" schnell an die Grenze zur Russischen Föderation bewegen zu können.

Unterdessen haben die USA ihre Truppenpräsenz in Europa weiter ausgebaut. In dieser Woche traf die 1. Luftkavallerie-Brigade mit 89 Hubschraubern, darunter CH-47 Chinooks, UH-60 Black Hawks und AH-64 Apaches, in Belgien ein. Sie sollen von dort weiter nach Deutschland, Lettland, Rumänien und Polen verlegt werden. Der Kongress prüft außerdem, ob und wie diese Einheiten sowie eine Panzerbrigade dauerhaft in Europa stationiert werden können. Allerdings sehen die US-Streitkräfte "zahlreiche Hindernisse für die NATO" in Europa, welche eine Beschleunigung der militärischen Bewegungen behindern. Im Kriegsfall hat der Oberbefehlshaber der

NATO die Macht, die zivilen Regeln in allen NATO-Staaten in Europa auszusetzen. Aber kritische Logistik-Verstärkungen, argumentieren die Offiziere, würden bereits benötigt, bevor möglicherweise ein Krieg erklärt wird¹.

Brigitte Queck: Korea – Der opferreiche Weg des koreanischen Volkes und der Wunsch aller Koreaner nach Wiedervereinigung

1.- Zur allgemeinen Weltlage, in der die USA mittels von ihnen angezettelter Kriege ihre Weltherrschaft errichten wollen.

Dabei wird seitens der USA der kleine sozialistische Staat, die Demokratische Volksrepublik Korea, von Anbeginn als Feind betrachtet. Erst vor kurzem erklärte auch der jetzige US-Präsident Trump, dass er die DVRK zu vernichten gedenke.

Zwei Einschätzungen ihrer ideologischen Vordenker Zbigniew Brzezinski bzw. Georg Friedmans über die Politik der USA erwiesen sich dabei als erstaunlich zutreffend. Brzezinski, der in Sachen Außen- und Sicherheitspolitik fünf US-Präsidenten einschließlich Carter und Obama beriet, hatte die US-Aggressionskriege im Nahen Osten wie die gegen den Irak, oder Libyen exakt vorausgesagt. Auch der Gründer und vormalige Chef des privaten US-Geheimdienstes Stratfor, Friedman, beschreibt in seinem Buch „Die nächsten Hundert Jahre“ die geopolitische Zukunft auf unserem Planeten.

Woher rührt deren weise Voraussicht? Die USA-Regierungen so wie auch ihre westlichen Bündnispartner lassen von ihnen glänzend bezahlte Wissenschaftler in Form von Think Tanks, in angeblich unabhängigen Stiftungen und Organisationen(so z. B. dem Council on Foreign Relations, bzw. Nichtregierungsorganisationen) weltweit seit Jahrzehnten für sich arbeiten. Es vor allem um strategische Orientierungen zur Machtsicherung und Herrschaftserweiterung.

¹ So beklagen sich die NATO-Offiziellen etwa darüber, dass kampfbereite gepanzerte Mannschaftstransporter in Europa nicht ohne ausdrückliche Vorabgenehmigung die Grenzen überschreiten können. Außerdem müssten sich Munitions- und Kriegsfahrzeuge auf vielen europäischen Straßen separat bewegen. Sie dürfen sich erst auf den Militär- und Trainingsgeländen zusammenschließen. Eine andere Regelung hindere die US-Streitkräfte daran, ihre schwersten Panzer mit allen verfügbaren Transportern zu bewegen. Weil bei einem fünfachsigen Tanktransportanhänger jedes einzelne Rad die europäischen Straßen stärker belasten würde als erlaubt, kann der Abrams-Panzer nur auf siebenachsigen britischen oder deutschen Anhängern fahren, was die Bewegungen erschwere.

Dabei werden Kriege wie auf dem Reißbrett entworfen und unter dem Vorwand von Demokratie, Freiheit oder Menschenrechten Söldner auf allen Kontinenten geworben (www.military.com), um auf Kosten des Weltfriedens unter US-Führung (in Konkurrenz zur erstarkenden EU unter deutscher Führung und im Streit mit China und Russland) für immer eine kapitalistische Weltordnung zu zimmern, der sich die Ärmsten auf dieser Erde gefälligst zu fügen haben.

Friedman benannte bereits vor sieben Jahren Kriege in Regionen wie etwa den Nahen Osten und beschrieb, wie durch die fast totale Überwachung der Seewege durch die USA der internationale Handel gesteuert werden soll. Er benannte in seinem Buch die USA als einen moralfreien Staat ohne politische Glaubwürdigkeit bzw. Zuverlässigkeit auf dem Weg in den Totalitarismus, der auf seinem Weg zur Weltmacht nur Interessen kenne. Diese Position wird auch von dem kürzlich gewählten US-Präsidenten Trump mit seinem Ausspruch „Amerika first!“ verkörpert.

Somit haben die USA kein übergeordnetes Interesse an Frieden in Eurasien und sonst wo in der Welt, sondern, wie uns auch Freunde der US-Friedensbewegung versichert haben, am Krieg. Wörtlich erklärten sie in Bezug auf die Stärke des US-Militär-Industriekomplexes: *„Wenn morgen Frieden wäre, dann wären die USA eines der ärmsten Länder auf der Welt!“*

Bisher konnten die USA, die ebenfalls die NATO dominieren und bestimmen, wo es lang geht, nur durch solche Mächte wie Russland und China im Zaum gehalten werden.

Michail Leontjew stellte auf dem ersten Kanal des russischen TVs die Theorie von Thomas Barnett „Die Große Strategie“ der USA vor. In diesem Zusammenhang analysierte M.L. auch die kürzliche Rede des US-Präsidenten Trump, von dem einige Gutgläubige meinen, sich stützend auf dessen Reden vor seinem Antritt als neuer US-Präsident, er werde Vieles in der Welt zum Besseren wenden. Aber dessen Außenpolitik lehre uns eines Bessern: Trump drohe „Nordkorea und den Iran zu zerstören“ und das „venezolanische Regime zu stürzen.“ M.L. zitiert den französischen Politologen Thierry Meyssan, der kürzlich im Hinblick auf die US-Außenpolitik u.a. schrieb: *„Krieg sollte nicht mehr gegen bestimmte Staaten wegen ihrer politischen Lage geführt werden, sondern gegen ganze Teile der Welt... Natürlich werden sie mit einem bestimmten Staat beginnen, dann mit einem anderen, aber sie werden weitermachen, bis sich die Infektion verbreitet hat und alles zusammenbricht, wie wir es heute im erweiterten Nahen Osten sehen können. Es ist eine Politik, deren Umsetzung am 11. September 2001 begonnen hat und wir haben die Folgen der Geschehnisse dieses Tages nicht verstanden. Keiner von den seit diesem Tag von den USA geführten Kriegen wurde beendet.“*

Weiter führt T.M. aus: „*Der Neo-Imperialismus der USA bringt nichts, weder den 'stabilen Staaten', noch jenen die ein 'Reservoir von natürlichen Ressourcen' sind. Die stabilen Länder werden Zugriff auf die Ressourcen über die US-Armee bekommen, während jene, die Ressourcen besitzen, vollständig zerstört, ins Chaos geworfen werden*“.²

Dabei bezieht sich T.M. auf die „Karte der Hölle“, die in dem Buch von Professor Barnett, einem Strategen und Kommunikator, der Assistent von Admiral Cebrowski, Direktor der Abteilung für die militärische Umgestaltung im Pentagon, war. Nahezu ganz Afrika, das zentrale Lateinamerika mit Ausnahme von Brasilien und Argentinien, würden dann in den Bereich der "nicht-integrierbaren" Länder, die zum Chaos verdammt sind, fallen. Das wäre der ganze Nahe Osten mit der Türkei, dem Persischen Golf, Iran und Pakistan; ganz Südost-Asien und den Balkanländern, mit Ausnahme von Griechenland. Zur gleichen Zeit würden Russland, Indien und China aus der "Alptraum-Zone“ entfernt.

Die Macht des Leviathans sollte laut Barnett nur von Zeit zu Zeit freigegeben werden. „*Wenn wir diesen Leviathan befreien, versprechen wir, dass wir Ihnen (den überfallenen Staaten! B.Q.) sofort danach die Instandsetzung der funktionellen Steuerung garantieren*“, so der US-Politologe Thomas Barnett. Dann würden diese Staaten „*das Königreich erben*“. Für diejenigen, die ein wenig langsam verstehen, wird M.L. deutlicher. Er sagt, die „*funktionelle Steuerung*“ sei nur durch die Verwaltung dieser Staaten durch Besatzungstruppen der USA zu garantieren.³

2.Abriss zur Geschichte und Politik Koreas

Vom 2. Weltkrieg bis zum Koreakrieg

Von 1910-1945 war Korea japanischer Kolonialbesitz. Danach geriet das Land in den Strudel imperialistischer Großmachtpolitik.

Nach dem 2. Weltkrieg, im Jahre 1945, beschließt die Konferenz der Außenminister in London, in Korea eine „demokratische Regierung“ einzusetzen. Gegen den allgemeinen Volkswillen der Koreaner wird in Südkorea das von US-Truppen besetzt ist, eine Separatrepublik unter dem US-hörigen Marionettenregime Syngman Rhee errichtet.

Darauf antworteten die demokratischen Kräfte Nord-und Südkoreas mit der Verkündung von Wahlen zu einer gesamtcoreanischen Obersten Volksversammlung. Die von den politischen Führern der Parteien und Organisationen in Nord-und

² www.zeit-fragen.ch/.../2017/...2017/wie-koennen-staaten-der-chaos-strategie-der-usa-...

³ Quelle: www.voltairenet.org/article198205.html vom 6. Oktober 2017

Südkorea initiierten Wahlen fanden am 25.8.1948 statt. An diesen Wahlen nahmen in Nordkorea 99,97 % und in Südkorea, trotz Einschüchterung seitens der USA, 77,52 % der wahlberechtigten Bevölkerung teil. Am 2. September 1948 trat dann die Oberste Volksversammlung mit 360 Vertretern aus Südkorea und 222 aus Nordkorea zusammen und verkündete die Gründung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik KDVR mit Kim Il Sung als Präsidenten und Kim Ir Sen als Vorsitzendem des Ministerrats an der Spitze.

In diesem Zusammenhang wurde auch eine neue demokratische Verfassung gebilligt, in der die wichtigsten Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit, Mitwirkung am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, das Recht auf Wohnen, das Recht auf soziale Versorgung im Krankheitsfall, bei Invalidität und im Alter, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Bildung, Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Unverletzlichkeit der Person und die Glaubensfreiheit, die Rede-, Presse-, und Versammlungsfreiheit verankert wurden.

Die auf der Obersten Volksversammlung verkündete einheitliche Regierung für Gesamtkorea wurde unter massivem Druck der US-Regierung von dem südkoreanischen Marionettenregime zurückgewiesen und für ungültig erklärt, was eine eklatante Missachtung des Volkswillens des koreanischen Volkes war. Südkorea erhielt daraufhin von den USA eine Militärhilfe von 110.000.000 US \$, um eine modern ausgerüstete Armee aufzubauen. Damit sollten sie als verlängerter Arm der USA nicht nur die KDVR (also Nordkorea), sondern auch das angrenzende China in Schach halten.

Nachdem nämlich dort die sozialistische Revolution gesiegt hatte, versuchten die USA über einen Koreakrieg ihre verloren gegangenen Bastionen in Asien wieder zurückzugewinnen. Das südkoreanische Marionettenregime wurde von den USA angehalten, auch den neuen Vorschlag der Obersten Volksversammlung der KDVR über die Vereinigung der Parlamente Nord- und Südkoreas zurückzuweisen.

Gemäß dem Wunsch der KDVR nach Abzug sowohl der amerikanischen als auch der sowjetischen Truppen verließen letztere das Land, während sich auch nach dem verzögertem Abzug der Amerikaner noch Teile der US-Truppen bis zum Juni 1950 in Südkorea aufhielten.

Der Koreakrieg

Am 25. Juni 1950 überfallen südkoreanische Truppen auf Geheiß der USA die KDVR und lösen damit den lang vorbereiteten Koreakrieg aus. Die koreanische Volksarmee hielt jedoch dem Überfall stand und war nach kurzer Zeit in der Lage, ihrerseits zum Angriff überzugehen, den Gegner zurückzuschlagen, sowie weite Teile Südkoreas zu besetzen.

In dieser Situation war den USA daran gelegen, in der von ihnen geplanten Aggression nicht nur selbst einzugreifen und eigene militärische Potenzen zu nutzen, um ihren strategischen Stützpunkt in Asien wieder zu errichten, sondern sie beabsichtigten, nunmehr auch das am 4.4.1949 in Washington gegründete und von ihnen geführte gesamtimperialistische, antisozialistische Militärbündnis - die NATO - einzusetzen, ja sogar die UNO einzubeziehen.

Für ihr spektakuläres Roll back nutzten die imperialistischen Mächte die Tatsache, dass die UdSSR zeitweilig im UNO-Sicherheitsrat nicht anwesend war. Die Sowjetunion wollte durch ihre Nichtanwesenheit im Sicherheitsrat dagegen protestieren, dass weiterhin die Tschiang-Kai-shek-Clique den rechtmäßigen Sitz Chinas als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates innehatte.

Bevor die UdSSR in den Weltsicherheitsrat zurückkehrte, brachten die USA unter Missbrauch und Meinungsmanipulation der UNO-Mitgliedstaaten über eine angebliche Aggression der KDVR eine Resolution in die UNO-Vollversammlung ein, auf die „Aggression zu antworten“. Damit wurden der UNO ungerechtfertigte Rechte zugebilligt, die laut UNO-Charta nur dem UNO-Sicherheitsrat zustehen. Auf diese Weise gelang es den imperialistischen Mächten, die UNO-Flagge für den ersten Aggressionskrieg nach dem 2. Weltkrieg zu missbrauchen.

NATO-und UNO-Truppen, geführt von den USA, landeten im Rücken der volksdemokratischen Truppen und eroberten weite Teile der Koreanischen Halbinsel. An der Aggression waren beteiligt: die USA, Großbritannien, Frankreich, Griechenland, die Türkei, Australien, Äthiopien, Belgien, Kanada, Kolumbien, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, die Philippinen, die Südafrikanische Union und Thailand.

Gleichzeitig erfolgten von der Luft aus Terrorangriffe auf Nordkorea, wobei alle nordkoreanischen Städte stark zerstört und ca. 4 Millionen Koreaner getötet wurden, darunter Hunderttausende von Zivilisten, die systematische bestialische Mordopfer eines blindwütigen rassistischen Krieges gegen die KDVR wurden.

Die UdSSR verurteilte die imperialistische Aggression gegen die KDVR aufs Schärfste. Gestützt auf die internationale Solidarität trat sie für die sofortige Beendigung der Aggression ein und verteidigte die Interessen des koreanischen Volkes. Die Sowjetunion half der KDVR durch die Lieferung aller notwendigen Waffen zur Verteidigung ihres Landes. Auch die anderen sozialistischen Länder solidarisierten sich mit der KDVR und halfen ihr mit Hilfsgütern. Am 25. November 1950 erfolgte die Gegenoffensive der koreanischen Volksarmee zusammen mit chinesischen Volksfreiwilligenverbänden. Die Interventionstruppen wurden schließlich über den 38. Breitengrad zurückgeschlagen.

Am 10. Juni 1951 begannen in Käsong Waffenstillstandsverhandlungen und am 27. Juli 1953 wird in Panmunjon ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet.

Die Absicht der USA, auch andere große asiatische Staaten in die imperialistische Einheitsfront gegen den Sozialismus einzubeziehen, insbesondere Indiens Politik antikommunistisch auszurichten, hatte keinen Erfolg gehabt. Im Gegenteil: die Zeit des Koreakrieges war eine Phase der indischen Politik der Neutralität, der Nichtbeteiligung an imperialistischen Paktsystemen und des Protestes gegen die imperialistischen Versuche, in Asien Fuß zu fassen.

Der Koreakrieg endete schließlich mit einer Niederlage der USA und der anderen imperialistischen Mächte. Ihre mit diesem Kriege angestrebten strategischen Ziele eines großflächigen Roll-back des Sozialismus in Asien waren gescheitert.

Die Völker der ganzen Welt verurteilten die Kriegsverbrechen der USA, die sich bis heute weigern, diese anzuerkennen, geschweige Wiedergutmachungsleistungen für ihren Völkermord und die in Korea angerichteten Schäden zu leisten, wozu sie nach dem Völkerrecht verpflichtet wären.

Die Friedensbewegung hatte sich in dieser Zeit des Koreakrieges ebenfalls bewährt. Ausdruck dessen war der im Jahre 1950 erlassene Stockholmer Appell der Weltfriedensbewegung mit dem 500 Millionen Menschen aller Kontinente durch ihre Unterschrift gegen den beabsichtigten Einsatz der Atombombe in Korea protestiert hatten.

Die Zeit nach dem Koreakrieg

Seit dem Ende des opferreichen Koreakrieges ist die Koreanische Halbinsel nach wie vor ein Spannungsherd. Bis vor kurzem waren noch ca. 40.000 amerikanische Soldaten in Südkorea stationiert und nur durch den Widerstandswillen des irakischen Volkes gegen die amerikanischen Besatzer in ihrem Lande sind 2003 einige Tausend US-Soldaten von Südkorea in den Irak verlegt worden.

Der Unterschied zwischen Nord -und Südkorea könnte nicht größer sein: Während in der sozialistischen Koreanischen Demokratischen Volksrepublik seit ihrem Bestehen die Gutsbesitzer enteignet und die Großindustrie und Banken verstaatlicht wurden, wurde in Südkorea (heutige offizielle Bezeichnung Republik Korea) das kapitalistische Wirtschaftssystem weitergeführt und zu einem Bollwerk des US-Imperialismus ausgebaut.

Trotzdem konnte die US-Besatzungsmacht den Willen des koreanischen Volkes nach einer Wiedervereinigung nicht brechen. Bereits am 21. Dezember 1963 hatte die KDVR den Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden koreanischen Staaten sowie die Aufnahme sportlicher, kultureller und Handelsbeziehungen

vorgeschlagen, die die Voraussetzung für eine Föderation zwischen Süd- und Nordkorea schaffen und den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung eröffnen sollten.

Stattdessen schließen Südkorea und Japan am 22. Juni 1965 einen militärischen Beistandsvertrag ab. Im Juli 1967 erfolgen an der Demarkationslinie verstärkte Provokationen und militärische Übergriffe auf das Territorium der KDVR. Die USA stationieren in dieser Zeit in Südkorea Atomwaffen, wofür die Regierung der KDVR die USA am 18.10.1967 anklagte.

In den Jahren der militärischen US-Besatzung wuchs der Wille des Volkes von Südkorea nach Unabhängigkeit und Freiheit: Tausende Koreaner wurden seit dem Koreakrieg in südkoreanischen Gefängnissen in politischer Gefangenschaft festgehalten. In der Nacht zum 17. Mai 1980 hatte das südkoreanische Militärregime Politiker der demokratischen Opposition, unter ihnen den Präsidentschaftskandidaten Kim Dae-Jung, verhaftet, was auf energischen Volkswiderstand stieß, der mit Panzern niedergewalzt wurde. Die blutige Tragödie kostete ca. 2.000 Tote.

Erst 16 Jahre später wurden die Hauptverantwortlichen dafür zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt und der einstige Dissident, Kim Dae-Jung, 1998 zum Präsidenten Südkoreas ausgerufen.

Auswirkungen der Niederlage des sozialistischen Weltsystems auf die KDVR

Der Niederlage des Sozialismus in Europa und die darauf notwendig folgende Abwicklung des Außenhandels mit anderen Ländern auf Devisenbasis sowie verheerende Naturkatastrophen setzten der KDVR arg zu. Wirtschaftskrise und Energiemangel führten im Lande zu Hungersnöten. Anfang der 90er Jahre wurde schließlich der Bau eines Atomkraftwerkes in der KDVR durch Russland fertiggestellt. Damit konnte allmählich der konstante Energiemangel im Lande beseitigt werden.

Diese Zeit der wirtschaftlichen Schwäche nutzten führende USA-Politiker zur Heraufbeschwörung einer angeblichen Gefahr seitens des „Nuklearen Gangsters Pjongyang, der Atomwaffen produziert und die Sicherheit in ganz Asien gefährdet“, aus. So forderte die Regierung der USA in den Jahren 1991/92 sofort Sonderinspektionen der Atomkraftwerke in der KDVR. Die KDVR ihrerseits lehnte dies mit der korrekten Begründung ab, dass formell der Kriegszustand auf der Koreanischen Halbinsel anhalte, da nach dem Koreakrieg kein Friedensvertrag abgeschlossen worden ist. Da die USA-Regierung an ihren Forderungen festhielt, trat die KDVR am 12. März 1993 aus dem Atomsperrvertrag aus.

Rahmenabkommen zwischen der KDVR und den USA

Entschärft wurde der Konflikt durch die am 21. Oktober 1994 in Genf zwischen der KDVR und den USA ausgehandelten Rahmenvereinbarungen (Agreed Framework), mit dem der Austritt der KDVR aus dem Atomsperrvertrag suspendiert wurde. Das 1994 abgeschlossene Rahmenabkommen beinhaltete 4 Punkte:

1. Als Alternative zu dem Graphit-Reaktor liefern die USA der KDVR bis zum Jahre 2003 Leichtwasserreaktoren von 100 Megawatt Leistung. Bis zu deren Inbetriebnahme verpflichten sich die USA, an Pjongyang jährlich 500.000 Tonnen Schweröl und Kohle zu liefern, um die laufende Energieversorgung der KDVR nicht zu gefährden.
2. Der Artikel 2 des Vertrages hatte die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und der KDVR zum Inhalt.
3. Artikel 3 legte fest, dass es keinerlei Bedrohung der KDVR durch die USA geben solle.
4. Artikel 4 regelte, dass nach der Installation und Inbetriebnahme der AKWs Inspektionen stattfinden sollten.⁴

Doch kein einziger dieser 4 Artikel wurde seitens der USA erfüllt! Fakt ist, so die KDVR:

1. Die USA lieferten nur die Fundamente der AKWs. Dies erweckt den Eindruck, dass die USA auf den Zusammenbruch des politischen Systems in der KDVR hofften. Nachdem auch die Öllieferungen seitens der USA an die KDVR eingestellt wurden, sah sich die Regierung der KDVR veranlasst, im Gegenzug die Reaktoren in Yongbyon wieder hochzufahren.
2. Der Artikel 2 des zwischen den USA und der KDVR abgeschlossenen Rahmenabkommens wurde obsolet durch die aggressive US-Politik, die die KDVR in die "Achse des Bösen" einbezog und eine Blockadepolitik gegen die KDVR betrieb.
3. Der Artikel 3, der das Ende der Bedrohung der KDVR durch die USA beinhaltet, wurde zunichte gemacht durch die US-Strategie des atomaren Erstschlages, der sich auch auf die KDVR richtet.
4. Die im Rahmenabkommen vorgesehenen Inspektionen forderten die USA bereits jetzt, obwohl die USA keine ihrer Verpflichtungen eingehalten hatten.

Die KDVR wies am 14. Oktober 2002 die von der USA-Regierung kolportierte Behauptung des Besitzes von Atomwaffen zurück. Sie ersuchte die IAO um

⁴ Quelle: http://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/KP%20US_941021_Agreed%20Framework%20between%20the%20US%20and%20PRK.pdf

Regelungen für einen Weiterbau der AKWs. Anstatt aber die USA für die Nichteinhaltung des zwischen der KDVR und den USA geschlossenen Rahmenabkommen zu kritisieren, warnte die IAO die KDVR einseitig vor dessen Nichteinhaltung und drohte dieser mit einer Verurteilung im UNO-Sicherheitsrat!

Daraufhin trat die KDVR am 10. Januar 2003 erneut aus dem Atomsperrvertrag aus.

Sie erklärte, es gehe ihr nicht um die Produktion von Nuklearwaffen, sondern um die Erzeugung dringend benötigter Energie für ihre Wirtschaft. Zur Bezeugung ihrer friedlichen Absichten schlug die Regierung der KDVR der Regierung der USA einen Nichtangriffspakt vor. Die USA reagierten auf diesen Vorschlag nicht, sondern sie erhöhten jetzt den militärischen Druck auf die KDVR:

1. Sie verlegten einen Flottenverband an die koreanische Küste und
2. sie stellten einen Operationsplan zu militärischen Aktionen gegen die KDVR zusammen.

Auf eine Frage an den KDVR-Botschafter Pak Hyon Bo in der Bundesrepublik, warum die USA gerade zu diesem Zeitpunkt eine militärische Zuspitzung der Lage auf der Koreanischen Halbinsel betreiben würde, sagte dieser, dass die KDVR den Grund in der Annäherung zwischen Nord- und Südkorea sehe, die die USA in ihren Strategieplänen in Asien behindern wollten.

Gemeinsame Nord-Süd-Deklaration zwischen der KDVR und Südkorea

Am 15. Juni 2000 unterzeichnete der Führer der KDVR, Kim Jong Il, gemeinsam mit dem südkoreanischen Staatschef Kim Dae Jung eine „Gemeinsame Nord-Süd-Deklaration“, die ein Ende der Zeit des Kalten Krieges auf der koreanischen Halbinsel einläuten sollte. Beide Teile Koreas vereinbarten auf dieser Grundlage gemeinsame Sonderwirtschaftszonen und am Ende der allmählichen Annäherung beider Staaten sollte die Wiedervereinigung beider Teile Koreas erfolgen. Da diese Annäherung zwischen der KDVR und Südkorea von Anbeginn an sehr argwöhnisch seitens der USA verfolgt und, wie die zu der gleichen Zeit stattgefundenen 6er Gespräche zeigten, auch behindert wurden, war eine ständig wachsende Massenbewegung aller Schichten der Bevölkerung im Anwachsen, die auf Kundgebungen und Demonstrationen den Abzug der US-Armee forderten, der damals wie heute von ca. 80 % der südkoreanischen Bevölkerung gefordert wird.

Doch die USA unterhalten nach wie vor Truppen in Südkorea und üben politischen Druck auf die südkoreanische Regierung aus.

Die KDVR und die Atomfrage

Am 27. Juni 2003 schickte ein Wissenschaftlerteam vom Pyongyanger Institut für die Wiedervereinigung des Landes dem ND einen Artikel zur Atomfrage.

Darin sprechen die Wissenschaftler nicht vom Atomwaffenbesitz der KDVR, sondern von ihrer „militärischen Abschreckungskraft“. Sie erklärten darin, dass sich Pyongyang nun auch im Visier der USA sähe, weil die USA die KDVR zur „Achse des Bösen“ zählten und ihre militärischen Aktionen gegen diese von ihnen benannte „Achse“ mit dem Angriff auf den Irak eingeleitet hätten.

Um seine Bevölkerung zu schützen und zu verteidigen, betrachte die KDVR seine militärischen Fähigkeiten nicht als Mittel zum Krieg, sondern als Abschreckungskraft zu Verhinderung eines Krieges.

Pak Hyon Bo erklärte am 17.11.03 gegenüber der Zeitung „Neues Deutschland“: *„Oberstes Ziel der KDVR ist es, die Koreanische Halbinsel atomwaffenfrei zu machen. Wenn die USA mit uns einen Nichtangriffspakt schließen, ihre Beziehungen zu uns normalisieren, unsere Beziehungen zu Japan und zum Süden nicht stören und sich an ihre vertraglichen Zusagen halten, sind wir bereit, unser Atomprogramm aufzugeben, Inspektionen zuzulassen und auf Raketentests zu verzichten“.*

Er ging in diesem Zusammenhang auch auf die flexible Haltung der KDVR ein, die statt eines Nichtangriffspakts sogar den Vorschlag einer „schriftlichen Sicherheitsgarantie“ seitens der USA akzeptieren würde.

Wenn jedoch die USA an ihrer feindlichen Haltung gegenüber der KDVR festhalten würden, was auch in ihrem provokativen Plan Oplan 5030 <https://www.globalsecurity.org/military/ops/oplan-5030.htm> zum Ausdruck käme, könne man nicht auf den Ausbau einer nuklearen Abschreckung verzichten.

Im Übrigen mahnte zur gleichen Zeit der im Jahre 2003 neugewählte südkoreanische Präsident Roh Moo Hyon gegenüber den USA größere Souveränität an und signalisierte, dass die Atomfrage als innenpolitisches Problem ohne äußere Einmischung gelöst werden müsse. Auch China und Russland setzten sich für die friedliche Regelung des Atomstreits ein.

Im Januar 2004 veröffentlichte die KDVR eine Gemeinsame Presseerklärung der Partei, der Armee und der Jugendorganisationen zum Neuen Jahr unter dem Banner „Unsere Nation zuerst!“ Darin heißt es:

„Die Vereinigten Staaten sind die Hauptverantwortlichen dafür, dass die nationale Kooperation gelähmt und Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel in Gefahr ist. Die USA lassen kein Mittel unversucht, zwischen den Norden und den Süden Koreas einen Keil zu treiben, deren Beziehungen sich seit der Veröffentlichung

der gemeinsamen Nord-Süd-Deklaration vom 15. Juni vorteilhaft entwickelt haben. Sie entfachen eine neue nukleare Krise auf der Koreanischen Halbinsel.

Die USA haben hart daran gearbeitet, das Nuklearproblem zwischen der KDVR und den USA zu internationalisieren und benutzen dies als Vorwand, um einen neuen Krieg zu provozieren. Dies ist ein nicht zu verantwortender krimineller Akt, eine Hinwendung zu einem nuklearen Kriegsdesaster für die koreanische Nation und ihr Land. Die USA haben... gemäß dem Wiederaufstellungsplan ihrer Truppen Streitkräfte und Militärbasen in Südkorea verlegt. Diese haben das Ziel, einen erneuten Koreakrieg durch die Methode eines „Präemptivschlages“ vom Zaune zu brechen und dadurch ihre Strategie einer militärischen Supermacht in Ostasien ohne Schwierigkeiten zu verwirklichen... die aggressive Natur des Irakkrieges, den die USA unilateral geführt haben, indem sie die Opposition der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der UNO, herausforderten, zeigte mit erneuter Klarheit, was Tag für Tag vor sich geht. Indem Südkorea sich dem Druck der USA bezüglich einer Truppenentsendung in den Irak gebeugt hat,... hat man die fundamentalen Interessen der Nation verraten. Die USA standen ständig der Nord-Süd-Kooperation im Wege, einschließlich der Tour von Mt. Kungang und der Wiederverknüpfung der innerkoreanischen Eisenbahnverbindungen. Das zeigt ganz klar, dass die USA wirklich ein Zerstörer der nationalen Zusammenarbeit sind. Die USA wünschen nicht die Wiedervereinigung der Koreanischen Halbinsel.... und es stört sie nicht, ob die koreanische Nation in zwei Teile geteilt bleibt oder ein nukleares Desaster erleidet. Sie will nur ihre eigenen Interessen durchsetzen... und die Konfrontation zwischen Nord-und Südkorea als einen Hebel für die Realisierung ihrer Asienstrategie nutzen, ihrer Strategie für ihre Weltherrschaft. Die Publikation der gemeinsamen Nord-Süd-Deklaration vom 15. Juni jedoch hat die koreanische Nation mit einem großen Programm für nationale Wiedervereinigung ausgerüstet, das ihren Wunsch widerspiegelt“.

Die 6-seitigen Gespräche zur Nuklearfrage zwischen der KDVR und den USA

Vom 25. bis 28. Februar 2004 fanden in Beijing unter Anwesenheit der KDVR, Südkoreas, den USA, Chinas, Russlands und Japans die 6-seitigen Gespräche über die Nuklearfrage zwischen der KDVR und den USA statt.

Ein Sprecher des Außenministeriums der KDVR gab gegenüber der Nachrichtenagentur KCNA u. a. folgende Erklärung ab:

„Wir haben die Gespräche über die Nuklearfrage in der Erwartung aufgenommen, dass dort eine offene Diskussion über die Wege nach einer Lösung der Nuklearfrage zwischen der KDVR und den USA geführt wird, die eine gewisse erfolversprechende Aussicht auf eine Verständigung in dieser Frage bietet. Aus diesem Grunde zeigten

wir größtes Entgegenkommen, gleichzeitig offen darlegend, dass eine Aufgabe des Nuklearprogrammes durch die KDVR nur in Verbindung mit einer Paketlösung zu haben ist, die darauf zielt, die Koreanische Halbinsel nuklearfrei zu machen, um so fairen und flexiblen Vorschlägen den Weg frei zu machen, die Maßnahmen für eine erste Phase von Aktionen einschließt. China, Russland und andere Teilnehmer an den Gesprächen brachten ihr Verständnis und ihre Unterstützung zu unserem diesbezüglichen Vorschlag zum Ausdruck. Die USA jedoch bestanden auf ihrer alten Forderung, dass die KDVR zuerst auf ihr Nuklearprogramm verzichten müsste, unterstreichend, dass sie auf die Vorschläge der KDVR erst einzugehen gedenken, wenn diese ihr Nuklearprogramm in einer verifizierten und unwiderruflichen Form aufgäben. Die USA treten auch mit der absurden Behauptung auf, dass sie ihre Beziehungen mit der KDVR nach Aufgabe von deren Nuklearprogramm nicht normalisieren könnten, solange das Raketenproblem... Menschenrechte und andere Probleme nicht gelöst wären, ...“

Die KDVR schätzt ein, dass die USA unter dem Deckmantel des Dialogs eine Politik der Isolierung und Unterdrückung der KDVR betreiben, mit dem Ziel, dass über Druck von außen die KDVR in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten und auseinanderfallen wird. Dies sei ein Trugschluss. Das sozialistische System koreanischen Stils, geleitet von der Juche-Ideologie, in der die gesamte Armee und seine Menschen einmütig vereint sind, werde jeglichen Stürmen widerstehen. Und weiter heißt es wörtlich:

„Die USA scheinen ihre Zeit damit zu vergeuden, ihr politisches Ziel (die Zerstörung der KDVR, B.Q.) zu erreichen. Aber jegliche Verzögerung der Lösung der Nuklearfrage würde für die KDVR nichts Unvorteilhaftes bringen. Das verschafft uns Zeit, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und ein erhöhtes Schrittempo vorzulegen. Jegliche weitere 6-seitigen Gespräche werden zu keiner wirklichen Lösung der Nuklearfrage führen, solange die USA nicht wirklich den Willen dazu zeigen, ihre Politik gegenüber der KDVR grundlegend zu verändern....“

Zum Geschrei der USA über ihre angebliche Raketenbedrohung seitens der KDVR schrieb KCNA am 22. Mai 2004: *„Vor einigen Tagen sagte ein Sprecher des State Department der USA, dass die USA an der strengen Politik der Nichtweiterverbreitung festhalten wollten, solange Koreas Verbreitung von Raketen eine Gefahr für die Welt darstelle.“*

Das Gefasel über eine Raketenbedrohung sei lediglich dazu angetan, den gefährlichen hegemonialen Plan einer globalen Strategie umzusetzen und ein neues Wettrüsten einzuleiten sowie die Weltmeinung zu beeinflussen mit dem Ziel, ökonomische Sanktionen gegen die KDVR einzuleiten, um sie zu isolieren und zu vernichten. Ein überzeugender Beweis dafür sei die Entscheidung der USA, zusammen mit Japan das

„Raketenabwehrsystem“ in Nordostasien aufzubauen und die weitere massive Aufrüstung der US-Streitkräfte in Südkorea. Es sei eine unbestreitbare Tatsache, dass die USA nicht nur ihre unverantwortliche Politik gegenüber der KDVR fortsetzten, sondern diese sogar noch forcierten, indem sie die KDVR nicht nur auf die Liste einer „Achse des Bösen“ gesetzt, sondern diese sogar noch als einen der „Terrorismusponsoren“ benannt hätten, um damit ihre Kriegspolitik gegenüber der KDVR zu rechtfertigen. Rumsfelt habe am 12. Mai 2004 während eines Kongresshearings darauf hingewiesen, dass die USA Nuklearwaffen entwickeln wollen, die fähig sind, Untergrundbauten zu zerstören und habe in diesem Zusammenhang die KDVR erwähnt. Dies zeige, dass die USA an ihrer feindlichen Politik gegenüber der KDVR festhalten und einen Präemptivschlag auf die KDVR planen. Deshalb sei es das legitime Recht der KDVR, eines souveränen Staates, Selbstverteidigungsmaßnahmen gegen diese Versuche einzuleiten.

KCNA verwies darauf, dass die USA angestrengt daran arbeiten, die „Sicherheitsinitiative über die Weiterverbreitung von Kernwaffen“ (PSI) durchzusetzen. Bereits am 28. April 2004 hätten sie den UNO-Sicherheitsrat manipuliert und unter Ausnutzung von Nichtregierungsorganisationen eine so genannte „Resolution über einen Bann von Massenvernichtungswaffen“ (WMID) anzunehmen und alle Länder aufzurufen, „effektive Gesetze“ anzunehmen.

Die US-Marine sei nun dabei, unter Ausnutzung dieser Resolution und unter dem Deckmantel der von den USA inszenierten PSI die Funktion des gegenwärtigen Rechtssystems außer Kraft zu setzen und den rechtmäßigen Handel zwischen souveränen Staaten zu blockieren. So würden die USA versuchen, die Meerenge von Malacca unter ihre Kontrolle zu bringen, mit dem Ziel, die Schiffe der KDVR zu kontrollieren. Es gäbe keine Rechtfertigung dafür, dass die USA die PSI als Eingreiftruppe für eine internationale Ordnung durchsetzen wolle, um ein US-geführtes „See- und Luftblockadesystem“ zu installieren und ihr Einflussgebiet auszudehnen sowie auf die unabhängigen, nicht Kernwaffen besitzenden Länder Druck auszuüben.

Die PSI ziele darauf hin, spezifischen Staaten ihr Nuklearmonopol zu sichern, die US-Doppelstandards zu dulden und den Staaten, die damit einverstanden sind, bestimmte Wohltaten zu erweisen. So sei es kein Geheimnis, dass die USA in den 70er Jahren an der Entwicklung der israelischen Atomwaffen beteiligt waren und mit Israel (nicht nur) in dieser Frage kooperierten.

Auf der anderen Seite würden die USA versuchen, andere Länder in ihre feindliche Politik gegen die KDVR einzubeziehen und die KDVR-Anstrengungen nach einer militärischen Selbstverteidigung anzuprangern als eine „Weiterverbreitung von Kernwaffen“.

Der Unilateralismus der USA sei der Hauptgrund für die Weiterverbreitung von Kernwaffen. Während nämlich die USA über eine „Reduzierung von Nuklearwaffen“ reden, sind sie dabei, ihre Nukleartests zu modernisieren, ihre Nuklearwaffenbestände zu vergrößern und ihre Strategie von „nuklearen Präemptivschlägen“ auf die KDVR und andere souveräne Staaten zu realisieren. Das alles berechtige die KDVR, ihre Nuklearmittel zu behalten und zu erweitern, um dieser Strategie begegnen zu können.

Bedauerlich ist, dass sich auch die EU in diese Strategie der USA einbinden lässt. So griff die EU auf der 60. Sitzung der UNO-Kommission für Menschenrechte in Genf in einer Resolution die Haltung der KDVR bezüglich der Menschenrechte an. Der Sprecher des Außenministeriums der KDVR erklärte dazu in einem Statement am 19. April 2006: *„Wenn man über Menschenrechte spricht und das fundamentale Recht auf Leben ignoriert, ist alles nur Heuchelei bzw. Sesselgespräch. Sogar in diesem Augenblick werden unschuldige Iraker, einschließlich Kindern, Frauen und Greisen unter illegaler US-Okkupation getötet unter dem absurden Vorwand, sie wären ‘Terroristen’ und man verwandelt ihr Land in einen See voller Blut. Wenn die EU-‘Menschenrechtsstandarte’ fair wäre, sollten sie das vorher Erwähnte über die unbeschreiblichen Verbrechen, die die USA gegen die Menschheit verübt haben, verurteilen....Morde, Gewalt, Fremdenhass, Unterdrückung von Immigranten, Arbeitslosigkeit und Verletzung anderer Rechte einschließlich des Rechts zu existieren und zu leben, die in der heutigen westlichen Welt weit verbreitet sind. Falls es ein Gerichtsverfahren zu Menschenrechtsverletzungen gäbe, so würden die USA mit einer extra großen Gruppe von Menschenrechtsverletzern auf der Anklagebank sitzen. Das abgedroschene Geschwätz von Menschenrechten, von den USA buchstabiert, könnte niemanden erschrecken, wenn er denn nicht schamlos ist.“*

Ein Sprecher des KDVR-Außenministeriums hatte dazu bereits am 28. Juni, nach der erneuten Runde der 6-seitigen Gespräche vom 23.-26. Juni 2004 in Beijing zur Frage der Lösung des Nuklearproblems erklärt: *„Die Gespräche sind wegen der großen Meinungsverschiedenheiten zwischen der KDVR und den USA derzeit nicht über den ‘toten Punkt’ hinweggekommen... Übereinstimmung wurde bei solchen Fragen wie der des gleichzeitigen Vorgehens nach dem Prinzip ‘Wort für Wort’ und ‘Aktion für Aktion’, sowie bei dem hauptsächlich diskutierten Punkt der ‘Belohnung für das Einfrieren’ erzielt... Was man ernsthaft berücksichtigen muss ist, dass ein substantieller Erfolg der Verhandlungen bei der Lösung des Problems zwischen der KDVR und den USA nicht erreicht werden kann, solange Missverständnis und Misstrauen herrschen...“*

Die KDVR machte auch ihren Standpunkt klar, dass das Einfrieren von Atomwaffen belohnt werden müsse und dass die Zeit des Einfrierens davon abhängig sei, welche Belohnung unter welchen Umständen erfolgt.

Belohnungen, nach der die KDVR-Delegation verlangte, wären u.a. :

a) die Aufgabe der US-Sanktionen und der Blockade der KDVR und

b) die Unterstützung mit 2000.000 KW Energie durch die Lieferung von Schweröl und Elektrizität.

Der US-Vorschlag beinhaltet aber ausschließlich Schritte zur Entwaffnung der KDVR! Der US-Vorschlag kann weder die Gesprächsteilnehmer überzeugen, noch kann er als ein Weg zur Lösung des Problems angesehen werden, da er weit vom Prinzip gleichzeitiger Aktionen entfernt ist und weil er auf der Forderung basierte, dass die KDVR zuerst ihr Nuklearprogramm aufgeben soll.

Falls die USA ernsthaft den Vorschlag der KDVR 'Belohnung für Einfrieren' studieren, ihre unzumutbare Behauptung über ein angereichertes Uranprogramm der KDVR fallen lassen sowie sich verpflichten, ihre feindliche Politik gegenüber der KDVR aufzugeben, indem sie nach dem Prinzip 'Wort für Wort' und 'Aktion für Aktion' vorgehen sowie direkte Maßnahmen zur Belohnung des Einfrierens ergreifen, genauso wie es ihre Delegation auf den Gesprächen versprochen hat, dann wird das helfen, die Nuklearfrage zu lösen und den beiderseitigen Interessen entsprechen.

Die KDVR wird die Haltung der USA in Zukunft genau verfolgen und inzwischen ihre Selbstverteidigungsmaßnahmen vorantreiben, um einer Aggressionsbedrohung von ausländischen Kräften jederzeit begegnen zu können.“

Pikante Fakten über den jahrzehntelangen Besitz von Atomwaffen durch Südkorea

Wenn man bedenkt, mit welcher Beharrlichkeit die USA jahrzehntelang und bis jetzt gegen den Bau von Atomkraftwerken der KDVR zur Behebung ihres Energienotstandes im Lande vorging und jetzt diese wegen ihres Besitzes von Atomwaffen und Raketen international in Misskredit bringen, reißt es hoffentlich jeden, der noch denken kann, vom Hocker, wenn er erfährt, dass Südkorea - das Ziehkind und der Statthalter der USA in Asien - schon jahrzehntelang über eigene Atomwaffen verfügt!

Schon vor 13 Jahren habe ich für die Webseite „Goethestübchen“ eine Übersetzung vom Englischen ins Deutsche gemacht, die ich hier wegen der gegenwärtigen Brisanz der kürzlichen Atom -und Raketenversuche der KDVR nochmals in den Mittelpunkt rücken möchte, zumal der Beitrag einiges über die seit Jahrzehnten praktizierten Doppelstandards der USA und der übrigen NATO-Staaten einschließlich der EU-Länder verrät:

Das „Institut für nationale Wiedervereinigung“ hat ein ausführliches Memorandum veröffentlicht, in dem die Wahrheit über die geheimen Nuklearexperimente in Südkorea offen gelegt wurde. Dabei wurden die USA benannt, die diesen Plan eronnen, betreut und ausgeführt haben. Das Memorandum wies darauf hin, dass die südkoreanischen Politiker entgegen ihrer Mitteilung über ihre geheimen Nuklearexperimente Vier-Punkte-Prinzipien zu ihren Nuklearaktivitäten entwickelt hätten. In der Zwischenzeit hätten sie eine Farce inszeniert, die zusätzliche Inspektionen durch die IAEA gestatten sollten. Dies alles war darauf ausgerichtet, die öffentliche Meinung in Südkorea selbst als auch in der Welt zu beruhigen, um die Entwicklung von Atomwaffen zu verbergen.

Die Entwicklung von Atomwaffen in Südkorea sei von den südkoreanischen Politikern seit 1960 geheim gehalten worden. Die Entwicklung von Atomwaffen gehe auf die Militärregime von Chun Doo Hwan und Roh Tae Woo zurück. Bereits in den frühen 90er Jahren verfügte Südkorea über eine umfangreiche Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie, eine Entwicklungsbasis und 20 umfangreiche Institute, die 15.000 Personen beschäftigten, darunter mehr als 1.500 Forscher mit Dokortitel.

Das Taedok-Forschungsgebiet, das sich auf einem Gebiet von über 8,4 Millionen Phyong erstreckt, befindet sich im südkoreanischen Taejon und wird als das Hauptquartier für die Entwicklung von Atomwaffen bezeichnet, was es auch in der Tat ist. Dieses umfangreiche Atomforschungszentrum hat ca. 77 Forschungsinstitute und Bildungseinrichtungen, einschließlich des südkoreanischen Atomenergieinstitutes, des Wissenschaftlichen Institutes für Verteidigung und des Hanjoner Atomenergiezentrums. Diese drei bilden die Grundlagen für die Nuklearentwicklung von Südkorea, in denen mehr als 20.000 Forschungskräfte beschäftigt sind.

Südkorea verwies darauf, in den 90er Jahren jährlich 200 Tonnen Nuklearbrennstoff für 11 Atomreaktoren, einschließlich zweier Forschungsreaktoren und 3.500 Tonnen Nuklearbrennstoff für 19 Atomreaktoren im Jahre 2003 verbraucht zu haben. Gegenwärtig sind in Südkorea 20 Atomreaktoren einschließlich des Hana-Reaktors in Betrieb. Letzterer ist ein Mehrzweckversuchsreaktor mit vier Überdruckschwerwasserreaktoren und 15 Überdruckleichtwasserreaktoren.

Die Grundplanung für eine Atombombe war bereits im Jahre 1975 abgeschlossen. Der Plan wurde vom Wissenschaftlichen Institut für Verteidigung für eine 20-kg-Plutoniumbombe komplettiert.

Durch die Zurverfügungstellung von auswärtiger Technologie eignete sich Südkorea nicht nur die Planungstechnologie für Leicht- und Schwerwasserreaktoren, sondern auch den Plan und die Produktionstechnologie für Nuklearbrennstoff für die

heimische Produktion an. So wurden seit 1999 jedes Jahr 400 Tonnen Nuklearbrennstoff für Leicht- und Schwerwasserreaktoren hergestellt.

Im Jahre 2001 wurde eine neue Rakete mit 300 km Reichweite, ausgerüstet mit 500 kg schweren Sprengköpfen, als verbesserte Grund-zu-Grund-Hyonmu-Rakete bekannt. Südkorea ist nun bestrebt, die Langstreckenrakete Chonryong zu entwickeln mit der Rechtfertigung, damit die Tiefen von Nordkorea erreichen zu können. Die Rakete soll 500 km Reichweite besitzen. So startete Südkorea 1993 einstufige Raketen KSR-I nos.1 und 2 und 1998 eine zweistufige Rakete KSR-II no 2 .

Die Nuklearfrage in Südkorea ist ein typisches Beispiel für die unverschämte Doppelstrategie und verlogenen Doppelstandards der USA. Die USA unterzeichneten 1956 die Südkorea-USA-Vereinbarung über Atomenergie und die USA sind seit dieser Zeit in die Forschung und Entwicklung von Atomenergie in Südkorea involviert. Die USA haben alle Aspekte der nuklearen Entwicklung dort unter ihre Kontrolle gebracht, indem sie jährliche Treffen zwischen Südkorea und den USA und dem gemeinsamen Atomenergiekooperationskomitee anberaumen.

Die USA waren seit langem über die Entwicklung von Atomwaffen in Südkorea informiert. Das ist klar erwiesen durch die Tatsachen eines Berichtes unter dem Titel: „Die Welt im Jahr 2010“, veröffentlicht vom Institut für strategische Studien der US-Akademie für Verteidigung im Jahre 1987, in dem geschrieben steht, dass Südkorea bis zum Jahre 2010 500 Atomwaffen besitzen wird sowie einen Bericht unter dem Titel: „Einschätzung der Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen“ aus dem Jahre 1993, ausgearbeitet von amerikanischen Experten der Nukleartechnologie im Auftrage des Technischen Überprüfungsressorts des US-Kongresses, in dem geschrieben wird, dass sowohl Südkorea als auch Australien, Kanada, Belgien und andere Staaten zu den Ländern zählen, die AVLIS-Technologie anwenden.

Die USA listeten im Jahre 1992 65 duale Güter auf, die zur Entwicklung von Atomwaffen oder atomaren Substanzen dienen könnten. Die Ausrüstungen und Gerätschaften, die Südkorea bei ihrem kürzlich enthüllten Urananreicherungsexperiment verwandt hat, stehen auf dieser Liste!

Die IAEA war informiert, dass der Atomforschungsreaktor von Südkorea im Jahre 1985 700 kg Natururan als Nuklearbrennstoff verbraucht hat und die oben erwähnte Aufsichtsbehörde fand in den Jahren 1998 und 2003 Spuren der Gewinnung von Plutonium in südkoreanischen Atomreaktoren.

Während der gemeinsamen Planung der Reaktoren nos.3 und 4 des Ryonggwanger Atomkraftwerkes in Südkorea hat die US-Technische Verbrennungsgesellschaft mehr

als 200 technische Daten übermittelt, die für die Planung, den Test und die Produktion von Atombomben notwendig sind.

Durch die Vereinbarung zwischen Südkorea und den USA über Atomenergie wurde ein Großteil des Forschungspersonals in den USA ausgebildet. Das Argonne Nationalinstitut und 30 Nukleartechniker der südkoreanischen Schwertechnologie sind unter dem Vorwand von Arbeitsgruppen über Technologie für die Konstruktion von Atomkraftwerken in den USA, angesiedelt an der US-Technischen Verbrennungsgesellschaft und der GE-Gesellschaft, mit der Entwicklung von Atomwaffen verbunden!

1000 Gelehrte, darunter 14 angesehene Wissenschaftler, spielen eine Hauptrolle im Nuklearsektor von Südkorea. Sie haben entweder in den USA studiert oder nahmen an gemeinsamen Forschungen zwischen Südkorea und den USA teil.

1990 unterzeichneten die USA und Südkorea ein gemeinsames Dokument, in dem die USA Südkorea versichern, dass sie Technologie und Komponenten für die Entwicklung von Raketen zur Verfügung stellen würden. Im Jahre 2001 gestatteten die USA Südkorea Raketen mit 300 km und 500 km Reichweite zu entwickeln und ebneten so den Weg für die Entwicklung dieser Raketen, bestimmt für einen Krieg.

All diese Fakten zeigen, dass die USA seit langem sehr gut über die Entwicklung von Atomwaffen durch Südkorea nicht nur informiert waren, nein, sie haben Südkorea dazu ermutigt und mit ihnen in dieser Richtung zusammengearbeitet!

Südkoreas Nuklearfrage ist sehr ernst, da dies die Situation auf der Koreanischen Halbinsel sowie die Probleme der Nord-Süd-Beziehungen verschärft. Es ist klar, gegen wen die Atomwaffen von Südkorea gerichtet sind. Die USA und Südkorea sind gut beraten, sich über die gefährlichen Konsequenzen der von ihnen oben genannten Entwicklung von Atomwaffen im Klaren zu sein.

Die Wahrheit, die sich hinter dem Nuklearproblem von Südkorea verbirgt, muss öffentlich gemacht werden!

Die südkoreanischen Politiker sollten nicht über die Nuklearfrage irgendeines Landes diskutieren, bevor sie nicht ihre eigene Nuklearfrage und ihre kriminelle Nuklearwaffenentwicklung unter US-Führung offen gelegt haben.

Quelle: Nachrichtenagentur KCNA, Pyongyang, 27.10.04, Übersetzung aus dem Englischen: Brigitte Queck

Auch Carsten Germis, Wirtschaftskorrespondent in Hamburg, weiß darüber und durfte im Jahre 2011 darüber einen Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichen, den man aber heute nur mit Mühe im Internet findet, weil ja

gegenwärtig vor allem die KDVR als Bösewicht zu gelten hat, das angeblich internationale Abkommen nicht einhält.

Hier nun sein Beitrag in der FAZ, am 23.3.2011 erschienen:

„Für Südkorea die Technologie der Zukunft: In Busan wird an einem neuen Atomkraftwerk gebaut Bild: dpa

Südkorea möchte trotz der Katastrophe in Japan das Geschäft mit der Atomenergie ankurbeln. Es soll der lukrativste Markt nach Autos, Halbleitern und Schiffen werden. Dabei geht es auch um die Minderung von Abhängigkeiten.

Südkorea hält trotz der Katastrophe im 1.500 Kilometer entfernten japanischen Atomkraftwerk Fukushima an seinem ehrgeizigen Atomprogramm fest. Das Land bleibe ohne Einschränkung auf seinem Atomkurs, hat der zuständige Minister für Bildung und Wirtschaft, Choi Joong-kyung, immer wieder bekräftigt. Die Ereignisse in Japan würden den Standpunkt Südkoreas zur Atomenergie in keiner Weise beeinflussen. Im Gegenteil: Bis 2030 will Südkorea zu einem der größten Exporteure von Atomtechnik in der Welt werden. Fast jedes dritte in der Welt gebaute Atomkraftwerk soll dann „made in South Korea“ sein.

Südkorea ist ein technikgläubiges Land. Erst Anfang 2010 beschloss die Regierung, bis 2024 insgesamt 14 neue Atomkraftwerke bauen zu lassen. 33,2 Billionen Won (22 Milliarden Euro) Investitionen sind dafür eingeplant. ...

Atomenergie als wichtige Exportbranche

Für Südkoreas Regierung und Wirtschaft geht es nicht nur um die heimische Atompolitik. Choi Kyung-hwan, der Minister, der die Atomkraft fördern und gleichzeitig kontrollieren soll, hat es vor der Katastrophe in Japan deutlich gesagt: „Das Geschäft mit der Atomenergie wird der lukrativste Markt nach dem Markt für Autos, Halbleiter und Schiffe.“ Südkorea werde Atomtechnik deswegen zu einer weiteren wichtigen Exportbranche machen. Bei Autos ist die Industrie des Landes schon stark, beim Schiffbau und bei der Halbleiterproduktion ist sie führend in der Welt, bei Atomenergie will sie es werden. Die Regierung hat die Erreichung dieses Ziels durch staatliche Industrieförderung vorangetrieben. Bereits 2009 lag das Land weltweit auf Rang sechs der installierten Atomkraftwerkskapazitäten nach Amerika, Frankreich, Japan, Russland und Deutschland. Noch in den 70er und 80er Jahren waren es ausländische Firmen, die in Südkorea Atomkraftwerke errichteten.

Heute hat das Land ein technisches Knowhow, dass mehr als 90 Prozent eines Atomkraftwerks in Südkorea produziert werden können. Atomkraftwerke in dem Land werden von der Korea Hydro and Nuclear Power betrieben. Die Planung liegt in den Händen der Korea Electric Power Corporation (KEPCO). Die Brennstoffversorgung

sichert Korea Nuclear Fuel, und die Reaktoren werden von Doosan Heavy Industries geliefert. Für den Bau verfügt das Land über mehrere größere Unternehmen, die Kenntnisse und Kapazitäten dafür haben.

Atomkraft gegen Rohstoffe

„Die Koreaner bieten alles aus einer Hand an“, erklärte ein Marktbeobachter. Das macht Atomkraftwerke für potentielle Kunden preiswert, und sie können zudem schnell gebaut werden. Die staatlichen und privaten Akteure, die unter Aufsicht des Erziehungs- und Wirtschaftsministeriums eng zusammenarbeiten, sind die treibenden Akteure der südkoreanischen Atomstrategie. Ihr Ziel, das vom Ministerium Anfang 2010 vorgegeben wurde: Bis 2030 sollen 80 Atomkraftwerke im Wert von umgerechnet rund 400 Milliarden amerikanischen Dollar im Ausland gebaut werden. Finanzschwache Länder sollen südkoreanische Atomkraftwerke im Tausch gegen Rohstofflieferungen für die südkoreanische Industrie erhalten.

Den ersten Großauftrag hat Südkorea Ende 2009 aus den Vereinigten Arabischen Emiraten erhalten. Dort bauen die südkoreanischen Unternehmen vier Atomkraftwerke für knapp 19 Milliarden Dollar. Wie wichtig dieser Auftrag für das Land ist, lässt sich daraus ersehen, dass Staatspräsident Lee Myung-bak wenige Tage nach der Katastrophe in Fukushima selbst den Grundstein für die neuen Kraftwerke legte. Im Gegenzug sicherte sich Südkorea, das stark von Erdöllieferungen aus Arabien abhängig ist, den Zugriff auf Ölvorkommen. Unternehmen des Landes bekamen die Zugriffsrechte auf drei noch nicht entwickelte Ölfelder.⁵

Nun schau mal einer an! Obiges wird in der Presse der US/NATO-Länder totgeschwiegen, weil

- es erstens für alle US/NATO-Länder sehr lukrativ ist, in Südkorea einen Billigproduzenten für Atomkraftwerke zu besitzen;
- zweitens Atomkraftwerke der Ausgangspunkt für die Herstellung von Atombomben sein können⁶;
- es drittens mit einem Produzenten wie Südkorea leicht ist, aus der Atomindustrie „auszusteigen“, mit anderen Worten: öffentlich Wasser zu predigen und heimlich Wein zu trinken.

Einseitiges Herangehen an die Nuklearfrage Nordkoreas

Viele etablierten Zeitungen in Deutschland und in anderen westlichen Staaten reagierten auf die Offenlegung des Atommachtstatus der KDVR durch dessen

⁵ Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/atomenergie-suedkorea-will-weiter-atomkraftwerke-bauen-1607638.html>

⁶ <https://www.ausgestrahl.de/informieren/.../dank-atomkraft-zur-atombombe/>

Außenminister Mitte April 2012 mit einseitigen Vorwürfen und dem Verweis auf den angeblichen Bruch des Nichtweiterverbreitungsvertrages von Kernwaffen durch die KDVR, obwohl sie aus diesem Vertrag seit Januar 2003 ausgetreten ist.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass Südkorea seit 1956 eine Vereinbarung mit den USA über die Entwicklung der Atomenergie hat. Interessant und wissenswert ist ebenfalls, dass die IAEA (Internationale Atomenergiebehörde) seit 1985 darüber informiert ist, dass der Atomforschungsreaktor von Südkorea 700 kg Natururanbrennstoff verbraucht hat⁷. Die internationale Aufsichtsbehörde fand darüber hinaus 1998 und 2003 Spuren der Gewinnung von Plutonium in südkoreanischen Atomreaktoren! Für Kenner war dies ein Hinweis auf den Bau von Atomwaffen durch Südkorea⁸.

Mit anderen Worten: Wer über Nordkorea herfällt und Südkorea bewusst oder unbewusst außer Acht lässt, reiht sich ein in die Verfechter der Doppelstrategie der USA!

Die USA drücken seit jeher beim Atomwaffenbesitz verbündeter Staaten beide Augen zu. Aber Staaten, die nicht dem „amerikanischen Stil von Freiheit und Demokratie“ folgen, bedrohen sie mit Sanktionen und weisen sie auf die Einhaltung des Nichtweiterverbreitungsvertrages von Kernwaffen hin, den die USA ihrerseits mit Füßen treten und diesen sogar aushebeln, indem sie auch nicht Kernwaffen besitzenden Staaten mit atomaren Präventivschlägen drohen.

Für die USA besitzt Korea, wie bereits oben gesagt, eine bedeutsame strategische Rolle. Aus diesem Grunde versuchen sie, sich ständig in die Angelegenheiten beider koreanischer Staaten einzumischen. So gab die südkoreanische Regierung trotz umfangreicher Massenproteste im Inland dem Druck der USA nach und entsandte im Jahre 2003 südkoreanische Soldaten in den Irak. Da die USA nicht daran denken, ihre Militärstützpunkte in Südkorea aufzugeben, widersetzen sie sich auch beständig dem Wunsch der Nord- und Südkoreaner nach einer unabhängigen Wiedervereinigung des Landes gemäß der Gemeinsamen Deklaration vom 15. Juni 2000 sowie dem von ihnen geforderten Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen.

Die KDVR, die leider auch in einigen sich links nennenden Zeitungen fälschlicherweise als Bösewicht, Übeltäter und als ein Staat bezeichnet wird, der den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen missachtet, plädiert seit Jahren dafür, die ganze Koreanische Halbinsel atomwaffenfrei zu machen. Aber das wird in den bürgerlichen Medien verschwiegen!

⁷ www.pub.iaea.org/MTCD/Publications/PDF/Pub1489_web.pdf

⁸ https://www.iaea.org/About/Policy/GC/.../gc48inf-4_ftn3.pdf

Wer einseitig über Korea berichtet und wichtige Fakten, besonders aber dessen sozialistisches Gesellschaftssystem außer Acht lässt, der spielt gewollte oder ungewollt das Spiel derer, denen die KDVR schon lange ein Dorn im Auge ist. Die Eliminierung der KDVR würde ins Strategiepapier derer passen, die lieber heute als morgen auch Russland wieder zu einem abhängiges Land machen wollen und es voll und ganz dem US- und EU-Imperialismus zu unterwerfen gedenken!

3. Verbrechen und Angriffe seitens der USA, Südkoreas und der westlichen Länder auf die KDVR seit ihrem Bestehen

Militärische Grenzzwischenfälle nach der Gründung der KDVR am 2.9.1948-Juni 1950

Bis zum Juni 1950 leisteten die USA dem südkoreanischen Marionettenregime eine Militärhilfe von 110.000.000 US-Dollar und rüsteten die südkoreanische Armee mit modernsten Waffen aus. Auch alle in der kaiserlich japanischen Armee gedienten Offiziere wurden von den Amerikanern wieder eingestellt.

Während die Sowjetarmee auf Ersuchen der KDVR bis Ende 1948 Korea verlassen hatten, verzögerte die US-Armee den Abzug ihrer Besatzungstruppen bis zum Jahre 1950. Wen wundert es, dass gerade in dieser Zeitperiode die Grenzzwischenfälle die Zahl von 2617 erreichte.

Beginn des Koreakrieges der KDVR angelastet

In Asien musste die USA trotz der umfangreichen Waffenlieferungen an die Tschiang-Kaischek-Truppen durch den Sieg der Volksbefreiungsarmee Chinas im Jahre 1949 eine empfindliche Niederlage hinnehmen.

Besonders die amerikanischen Kriegsfalken riefen in der amerikanischen Presse zum „notwendigen Krieg gegen Nordkorea“ auf, um ihre erlittenen Niederlagen zu kompensieren. Und es blieb nicht bei Worten Das wird im Anhang in den dort unter (2) und (4) aufgelisteten Büchern umfassend mit Zitaten und Quellen belegt.

Komplette Beweise für die Aggressionspläne der südkoreanischen Armee fanden die Soldaten der Koreanischen Volksarmee nach der Befreiung von Seoul am 28. Juni 1950. Die Dokumente belegen aktenkundig, dass die USA-Regierung mindestens seit dem 3. Dezember 1948 den Überfall auf Nordkorea vorbereitet hatten (siehe Quellenangabe 2). Aus den erbeuteten Akten geht z. B. auch hervor, dass S. Rhee an den amerikanischen Berater seiner Regierung, Robert Oliver, folgendes schrieb: *„Ich bin fest überzeugt davon, dass der psychologisch geeignetste Zeitpunkt gegeben ist, eine Angriffshandlung durchzuführen und die Verbindung mit den uns ergebenen Einheiten der kommunistischen Armee im Norden herzustellen, um so die übrigen*

Einheiten in Pjongyang zu vernichten. Wir werden Kim Il Sung's Leute in die Berge jagen und dort allmählich aushungern. Sie müssen die amerikanischen Staatsmänner und die amerikanische Öffentlichkeit davon überzeugen und dafür sorgen, dass sie stillschweigend der Aufnahme unserer Operation und der Durchführung unseres Programms zustimmen und uns alle materielle Hilfe geben, die wir brauchen. Je länger wir bummeln, desto schwieriger wird es“ (siehe Quellenangabe 4)

Diese und andere veröffentlichte Geheimdokumente (siehe 1, 2 und 3) zeigen unmissverständlich, wer die Kriegstreiber im Koreakrieg waren. Die US-Regierung reagierte auf diesen Brief mit der Aufforderung, dass Angriffe über den 38. Breitengrad hinaus nur auf den Befehl der US-amerikanischen Militärmission in Seoul erfolgen dürfen. Diese Befehle sind dann in der Tat ergangen, wie der amerikanische General Roberts bestätigte. Er erklärte z. B. im März 1950 in einer Besprechung mit S. Rhee: *„Der Feldzug gegen den Norden ist eine beschlossene Sache und der Termin seiner Durchführung liegt nicht allzu fern... Die gegen den Norden gerichtete Expedition wird natürlich von uns zuerst begonnen werden, wenn wir dafür auch nur formal einen hinreichenden Entschuldigungsgrund haben.“*

Am 14. März 1950 berichtete der Korrespondent der „New York Times“ in Seoul, Sullivan, dass 13 Abgeordnete der südkoreanischen Nationalversammlung wegen Vergehens gegen das Staatssicherheitsgesetz zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Die Anklage bestand aus fünf Punkten, von denen einer auf „Opposition gegen eine Invasion in Nordkorea durch südkoreanische Truppen“ lautete.

Von den USA und ihren Alliierten begangenen Verbrechen während des Koreakrieges

Die Führungsstäbe hatten und haben bei ihren Kriegen - vor allem gegen den Kommunismus - immer große Verluste eingeplant, vor allem aber Verluste von Soldaten anderer, ihnen ergebener Länder.

Der Koreakrieg wurde, wie später auch der Vietnamkrieg, mit besonders grausamen Methoden geführt. In diesem Kriege starben 4 Millionen Koreaner. Davon wurden ca. 2 Millionen Zivilisten gegen alle Regeln der Genfer Konventionen in einem von den USA geführten Luftkrieg getötet sowie von der US-Soldateska in Killeroperationen an der Zivilbevölkerung regelrecht hingeschlachtet und bei lebendigem Leibe verbrannt.

Es wurden nahezu alle Städte und Dörfer der KDVR zerstört oder stark beschädigt. Dieser Massenmord an der Zivilbevölkerung war von der Führung der USA angeordnet worden. Der Kommandeur der 8. amerikanischen Armee gab beispielsweise folgenden Befehl an seine Truppen heraus: *„Soldaten der US-Streitkräfte, tötet jeden. Eure Hand darf nicht zittern, wenn vor euch Kinder oder alte*

Leute auftauchen. Indem ihr tötet, rettet ihr euch selbst vor Katastrophen und ihr erfüllt dadurch eure Mission als Soldaten der UNO-Streitkräfte“.

In den drei Kriegsjahren führten die USA über 1.150.000 Luftangriffe auf die KDVR durch. 85 % der Bombardierungen waren dabei auf zivile Ziele gerichtet, wie später in ihren Kriegen in Vietnam, im Irak, in Libyen, Afghanistan, Syrien u.a. Ländern! Im Koreakrieg wurden 600.000 Tonnen Napalm und andere Bomben abgeworfen.

Allein auf die Hauptstadt der KDVR flogen die US-Amerikaner 1400 Luftangriffe und warfen dabei 428.000 Bomben ab, wobei alle Fabriken, Schulen, Krankenhäuser, städtische Anlagen und fast alle Wohnhäuser zerstört wurden.

In ähnlich barbarischer Weise wurden südkoreanische Ziele bombardiert und zerstört: Beispiele der verbrecherischen Luftangriffe sind der Abwurf von 28 Bomben auf das Hungnam-Zentralkrankenhaus im August 1950, bei dem 18 Ärzte und Krankenschwestern sowie 117 Patienten getötet wurden und der US-Bombenabwurf auf die Kindertagesstätte von Hungnam, der den Tod von 52 Kindern zwischen sechs Monaten und vier Jahren verursachte. Beim Bombenangriff auf die Stadt Chongjin fanden am 19. August 1950 1.034 Zivilisten den Tod.

Während der Besetzung der KDVR tötete die US-Soldateska über eine Million unschuldiger Zivilisten. Barbarische Kriegsverbrechen begingen auch die Bodentruppen der USA und ihrer Verbündeten. In 34 Städten der KDVR und Südkoreas sind die Namen von ca. 170.000 Koreanern dokumentiert, die von der US-Soldateska bestialisch ermordet wurden.(siehe Quellenangabe 2)

Die Grauenhaftigkeit des Koreakrieges im Inneren des Landes sollen einige Zahlen verdeutlichen: 1.146 ermordete Zivilisten in Suwon, 2.060 in Chungju, 600 in Kongju und Phyongthaek, 2.000 in Puyo, 8.644 in Taejon, über 4.000 in Jonju, 800 in Thongyong, 800 in Kokan, über 500 in Ansong. Während der Okkupation von Seoul wurden vom September 1950 bis Januar 1951 72.390 Menschen umgebracht und zum großen Teil viehisch hingeschlachtet. Die Zahl der von den US-Aggressoren während der Besetzung des Sinchon-Bezirktes kollektiv und individuell ermordeten Menschen betrug 35.385, darunter 16.234 Kinder und Frauen. 87% der Bevölkerung von Mangung-ri und Kunhung und 68% der Bevölkerung von Ryongdang-ri wurden in GLs Sondereinsätzen gnadenlos umgebracht. In Ryangjang-ri wurden in einer sogenannten „Anti-Guerilla-Aktion“ sämtliche männliche Einwohner unterschiedlos erschossen bzw. regelrecht abgeschlachtet. Am 23. Oktober 1950 ermordete die US-Soldateska in dem Unryal-Bergwerk 2.000 Arbeiter und deren Familienmitglieder, indem sie diese in eine Schachtgrube trieben und lebendig mit Erzabraum zuschütteten. Mit einem Futterhäckselgerät zerstückelten sie dann die Körper von über 300 Einwohnern der nahegelegenen Siedlung. Das sollte im Militärfargon der

US-Army zur „Abschreckung der Bevölkerung“ dienen. Auf der Insel Jang im Rimpho-Unterbezirk des Bezirks Jongju wurden nach der Landung der US-amerikanischen Truppen sämtliche Einwohner (über 580) in einer Vergeltungsaktion ermordet.

Über 20 Familienangehörige von Mitgliedern der Partei der Arbeit Koreas wurden in Pongmyong-ri, Bezirk Hamju von US-Truppen verhaftet, mit einer Axt erschlagen und verbrannt. Bei Haksong führte am 23. November 1950 die US-Soldateska 28 Einwohner an einen Berg, übergoss sie mit Benzin und verbrannte sie bei lebendigem Leibe. Im Dezember 1950 trieben fliehende US-Soldaten 4.000 unschuldige Männer, Frauen und Kinder auf eine Brücke, die über den Taedong Fluss führte. Sie sprengten die Brücke in die Luft. Während diese Menschen einen grauenhaften Tod erlitten, brachen die vertierten Amerikaner am anderen Ufer in ein Freudengeheul aus. In einer Entbindungsstation ramnten vertierte US-Soldaten schwangeren Frauen aufgepflanzte Bajonette in den Unterleib.

Vor ihrem Abzug aus Sinchon ermordete die US-Soldateska am 3. Dezember 1950 in Wonam-ri über 910 Frauen, Kinder und Säuglinge. Zuerst wurden sie in einem Lagerhaus zusammengetrieben. Der Kommandeur der US-Einheit schrie dabei seine Untergebenen an: „Es ist zu glücklich für die Mütter und die Babys, wenn sie zusammen sind. Reißt den Müttern sofort die Babys weg und sperrt sie getrennt ein. Die Mütter sollen in Angst um ihre Babys sterben und die Babys sollen sterben, während sie nach ihren Müttern schreien“. Die US-Soldateska gab den durstenden Babys Benzin zu trinken. Am Ende ließ man die Mütter und Babys bei eisiger Kälte erfrieren, goss Benzin über sie und verbrannte viele von ihnen. Dann warf man mehr als 100 Handgranaten in die Räume, um die Überlebenden zu töten“ (siehe Quellenangabe 2)

Sachwerte von mindestens 500 Mrd. US-Dollar wurden allein in der KDVR vernichtet. Im Verlauf dieses Krieges zerstörten die US-Imperialisten mehr als 8.700 Fabriken und 600.000 größere und kleinere Häuser, 5.000 Schulen und 1.000 Krankenhäuser, über 260 Theater und Kinos sowie mehrere Tausend soziale und kulturelle Einrichtungen. Die USA setzten in großer Zahl Napalmbomben und biologische Waffen ein, um unter der Bevölkerung tödliche Epidemien auszulösen, oder einfach nur, um die Menschen einen qualvollen Tod sterben zu lassen.

Es wurden großflächige, bis heute irreparable Umweltschäden angerichtet. Allein durch die Vernichtung der in Jahrtausenden gewachsenen Baumbestände in den nordkoreanischen Bergmassiven konnten durch den in der Menschheit ersten systematischen Umweltvernichtungskrieg der US-Air Force bis zur Gegenwart die Gefahr von Überschwemmungen der Bergabhänge und Bergtäler, bzw. der Ebenen nicht gebannt werden. Das führte trotz größter Anstrengungen der Regierung und des

Volkes der KDVR durch Wiederaufforstung und Vorsorgemaßnahmen gegen Überschwemmungen immer wieder zu großen Problemen in der Landwirtschaft. (siehe Quellenangaben 1-4).

Die unverschämte Heuchelei der „westlichen Wertegemeinschaft“ wird dadurch deutlich, dass sie die von den USA angerichteten Umweltschäden und die infolge Überschwemmungen bedingten zeitweilig auftretenden Ernährungsprobleme der Führung der KDVR anlastet!

Kriegsvorbereitung: Die UNO wird durch die USA über ökonomische und finanzielle Druckmittel für ihre Zwecke genutzt

Nach der Kapitulation Japans wählten das US-Außen- und das Verteidigungsministerium unter den koreanischen Emigranten in den USA jene, die als treue Diener der USA galten, aus und schickten sie nach Südkorea. Die Politik der US-Militäradministration kurz nach dem 2. Weltkrieg trat das nationale Selbstbestimmungsrecht des koreanischen Volkes mit Füßen und traf auf scharfen Protest und Kritik der Bevölkerung ganz Koreas.

Ein amerikanischer Militärhistoriker gestand ein, dass die US-Generäle immer wieder Proklamationen erließen, die gegen die in der UN-Charta festgelegten Prinzipien der Achtung der Menschenrechte und der nationalen Selbstbestimmung verstießen und die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des koreanischen Volkes in grober Weise mit Füßen traten.⁹

Nach der Annahme des Beschlusses der Moskauer Konferenz der drei Außenminister machten die USA auch im Stadium der Ergreifung der dementsprechenden praktischen Maßnahmen weiterhin Schwierigkeiten. Zu dieser Zeit stachelten die USA Li Syng Man und andere rechtsextreme Reaktionäre zu einer „Anti-Treuhand“-Bewegung gegen den Beschluss der Moskauer Konferenz an. Sie verdrehten den wahren Sachverhalt so, als ob der „Vorschlag zur fünfjährigen Treuhandschaft über Korea“ auf Betreiben der Sowjetunion beschlossen worden wäre.

Die USA sahen die Treuhandschaft als Herrschaft des Treuhänderstaates über die Bevölkerung und das Territorium des Mandatsgebietes an, aber die Sowjetunion sah darin eine Hilfe für die Selbstverwaltung und Selbstbestimmung des Mandatsgebietes.

Am 23. Januar 1946 empfing Stalin Harriman, US-Botschafter in der Sowjetunion, zum Abschiedsbesuch und sagte ihm: *„Auf der Moskauer Konferenz im vergangenen Dezember wurde der Plan über die Treuhandschaft durch die vier Großmächte ausgearbeitet. Aber wir haben die Nachricht erhalten, dass der amerikanische*

⁹ C. Berger, The Korea Knot, New York, 1957, S. 48-49

Vertreter in Korea schon gegen diese Vereinbarung verstößt.“ Wie er gehört habe, sagen die Amerikaner, dass nur die Sowjets die Treuhandschaft über Korea gutheißen. Sie sei aber in der Tat zuerst von Roosevelt eingebracht worden. Er fuhr fort: *„Die Treuhandschaft ist auf keinen Fall für die Sowjetregierung notwendiger als für die USA. Wenn beide Länder es für nötig halten, könnte sie abgeschafft werden.“*¹⁰

Auf der Außenministerkonferenz in Moskau hatte die sowjetische Seite vorgeschlagen:

„1. Es wird eine demokratische provisorische Regierung Koreas gegründet und unter deren Teilnahme die Vereinigung Koreas verwirklicht.

2. Die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und China sind Treuhänderstaaten für Korea, und das Ziel der Treuhandschaft besteht darin, unverzüglich notwendige Hilfsmaßnahmen für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt des koreanischen Volkes, für die demokratische Entwicklung Koreas und für die Gründung eines unabhängigen Staates zu ergreifen.

3. An den Festlegungen über die Treuhandschaft sind die koreanische provisorische Regierung und die demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Koreas unbedingt zu beteiligen.

*4. Die Treuhandschaft der vier Staaten muss durch die koreanische provisorische Regierung und die ihr unter-stellten Organe ausgeübt werden.“*¹¹

Das war ein großer Schlag gegen die US-Militäradministration, die zur „Anti-Treuhand“-Bewegung aufgehetzt hatte.

So schickte Hodge an das amerikanische Außenministerium einen Brief, in dem er schrieb, dass Stykows Erklärung den Koreanern bewusst machen könnte, dass die USA sie „verkauft“ hätten, und dass daher die USA in eine sehr schwierige Lage geraten würden. MacArthur teilte er mit, dass er darin einwilligen werde, ihn seines Amtes zu entheben, um das Gesicht der USA zu wahren.¹²

Vom 16. Januar bis 5. Februar 1946 fand in Soul eine Konferenz der Vertreter der Kommandanturen der sowjetischen und der amerikanischen Besatzungstruppen in Korea statt. Auf der Konferenz wurde in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Moskauer Außenministerkonferenz die GSAK gebildet und beschlossen, dass die Kommission innerhalb eines Monats ihre Arbeit aufnehmen sollte. Schon auf der ersten Tagung der GSAK, die am 20. März 1946 in Soul stattfand, prallten die grundsätzlich unterschiedlichen Meinungen der Sowjetunion und der USA

¹⁰ A. Harriman, Diplomatischer Krieg zwischen Sondergesandten, Churchill und Stalin, Bd. 2, 1985, korean. Ausg., S. 619

¹¹ ebenda

¹² (The US Department of War, The History of the US Army in Korea, Washington, S. 89-92)

aufeinander. Die GSAK sollte vor allem die Aufgabe erfüllen, in Beratungen mit den politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Koreas eine Charta und ein politisches Programm der provisorischen Regierung Koreas vorzubereiten und die provisorische Regierung Koreas zu bilden.

Die USA schlugen anfangs vor, ein „Beratungskomitee“ aus Koreanern zu gründen und ihm das Recht zur Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung des koreanischen Staates zu übertragen, mit dem Ziel der Schaffung einer provisorischen Regierung Koreas, bestehend aus proamerikanischen Kräften, um mit diesen schließlich die US- Herrschaft über ganz Korea zu verwirklichen. In einer Weisung, die die Vereinigten Generalstäbe der USA vor Eröffnung der GSAK Hodge übermittelten, hieß es, dass die Kommunisten *„nicht Repräsentanten des koreanischen Volkes sein können und daher diese Gruppe nicht einbezogen werden darf“*¹³

Mit dem neuen US-Außenminister Marshall an der Spitze fasste eine Sonderkommission den Beschluss, in Zukunft in Südkorea eine „Separatregierung“ zu errichten, wenn die Tagung der GSAK nicht entsprechend dem Willen der USA verlaufen würde. Aber nur die isolierte Gruppe um Li Syng Man blieb in Südkorea als Befürworter der Separatwahlen übrig. Unter diesen Umständen wurden die USA vor die Alternative gestellt, ob sie als Subjekt des Völkerrechts an der Arbeit der GSAK weiter aufrichtig teilnehmen oder die Separatwahlen anstreben sollten. Sie wählten den Weg, Li Syng Man aufzubauen und seine Kräfte zu nutzen.

So stagnierte die Arbeit der GSAK, und man ging wieder zu Regierungsverhandlungen über. Außerdem gingen die USA als letztes Mittel in das Stadium über, die Koreafrage auf die Tagesordnung der UNO zu setzen.

Das Telegramm, das Joseph E. Jacobs, der politische Berater von Hodge, am 8. September 1947 an den Außenminister schickte, macht das deutlich: *„Früher oder später werden die Amerikaner und der Kongress erkennen, dass wir in eine schlimme Lage geraten werden, wenn die linken Kräfte uns zu vertreiben versuchen und die rechten ihre einseitigen Forderungen ablehnen. Dann werden die USA nolens volens Korea aufgeben müssen. Wenn wir keine Gegenmaßnahmen treffen, z . B. bei den Verhandlungen der vier Großmächte oder in der UNO neue Vorschläge unterbreiten, werden wir bei beiden, Linken und Rechten, in ein Dilemma geraten.“*

Am 26. August 1947 schickte Walter Robertson, der stellvertretende Außenminister der USA, an Molotow einen Brief mit dem Vorschlag, am 8. September in Washington eine Konferenz der vier Staaten über die Koreafrage abzuhalten, die den

¹³ The US Department of War, The History of the US Army in Korea, Washington, S.145

Moskauer Beschlüssen zugestimmt hatten, und lud die sowjetische Seite dazu ein. Er fügte dem Brief den auf der Konferenz zu unterbreitenden Plan der amerikanischen Seite über die „Koreafrage“ bei. In diesem „Plan“ schlugen die USA vor, Wahlen von Vertretern für die Bildung einer provisorischen Gesamtlegislative jeweils in beiden Gebieten Koreas (Nord und Süd) durchzuführen, damit aus Vertretern entsprechend der Bevölkerungszahl beider Gebiete eine gesamt-koreanische provisorische gesetzgebende Versammlung in Seoul einzuberufen, um eine einheitliche provisorische Regierung Koreas zu gründen. Diese Regierung solle in Beratung mit den vier Staaten, die den Moskauer Beschlüssen zugestimmt hatten, eine provisorische Verfassung ausarbeiten. Der ganze Prozess solle von der UNO überwacht werden. Die USA rechneten damit, durch Wahlen von Vertretern entsprechend der Einwohnerzahl unter Aufsicht der UNO die Oberhand der pro-amerikanischen Kräfte gewährleisten zu können. Damals gab es in Nordkorea 4,5 Millionen und in Südkorea 9,5 Millionen Wahlberechtigte.

Daneben schlugen die USA vor, an Stelle der Gemeinsamen Sowjetisch-Amerikanischen Kommission eine Vierstaatenkonferenz abzuhalten, um das Votum Großbritanniens und der chinesischen Regierung unter Jiang Jieshi für sich zu nutzen.

Die sowjetische Seite erklärte am 4. September 1947 in einem Schreiben an die USA, dass die Einrichtung getrennter provisorischer gesetzgebender Versammlungen im Norden und im Süden anstelle eines gesamt-koreanischen einheitlichen Machtorgans zur Spaltung Koreas führen würde, und forderte die amerikanische Seite auf, dem bereits von sowjetischer Seite gemachten Vorschlag zur Gründung einer provisorischen koreanischen Volksversammlung zuzustimmen.

Daraufhin begannen die USA wie geplant radikal zu handeln. Am 17. September äußerten sie in einem Brief an die sowjetische Seite: *„Die USA-Regierung schlägt vor, die Frage der Unabhängigkeit Koreas der kommenden UNO-Vollversammlung zu übertragen“*, und setzten damit die Funktion der GSAK außer Kraft. Am 18. Oktober schlugen die USA offiziell die Aussetzung der GSAK vor. Am 20. Oktober gab die Sowjetunion eine Erklärung ab und zog ihre Delegation aus Soul zurück. Auf diese Weise scheiterte die GSAK nach 19 Monaten, ohne ihre primäre Aufgabe zur Lösung der Koreafrage erfüllt zu haben. So brachten die USA die Arbeit der GSAK endgültig zum Scheitern und setzten – wie von ihnen geplant – die Koreafrage auf die Tagesordnung der UNO.

Am 17. September 1947 machte der damalige USA-Außenminister Marshall in seiner Rede auf der 2. UNO-Vollversammlung die Sowjetunion dafür verantwortlich, dass sich die Unabhängigkeit Koreas um über zwei Jahre verzögerte, und legte einen Resolutionsentwurf der amerikanischen Seite vor, die „Koreafrage“ in der UNO zu erörtern. Er behauptete, dass nur die UNO die „dringliche und gerechte Forderung der

Koreaner nach Unabhängigkeit“ erfüllen könne, und forderte die Vollversammlung auf, der Aufnahme der Koreafrage in ihre Tagesordnung zuzustimmen.

Der sowjetische Delegationsleiter widerlegte Marshalls Behauptung und äußerte, dass die Koreafrage ein direktes Ergebnis des Krieges sei und daher die UNO nach ihrer Charta nicht berechtigt sei, irgendwelche Maßnahmen in Bezug auf die Koreafrage zu treffen. Er bestand darauf, dass das internationale Abkommen über die Koreafrage bereits im Dezember 1945 in Moskau abgeschlossen wurde und betonte: *„Da bereits internationale Abkommen bestehen, gehören Nachkriegsprobleme wie z. B. die Koreafrage nicht auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung.“*

Doch am 23. September, sechs Tage danach, brachte die UNO den Resolutionsentwurf durch, die Koreafrage auf die Tagesordnung ihrer Vollversammlung zu setzen und sie im 1. Ausschuss zu beraten. Auf diese Weise kam die Koreafrage in die UNO.

Dadurch, dass die USA die Koreafrage auf die Tagesordnung der UNO brachten, häuften sie Steine auf den zukünftigen Weg des koreanischen Volkes, das einen souveränen und unabhängigen Staat wollte, und inszenierten das Präludium für die komplizierten und scharfen Auseinandersetzungen um die „Koreafrage“ auf der Bühne der UNO.

Edwin Porrey, der für die Kriegsentschädigungen zuständige Sondergesandte des USA-Präsidenten, wurde vom Mai bis Juni 1946 nach Korea gesandt, um die reale Lage zu untersuchen. Er sandte am 22. Juni an Truman den Bericht „Meinungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu den politischen Angelegenheiten Koreas“. (Opinion, Conclusion and Recommendations regarding the Political Affairs of Korea) Darin stand Folgendes: *„Offen gesagt ... Korea ist ein ideologischer Kampfplatz, von dem der Erfolg der USA in Asien abhängt. Mit anderen Worten ist es meiner Ansicht nach ein Prüfstein, ob hier nach dem untergegangenen Feudalismus Demokratie verwirklicht werden oder der Kommunismus erstarken kann.“*¹⁴

Diese „Empfehlung“ von Porrey machte Truman zur Politik der USA. Das beweist auch ein erst Anfang 1970 öffentlich bekannt gewordenes diplomatisches Geheimdokument, in dem es heißt, dass Truman 1946 bemerkte, Korea sei ein *„ideologischer Kampfplatz, der vielleicht über alle Erfolge der USA in Asien entscheiden würde“*, und dass er *„verlangte, lange genug für die Erfüllung ihrer Aufgabe in Korea zu bleiben sowie das dafür benötigte Personal und ausreichende Geldmittel zur Verfügung zu stellen“*¹⁵.

¹⁴ Memoiren von Harry S. Truman „Year of Decisions“, Bd. 1, New York, 1955, S. 224

¹⁵ Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, 1946, the Far East.

Auch Wedemeyer, der 1947 als Sonderbotschafter des US-Präsidenten Südkorea besuchte, legte am 19. September Truman einen Sonderbericht vor, in dem er die Meinung äußerte, man solle die Koreafrage auf einer Konferenz der vier Großmächte zu lösen versuchen, wenn die Gemeinsame Sowjetisch-Amerikanische Kommission als gescheitert gelte. Falls auch das misslingen würde, müsse sie auf der UN-Vollversammlung gelöst werden. Wenn auch dieser Plan erfolglos sein sollte, müssten die USA allein über die Zukunft Koreas entscheiden. Man dürfe auf keinen Fall auf Korea verzichten.

Die USA gingen daran, das praktisch zu verwirklichen, und die UNO setzte den Plänen der USA folgend einseitig die Koreafrage auf die Tagesordnung der Vollversammlung.

In der ernsten Situation, in der die Spaltung Koreas vor der Tür stand, gab die Sowjetunion am 26. September 1947 in Soul eine Erklärung ab, in der sie vorschlug, Anfang 1948 beide, die sowjetischen und die amerikanischen Truppen gleichzeitig aus Korea abzuziehen und dem koreanischen Volk selbst die Lösung seiner Probleme zu überlassen. Die Erklärung lautete: *„...Korea kann erst dann zu einem souveränen und unabhängigen Staat werden, wenn es eine eigene vom Volk unterstützte Regierung hat und sich die sowjetischen und amerikanischen Truppen vom Territorium Koreas zurückziehen. ...Die sowjetische Delegation erklärt, dass die sowjetischen Truppen, wenn die amerikanische Delegation unserem Vorschlag, Anfang 1948 alle ausländischen Truppen abzuziehen, zustimmt, bereit sein werden, gleichzeitig mit den amerikanischen Truppen aus Korea abzuziehen.“*

Die USA aber lehnten den Vorschlag mit der Begründung ab, der Abzug der Truppen sei nur eine Seite der Koreafrage.

Ihre Pläne waren einzig darauf gerichtet, die Koreafrage auf die Tagesordnung der UN zu setzen, um ihre eigenen Ziele mit Hilfe ihrer Abstimmungsmaschinerie durchzusetzen. Mehr noch: Durch den allseitigen Gegenangriff der Chinesischen Volksbefreiungsarmee ab Juli 1947 wurde die Kuomintang-Regierung von Jiang Jieshi an den Rand des Zusammenbruchs gebracht und damit drohte die politisch-militärische Basis der USA im asiatischen Kontinent verloren zu gehen. Diese Umstände machten die Durchsetzung der strategischen Interessen der USA auf der Korea-Halbinsel noch dringlicher.

Darüber schrieb eine Presse der USA: *„Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 140.000 Mann starke Truppen unter Jiang Jieshi von Süd- und Westchina nach Nordchina und der Mandschurei verlegt und 50.000 Mann zählende US-Truppen nach Nordchina umgesetzt. Trotzdem misslang es den USA, in der Mandschurei einen Stützpunkt zu*

*errichten. Nordkorea könnte ein Ersatz für den Stützpunkt in der Mandschurei oder ein direkter Verbindungsweg in die Mandschurei sein.*¹⁶

Davon ausgehend, dass während des 2. Weltkrieges Deutschland, Italien und Japan, welche zu den „sechs Großmächten“ gehört hatten, besiegt, und auch Frankreich beträchtlich geschwächt war, das „Britische Reich“, das sich gerühmt hatte, ein „Land, wo die Sonne nicht untergeht“, zu sein, sich ebenfalls von seinen vielen Kolonien in der Welt zurückziehen musste und die von ihnen in vielen Ländern Europas und Asiens gehaltenen Stellungen eine nach der anderen den USA überlassen mussten, nutzten die USA unter Ausnutzung der günstigen Bedingung, dass sowohl ihr Territorium vom Krieg verschont geblieben war, als auch durch die Kriegsproduktion Superprofite durch Waffenlieferungen für die „Verbündeten“ in Höhe von Dutzenden Milliarden Dollar erzielt worden waren ihre starke ökonomische Situation¹⁷ für ihre Position in der UNO aus.

Die Zündung der 1. Atombombe in der Welt hatte den USA ebenso ein gewaltiges militärisches Übergewicht verschafft.

So wurden nach der Gründung der UN deren Hauptquartier und wichtige Spezialorganisationen in den USA angesiedelt. Von den Großmächten der Welt zahlten die USA den höchsten Mitgliedsbeitrag an die UN und konnten dadurch ihre Vorrechte geltend machen, weil sie viel Geld für die UN-Spezialorganisationen, den „Internationalen Währungsfonds“ (IMF) und die „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (IBRD), anlegten.

Darüber schrieb das amerikanische Blatt „Business Week“ vom 22. Oktober 1949: *„Die UNO verschafft den USA Ansehen. ...Sie ist im Grunde genommen eine Organisation der USA. Amerika hat die UN gegründet. Im Hintergrund des so erreichten Erfolgs liegen die Bemühungen von amerikanischen Spezialisten. ... Das Wichtigste mag wahrscheinlich die Tatsache sein, dass das UN-Hauptquartier auf dem Boden der USA steht. ... Die USA nehmen so viel in die Hand, wie sie Beiträge zahlen.“*

Diese Wirklichkeit ergab, dass sich die imperialistischen Kräfte im Unterschied zum bisherigen System vor dem 2. Weltkrieg, in dem sie um die Machtstellung gekämpft hatten, mit den USA als Zentrum neu formierten und viele Satellitenstaaten sich der „Hilfe“ der USA durch den Dollar und ihrem „Schutz“ durch die Atombombe

¹⁶ Wer hat den Koreakrieg entfesselt?, japan. Ausg., S. 121

¹⁷ Im Jahr 1948 betrug der Goldbestand der USA zwei Drittel des Bestandes der kapitalistischen Welt (etwa 28 Mrd. Dollar), und ihre Industrieproduktion machte 53,4 Prozent der industriellen Bruttoproduktion der kapitalistischen Welt aus.

unterworfen. Das schuf den USA günstige Bedingungen dafür, in der UNO Mehrheiten zu bilden und so bei dem von der UN-Charta festgelegten Majoritätsprinzip beachtliches Übergewicht zu gewinnen. Der USA-Präsident Truman sprach seit der 2. UNO-Vollversammlung davon, dass *„die USA eben die UN seien und das, was wir machen, ebenso Beschlüsse der UN“*¹⁸ seien.

Die Erörterung der Koreafrage, die von den USA widerrechtlich auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung gesetzt wurde, war von Anfang an diesen Bedingungen unterworfen. Allein die Sowjetunion widersetzte sich in der UNO dem USA-Diktat. Am 28. Oktober brachte der sowjetische Vertreter in den UN eine Resolution ein, in der es hieß: *„In Erwägung dessen, dass die der UN-Vollversammlung vorgelegte Koreafrage eigentlich eine ureigene Frage des koreanischen Volkes ist, die dessen Freiheit und Unabhängigkeit betrifft, und diese Frage nicht gerecht und vernünftig geregelt werden kann, ohne dass an der Erörterung Vertreter der koreanischen Bevölkerung teilnehmen, schlug die sowjetische Seite vor, zur Beratung im 1. Ausschuss vom koreanischen Volk gewählte Vertreter Nord- und Südkoreas einzuladen.“* Und er erklärte, dass die Sowjetunion an der Beratung nicht teilnehmen werde, wenn diese Forderung nicht erfüllt wird.

Es ist international üblich, Vertreter der betreffenden Nation einzuladen und ihre Meinung anzuhören, wenn in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen Fragen erörtert werden, die mit dem Schicksal dieses Landes und dieser Nation zusammenhängen, denn das ist die Grundlage für die Sicherung der Objektivität und Rechtmäßigkeit der Entscheidungen. Aber die USA verhinderten die Durchsetzung des sowjetischen Vorschlags, koreanische Vertreter einzuladen, und reichten dem 1. Ausschuss am 29. Oktober einen „Abänderungsantrag“ gegen den sowjetischen Vorschlag ein. Ihr Antrag lautete, dass, *„um zu sichern, dass koreanische Vertreter von ihrem Volk den Tatsachen entsprechend gewählt werden können, unverzüglich eine Provisorische UN-Kommission für Korea, die das Recht hat, in ganz Korea zu reisen, zu überwachen und zu beraten, gebildet und nach Korea unverzüglich entsendet werden muss...“*¹⁹. Der „Abänderungsantrag“ der USA zielte letztendlich darauf, die „Provisorische UN-Kommission für Korea“, ein Instrument zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas, möglichst schnell zu gründen.

Dazu äußerten auch manche UNO-Mitgliedsstaaten ihre Zweifel. Der französische Vertreter meinte, *„die Wahl der Vertreter unter Aufsicht der Kommission werde das Anhören ihrer Meinungen verzögern“*, und der neuseeländische Vertreter zweifelte

¹⁸ Amerika und der Koreakrieg, S. 265

¹⁹ UNO-Resolutionen über die Koreafrage, 1947-1957, S.15

daran, dass es sich bei dem USA-Abänderungsantrag tatsächlich um einen Abänderungsantrag zum sowjetischen Vorschlag handele. Er trage zwar die Form eines Abänderungsvorschlages, wiederhole aber die grundsätzlichen Vorschläge des ersten Resolutionsentwurfs der USA. (Siehe: Offizielle UNO-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 17, 25, 31) Trotzdem erklärte der amerikanische Vertreter auf der Tagung vom 30. Oktober, „*der Antrag sei völlig berechtigt, und er sei nicht bereit, ihn zurückzuziehen*“, und drängte darauf, den „Abänderungsantrag“ seiner Seite zur Abstimmung zu bringen.

Am 14. November ließen die USA den Entwurf über die „Wahlen unter Aufsicht der UN“ durchpeitschen. Sie schlugen vor, für die „Wahlen unter Aufsicht der UN“ eine „Provisorische UN-Kommission für Korea“ zur Entsendung nach Korea zu gründen und sie aus Vertretern von Australien, Kuomintang-China, Kanada, El Salvador, Frankreich, Indien, Philippinen, Syrien und der Ukraine zusammenzusetzen. Die Ukraine veröffentlichte auf der Stelle eine Erklärung, es habe sich klar herausgestellt, dass die „Provisorische UN-Kommission für Korea“ ein Instrument für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas sein würde, weshalb man daran nicht nur nicht teilnehmen könne, sondern die Organisation als solche nicht anerkenne.

Auch die Sowjetunion erklärte die Erörterung der „Koreafrage“ in der UNO als unrechtmäßig, beteiligte sich nicht an der Abstimmung über den amerikanischen Resolutionsentwurf zur „Frage der Unabhängigkeit Koreas“ und erkannte auch die Existenz der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ selbst nicht an. Sie lehnte daher die vom UN-Generalsekretär über den sowjetischen Vertreter in der UNO übermittelte Einladung an den Vertreter der sowjetischen Truppen Tschistjakow ab, der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ einen Protokollbesuch abzustatten.

So fasste die 2. UN-Vollversammlung unter Leitung des amerikanischen Delegationschefs Dulles auf Grund der vom Vertreter der USA vorgelegten Materialien einen „Beschluss“ über die Koreafrage, ohne objektive Materialien über die Koreafrage untersucht und Meinungen der Betroffenen darüber angehört zu haben

Der heftige Kampf des koreanischen Volkes für Unabhängigkeit, ohne Einmischung von außen führte selbst in der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ zu Schwankungen und Beunruhigungen. (Siehe: Offizielle UNO-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 101)

Die USA beschlossen in dieser Situation, nun in Südkorea Separatwahlen durchzuführen und versuchten, sie mit dem Aushängeschild der UNO-„Resolution“ zu rechtfertigen. Eine Nachrichtenagentur in Washington berichtete, dass „*die USA*

planen, in den Ausschüssen und der Vollversammlung der UNO Übereinkommen für die Anerkennung der neuen südkoreanischen Regierung zu erzielen“²⁰. Doch im UN-Sicherheitsrat konnten die USA wegen des Vetorechts des ständigen Mitglieds Sowjetunion ihr Ziel nicht erreichen.

Deshalb versuchten sie, auf einer „kleinen UNO-Vollversammlung“ die „Koreafrage“ zur Diskussion zu stellen. Der US-Außenminister Marshall ließ am 19. Februar die „kleine UNO-Vollversammlung“ einberufen und unterbreitete einen „Resolutionsentwurf“ folgenden Inhalts: Wenn die „gesamtkoreanischen Wahlen unter Aufsicht der ‚Provisorischen UN-Kommission für Korea‘ sich als unmöglich erweisen“, müsse man allein in den „der Kommission zugänglichen koreanischen Gebieten ... Separatwahlen“ für die Bildung einer Regierung durchführen, und er forderte die Vertreter aller Staaten auf, dem Entwurf zuzustimmen.

Das bedeutete die Spaltung Koreas.

Am 25. März wandten sich alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nordkoreas mit einer öffentlichen Erklärung gegen die separaten Wahlen an alle Landsleute. Angesichts der Verschärfung der Gefahr der Teilung durch die USA unterstützten südkoreanische Nationalisten wie Kim Ku und Kim Kyu Sik im Interesse der Verhinderung der nationalen Spaltung die Linie zur Errichtung einer Einheitsregierung Nord- und Südkoreas; sie brachen endgültig mit den USA und der Gruppe um Li Syng Man, die Separatwahlen verlangten, und erklärten sich für politische Verhandlungen zwischen Nord und Süd. Kim Ku beharrte darauf, dass „die UNO eine äußere Organisation sei, die kein Recht habe, sich in die inneren Probleme Koreas einzumischen“, und wandte sich gegen Wahlen unter Aufsicht der UNO. Auch Kim Kyu Sik war dagegen mit der Begründung, dass diese Wahl eine ewige Spaltung des Landes bedeuten würde.

Am 23. April 1948 fand in Pyongyang erstmals nach der Wiedergeburt des Landes eine gemeinsame Konferenz von 16 politischen Parteien und 40 gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Südkoreas statt. Auf der Konferenz wurde ein Beschluss gegen die Separatwahlen, für den Abzug der ausländischen Truppen und den Aufbau eines vereinigten demokratischen Staates angenommen und ein Aufruf veröffentlicht. Die Konferenzteilnehmer nahmen am 30. April in Pyongyang eine gemeinsame Erklärung an.

Die Erklärung lautete: „...Korea kann erst dann zu einem souveränen und unabhängigen Staat werden, wenn es eine eigene vom Volk unterstützte Regierung hat und sich die sowjetischen und amerikanischen Truppen vom Territorium Koreas

²⁰ San Francisco Chronicle vom 29. Mai 1948

zurückziehen. ...Die sowjetische Delegation erklärt, dass die sowjetischen Truppen, wenn die amerikanische Delegation unserem Vorschlag, Anfang 1948 alle ausländischen Truppen abzuziehen, zustimmt, bereit sein werden, gleichzeitig mit den amerikanischen Truppen aus Korea abzuziehen.“ Die USA aber lehnten den Vorschlag mit der bekannten Begründung ab, der Abzug der Truppen sei nur eine Seite der Koreafrage.

Und die USA ließen ungeachtet des Willens des koreanischen Volkes am 10. Mai in Südkorea separate Wahlen durchführen.

Vor der Wahl in Südkorea überzogen die USA das Land mit einem Netz von Unterdrückungsapparaten. In Pusan, Incheon und anderen wichtigen Häfen Südkoreas wurden Kriegsschiffe stationiert und große Bomber und Aufklärungsflugzeuge standen zum Einsatz bereit. Um „Wahllokale“ und Polizeireviere waren Barrikaden gebaut, in jeder Gasse patrouillierten bewaffnete Polizisten und Terroristen. Die USA-Nachrichtenagentur UP berichtete, dass allein die amerikanischen Besatzungstruppen in Südkorea „zwei Wochen“ vor und nach den „Wahlen“ „um ca. 50 Prozent verstärkt wurden“²¹. „Die Atmosphäre glich der einer Stadt, über die ein Belagerungszustand verhängt war.“²²

Gleichzeitig verübten die Amerikaner Terrorakte und Mordtaten an südkoreanischen Patrioten und Einwohnern. In der Zeit vom 7. Februar bis 6. Juni 1948 kam es in 8.293 Fällen zu Verhaftungen, die Zahl von Ermordeten und Verwundeten betrug nach einem Dokument der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ (A-AC: 19-W39) 417 bzw. 768. (Siehe: Offizielle UNO-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 119)

Am 10. Mai, dem Wahltag, wurden überall in Südkorea mit Gewalt Wahlbetrug und Wahlfälschungen verübt. US-Militär und Polizisten trieben mit Bajonetten und Knüppeln die Einwohner zu den Wahllokalen, schlugen auf sie ein und schossen sogar auf sie, wenn sie ihnen nicht gehorchten.

Gewalttaten wurden auch in den „Wahlbezirken“ verübt, die bereits vorbereitet waren, damit die Aufsichtsgruppen der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ die Rechtmäßigkeit der „Wahlen“ „bestätigen“ konnten. Die Einwohner kamen unter Bedrohung und Erpressung durch Polizisten und Terroristen zu den „Wahllokalen“, wurden zuerst durchsucht und gaben dann vor den Augen der „Beobachter“ ihre Stimme ab. Wer „sich ungehorsam verhielt“ oder Widerstand leistete, wurde auf der Stelle geschlagen oder sogar ermordet. Deshalb musste ein Vertreter der

²¹ UP, 30. Mai 1948

²² Kyonghyang Sinmun, 12. Mai 1948

„Kommission“, der die „Wahl“ untersucht hatte, eingestehen, dass *„es in Südkorea keine für freie Wahlen wünschenswerte Atmosphäre gab“*²³. AP berichtete am 12. Mai 1948, dass an einem Tag, dem 10. Mai, 500 Menschen ermordet wurden. Dazu schrieb der australische Journalist Wilfred G. Burchett, dass *„einer von ihnen wegen der Verweigerung der Stimmabgabe und ein anderer im Tumult eines Wahllokals sein Leben verlor“*²⁴.

Die Südkoreaner führten einen gesamtationalen Kampf gegen die das Land zugrunde richtenden „Separatwahlen vom 10. Mai“. Bereits am 8. Mai waren eine Million Arbeiter in einen Generalstreik gegen die Wahlen getreten; am Wahltag selbst kämpften alle Bevölkerungsschichten Südkoreas, darunter Arbeiter, Bauern, Angestellte und Studenten, in verschiedenen Aktionen wie Demonstrationen, Aufstand, Schulstreik und Verweigerung der Wahl gegen die „Wahlen“. Sie demonstrierten und streikten unter Losungen wie „Gegen die Etablierung einer separaten Regierung durch Separatwahlen!“, „Weg mit der `UN-Kommission für Korea!“ und zerstörten 46 „Wahllokale“, Hunderte „Wahlbüros“ und 73 Polizeireviere. Auf der Insel Jeju konnten in zwei von drei „Wahlbezirken“ keine Stimmabgabe erfolgen, und in einem „Wahlbezirk“ lehnten die meisten Wahlberechtigten die Abstimmung ab. In Taegu und Hamyang erschienen 80-90 Prozent der Wähler nicht in den „Wahllokalen“.

Die USA verfälschten das Wahlergebnis und setzten am 20. Juli Li Syng Man in das Amt des „Präsidenten“ ein. Am 15. August wurde in Südkorea die Gründung der „Republik Korea“ verkündet und das Spektakel einer „Machtübergabe“ von der US-Militäradministration inszeniert. Die USA veröffentlichten eine Erklärung über die Anerkennung *„der neu gegründeten koreanischen Regierung in Südkorea als Regierung, die am 14. November 1947 im Beschluss der UNO-Vollversammlung konzipiert worden war“*.

Der 38. Grad nördlicher Breite war aus der von den Amerikanern vor drei Jahren zur Entwaffnung der japanischen Truppen gezogenen Trennlinie zur Linie der Spaltung geworden.

Angesichts der gefährlichen Situation, in der das Land und die Nation gespalten werden konnten, wurde am 29. Juni 1948 im nordkoreanischen Pyonyang erneut eine Beratung führender Vertreter der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Südkoreas einberufen, auf der beschlossen wurde, gesamt-koreanische Wahlen in Nord und Süd durchzuführen. Diese fanden am 25. August statt und am 9. September wurde die Koreanische Demokratische

²³ Die UNO und die friedliche Vereinigung Koreas, S. 104

²⁴ Es war ein bösartiger Krieg, S. 74

Volksrepublik (KDVR) gegründet. Die KDVR war der einzig rechtmäßige von den Wahlberechtigten aller Gebiete der koreanischen Halbinsel gewählte Einheitsstaat .

Die USA setzten nach der Gründung der KDVR für Nord-und Südkorea die Koreafrage im Dezember 1948 erneut auf der 3. UNO-Vollversammlung in Paris auf die Tagesordnung und veranlassten den südkoreanischen „Vertreter“ in der UNO dazu, unter dem Vorwand, die Gesamtwahlen der nord- und südkoreanischen Bevölkerung hätten ohne „Aufsicht“ der UNO stattgefunden, die Gründung der KDVR zu negieren und die in Südkorea etablierte Marionettenregierung mit der Aussage zu legitimieren, die „Wahlen“ in Südkorea und ihre Ergebnisse seien eine *„Widerspiegelung des in einer sicheren Lage ausgedrückten Volkswillens“* .

Parallel dazu legte der Vertreter der Republik China (Kuomintang) einen Bericht der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ vor. Der Bericht lautete: Erstens, die *„Wahlen, die Bildung des Parlaments und der Regierung“* in Südkorea unter „Aufsicht der Provisorischen UN-Kommission für Korea“ seien ein *„wahrer Ausdruck des freien Willens des südkoreanischen Volkes“*. Zweitens, die *„US-Besatzungstruppen haben ihnen nach und nach die Regierungs- und Verwaltungsfunktionen übergeben“*, und die „Provisorische UN-Kommission für Korea“ sei der Auffassung, *„dass die Koreaner die Regierung in dem Maße unterstützen, dass man der Regierung die Erfüllung ihrer Aufgaben anvertrauen kann“*. Drittens, wenn die Vollversammlung es verlangt, ist die „Kommission“ auch in Zukunft jederzeit *„bereit, der Organisation(UN) bei der Lösung offener Fragen zu helfen.“*²⁵

Auch dagegen wurden von Vertretern der Teilnehmerstaaten der „kleinen UNO-Vollversammlung“ Einwände erhoben. Der schwedische Vertreter sagte, es gebe keine objektiven Materialien über die koreanische Lage und er könne deshalb nicht einwilligen, die Koreafrage in der „kleinen UNO-Vollversammlung“ zu erörtern. Der norwegische Vertreter bemerkte, die Annahme des amerikanischen Resolutionsentwurfs sei ein Missbrauch der Befugnisse, die die UNO-Vollversammlung dieser Versammlung erteilt habe. Der kanadische Vertreter äußerte, *„er habe sich nicht davon überzeugen können, dass die Mehrheit der Südkoreaner den Plan der USA unterstützt“*. Auch Vertreter anderer Länder wie Australiens, Ägyptens und Brasiliens äußerten Einsprüche. Daher musste die Versammlung sechs Mal zusammengerufen werden. Trotzdem brachten die USA am 26. Februar 1948 mit Hilfe ihres Abstimmungsmechanismus den „Resolutionsentwurf“ durch.

²⁵ Offizielle UNO-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 159

Über diese Tatsache schrieb ein amerikanischer Journalist, dass die Separatwahlen in der UNO nur von Kuomintang-China voll unterstützt und in Korea lediglich von rechten Anhängern Li Syng Mans befürwortet wurden.²⁶

Der amerikanische Vertreter Dulles erklärte am 6. Dezember 1948, die „gemeinsame Resolution“, die Australien und China (Kuomintang) eingebracht haben, sei der „Kurs“ der UNO in Bezug auf die Koreafrage und ein „weiterer Fortschritt“ der UNO und „die UNO muss für die unter ihrer Kontrolle erbrachten Leistungen gesetzliche Beweise erbringen. Die Regierung der Republik Korea braucht solche Beweise, um ihre Stellung und Autorität im In- und Ausland zu gewährleisten. Es ist sicher unvorstellbar, dass die UNO die nach ihren schöpferischen Plänen erzielten Ergebnisse auf irgendeine Weise negiert.“²⁷ Die von Australien und China (Kuomintang) eingebrachte „gemeinsame Resolution“ „billigt alle Schlussfolgerungen aus dem Bericht der ‚Provisorischen Kommission‘“ (Artikel 1); die Regierung Südkoreas ist „eine rechtmäßige Regierung, die ihre Kontroll- und Verwaltungshoheit effektiv ausübt“ (Artikel 2); deshalb sollen die UN-Mitgliedstaaten sich jeder „Handlung, die der südkoreanischen Regierung schadet, enthalten“ (Artikel 8) und mit ihr „Beziehungen auf Regierungsebene aufnehmen“ (Artikel 9).²⁸

Die „gemeinsame Resolution“ wurde von verschiedenen Vertretern der Teilnehmerstaaten der UNO-Vollversammlung zurückgewiesen. Die Vertreter solcher Länder wie Polens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, die am 7. und 8. Dezember 1948 an der Debatte im 1. Ausschuss teilnahmen, enthüllten gestützt auf konkrete Materialien die Unrechtmäßigkeit der von den USA in Südkorea durchgeführten „Wahlen unter Aufsicht der UNO“ und der südkoreanischen „Regierung“. Der Vertreter Myanmars erklärte, dass er sich der Stimme enthalten werde, weil Artikel 2 der „gemeinsamen Resolution“ die ewige Spaltung Koreas anerkennt, und der niederländische Vertreter stellte fest, dass es nicht gerechtfertigt sei, die südkoreanische Marionettenregierung als „Regierung der Republik Korea“ zu bezeichnen. Auch der indische Vertreter erklärte, er enthalte sich der Zustimmung zu der „Resolution“, weil der Artikel 2 ein Spiel mit der UNO sei.

Die USA ließen den Vertreter eines Satellitenstaates vorschlagen, die Erörterung der Koreafrage im 1. Ausschuss bis zum Vormittag des 8. Dezember 1948 abzuschließen und drückten auf die Abstimmung.

Die südkoreanische Bevölkerung erhob sich zum Kampf gegen die USA und Li Syng Mans „Regierung“, die die Spaltung Koreas zu zementieren suchten. Bereits im

²⁶ *Korea Today, Harvard-Universität, 1950, S. 227*

²⁷ Dokumente über die auswärtigen Beziehungen Amerikas, Bd. 10, S. 174

²⁸ UNO-Resolutionen über die Koreafrage, 1947-1957, S. 41

Oktober 1948 hatten die in Ryosu stationierten Truppen der „Nationalen Verteidigungsarmee“ in einer EntschlieÙung erklärt, dass *„das Volkskomitee Ryosu alle Macht in Ryosu in den Händen hält und die KDVR voll und ganz unterstützt“*, und erhoben sich gemeinsam mit Einwohnern ihres Stationierungsgebietes zu einem bewaffneten Aufstand. Am 30. November schlossen sich in Soul und anderen Gebieten Südkoreas 260.000 Menschen dem Kampf an.

Leon Fordeau, Korrespondent der französischen AFP, berichtete über die damalige Situation: *„Ich kann nicht umhin festzustellen, dass der Einfluss dieses Aufstandes sehr ernst ist. Denn es bestand die Gefahr, dass der Standpunkt der Regierung der Republik Korea (Südkorea! B.Q.) stark geschwächt werden könnte, wenn die UNO-Vollversammlung appellieren würde, diese Regierung anzuerkennen. ... Wie kann man eine Regierung anerkennen, gegen die sich die eigene Armee auflehnt?“*²⁹

Am 8. Dezember erzwangen die USA im 1. Ausschuss der 3. UNO Vollversammlung die Durchbringung der Koreafrage und brachten die „gemeinsame Resolution“ zur Abstimmung. Der erste UNO-Generalsekretär, der Norweger Trygve Halvdan Lie, führte damals alle Politik der UNO auf einen proamerikanischen Weg. Mehr noch: Die mit US-Dollar bestochene Abstimmungsmaschinerie der USA garantierte eine Mehrheit, die über alle von den USA auf die Tagesordnung der UNO gesetzten Fragen bedingungslos nach deren Willen abstimmte. Darüber schrieb der amerikanische Journalist David Conde in seinem Buch: *„Man musste Hilfe und Darlehen der USA in Gegenwart und Zukunft berücksichtigen.“*³⁰ Am 12. Dezember 1948 nahm die 3. UNO-Vollversammlung die verbrecherische Resolution an, die südkoreanische Marionettenregierung als „einzig rechtmäßige Regierung Koreas“ anzuerkennen. Die Koreafrage, die nach internationalen Abmachungen mit der Unabhängigkeit begann, endete mit der Spaltung. Die USA spalteten eine Nation, ein Land in zwei Teile, weil ihre Herrschaft über ganz Korea unmöglich geworden war.

Die USA beschränkte sich nicht darauf, Korea in zwei Teile zu spalten.

Rim Chang Yong, der 1948 der erste Sekretär des Chefberaters in der US-Militäradministration war, schrieb: *„Dulles, der 1948 als Mitglied der amerikanischen Delegation an der UNO-Vollversammlung teilnahm, spielte die Hauptrolle dabei, dass die UNO die Regierung Li Syng Mans, die als Ausdruck des ‚gesetzmäßigen Willens des südkoreanischen Volkes‘ gebildet wurde, als einzige rechtmäßige Regierung Koreas anerkannte. Dulles verfolgte nicht das Ziel, in Korea die Demokratie zu fördern und Li Syng Man persönlich zu schützen, sondern das Ziel, in Ostasien eine Basis zu schaffen, die die USA für antikommunistische*

²⁹ Asahi News vom 2. November 1948

³⁰ Moderne Geschichte Koreas, Bd.1, S. 500

*Umsturzversuche in Asien nutzen konnten. ...Seine geheime Absicht bestand darin, Li Syng Man beim Antritt des Präsidentenamtes in Südkorea zu helfen und somit das Ziel zu erreichen, auf dem asiatischen Kontinent eine Basis für die Bezwingung sowohl Nordkoreas als auch Chinas zu schaffen.*³¹

Bis zum heutigen Zeitpunkt führt die KDVR, auch in der UNO, einen beharrlichen Kampf für die Anerkennung seiner Souveränität und die Einheit Koreas ohne ausländische Einmischung. Dieser Prozess verläuft nicht reibungslos und ist nur eingebettet in die allgemeine Weltlage zu verstehen.

Kriminelle Natur des „UNO-Kommandos“ in Südkorea aufgedeckt

Die Truppen der USA in Südkorea tragen seit dem Koreakrieg zu Unrecht die Bezeichnung „UNO-Truppen“. Das hat am 16. September 2004 ein Sprecher der Panmunjom-Delegation der Koreanischen Volksarmee in einem Statement in Südkorea veröffentlicht. Das Statement führte aus, dass der Vorsitzende der Panmunjom-Delegation der Koreanischen Volksarmee dem UNO-Generalsekretär einen Brief gesandt habe, in dem er über die wachsende Kriegsgefahr auf der Koreanischen Halbinsel, hervorgerufen durch die feindliche Politik der USA und ihrer Streitkräfte in Südkorea unter dem Deckmantel der „Vereinten Nationen“ gegenüber der KDVR berichtet hatte.

Dieser Brief sei als offizielles Dokument des UNO-Sicherheitsrats S/2004/592 verteilt worden.

Ein Sprecher des UNO-Hauptquartiers vertrat im Hinblick auf den Brief vom 27. Juli den offiziellen Standpunkt, dass die US-Streitkräfte in Südkorea „keine UNO-Truppen“ sind, sondern „von den USA geführte Alliiertentruppen“. Diese Klarstellung über „UNO-Truppen“ und das „UNO-Kommando“ in Südkorea ist von rechtlichem Gewicht und wir nehmen diesen Umstand noch einmal zum Anlass, vor der Weltgemeinschaft die kriminelle Natur des „UNO-Kommandos“, das von den USA illegal fabriziert wurde, um die Welt in die Irre zu führen, anzuprangern.

Durch die Klarstellung des Sprechers der Vereinten Nationen über die „UNO-Truppen“ bekräftigte dieser die Wahrheit, dass die „UNO-Streitkräfte“, wie die in Südkorea seit dem Koreakrieg stationierten Truppen von den USA bis heute bezeichnet werden, nicht von der UNO aufgestellte und entsandte Streitkräfte sind, sondern Truppen von 15 Nationen, die die USA um sich geschart haben und die unter ihrem Kommando im Koreakrieg gekämpft haben.

³¹ (Koreakrieg: die unbeantworteten Fragen. S. 16-17)

Weiter heißt es: Während des 3-jährigen Koreakriegs sei die UNO weder durch Truppen noch durch finanzielle Hilfe involviert gewesen, oder habe gar das Oberkommando gehabt. Die Kommandeure der US-Truppen, einschließlich Mac Arthur, Ridgways und Clarks, die auch das Kommando über die Alliiertentruppen haben, hätten in der Zeit der militärischen Operationen niemals der UNO Bericht erstattet und sie hätten erklärt, dass sie nichts mit der UNO zu tun gehabt haben. Der UNO-Generalsekretär habe im Dezember 1998 klargemacht, dass die UNO niemals erlaubt habe, dass Truppen der USA im Namen der UNO nach Südkorea geschickt würden. Deshalb sei es unverfroren von den USA, ihre Truppen in Südkorea unter der Bezeichnung von UNO-Streitkräften zu stationieren und ein „UNO-Kommando“ innezuhaben, welches nur dem Namen nach existiere.

Die KDVR erklärte, dass die USA bar jeder Scham 50 Jahre lang ihre Truppen in Südkorea unter dem oben genannten Namen geführt haben. Deren Hauptmotiv sei dabei gewesen, die eigenen kriegslüsternden Beziehungen zur KDVR als Beziehungen zwischen der UNO und der KDVR zu deklarieren und eine Falschpropaganda zu betreiben, dass die KDVR international isoliert sei. Dabei würden die USA darauf spekulieren, dass im Falle eines Präemptivschlages der USA gegen die KDVR die UNO automatisch in einen neuen Krieg hineingezogen würde.

Aus diesem Grunde würde es die Volksarmee Koreas nicht länger dulden, dass durch die USA der Name UNO missbraucht wird. Sie werden mit Vertretern der US-Streitkräfte nicht länger am Verhandlungstisch sitzen, solange diese unter der Bezeichnung „UNO-Truppen“ fungieren.

Die USA sollten der Wahrheit ins Gesicht blicken, die Bezeichnung „UNO-Kommando“, das angeblich von er UNO geführt wird, gemäß der Resolution, die von der UNO-Vollversammlung angenommen wurde, fallenlassen und Maßnahmen ergreifen, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt ihre Truppen aus Südkorea abziehen, der Truppen, die unter dem Namen der UNO zahlreiche Verbrechen verübt haben.³²

Diejenigen, die über die scharfen Auseinandersetzungen zwischen der KDVR und den USA seit dem Ende des 2. Weltkrieges bis heute informiert sind, verwundert es nicht, dass die USA immer wieder versuchen, die UNO in ihr verbrecherisches Vorgehen gegen dieses kleine Land einzubeziehen.

1. Die USA gehören zu den führenden Ländern, die seit dem Atomteststoppvertrag, der seit 1996 in der UNO zur Unterschrift vorliegt und welcher zu den zentralen internationalen Abkommen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen

³² www.nordkorea-info.de/files/Koreafrage-Suedkorea-US-Truppen-4004.pdf, (Übersetzung des Statements aus dem Englischen von B. Queck)

zählt, noch nicht ratifiziert haben. (Russland ratifizierte diesen Vertrag bereits im Jahre 2000.)³³

2. Die USA haben als erster und einziger Staat der Welt Atombomben eingesetzt - auf Hiroshima und Nakasaki abgeworfen und gegen die Sowjetunion gemeint.

3. Die USA haben bisher mehr als 1.000 Atomwaffen gezündet.³⁴

Aber als die KDVR im Jahre 2006 ihren ersten Atomwaffentest machte, war das Geschrei, besonders der USA, groß!

Gleich nach ihrem Atomwaffentest am 9. Oktober 2006 verhängte der UNO-Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1718 eine Reihe von wirtschaftlichen Sanktionen, die bis heute in Kraft sind. Militärische Aktionen seitens der UNO waren auf Wunsch Russlands und Chinas nicht vorgesehen.³⁵

Diese Sanktionen gelten bis heute!

Am 5. August 2017 wurde die KDVR wegen ihrer fortgesetzte Tests von Interkontinentalraketen (ICBMs) und angeblichen Verstöße gegen UN-Resolutionen mit neuen Sanktionen belegt.

Gegen diese Offensichtliche Doppelzüngigkeit der USA meldete sich sofort Peter König, ein Wirtschafts- und politischer Analytiker und ehemaliger Mitarbeiter der Weltbank, der sich nunmehr rund um die Welt intensiv mit Umwelt- und Wasserfragen beschäftigt und darüber Vorträge an Universitäten in den USA, Europa und Südamerika hält, wie folgt zu Wort:

„Mit 15 Ja-Stimmen wurde die Resolution 2371 einstimmig angenommen. Die Resolution zielt auf die primären Exporte Nordkoreas, darunter Kohle, Eisen, Eisenerz, Blei, Bleierz und Meerestiere. Die Sanktionen zielen auch auf andere Einnahmequellen, etwa Banken und Gemeinschaftsprojekte mit ausländischen Firmen.

Resolution 2371 wurde von den Vereinigten Staaten von Amerika verhängt – von wem sonst? Dem Hauptaggressor im Universum; dem außergewöhnlichen Schurkenstaat, der für seine Millionen Kriegstoten und Drohnenmorde durch ungesetzliche und hegemoniale Kriege während der letzten 70 Jahre oder mehr, durch Stellvertreter

³³ <https://de.sputniknews.com/.../20160418309264038-atomtestsperrvertrag-ratifizierung...>

³⁴ <https://www.stern.de/.../atomtests--aufnahmen-zeigen-amerikas-geheime-atom-experime...>

³⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_1718_des_UN-Sicherheitsrates

oder durch ihre eigene Tötungsmaschine, nie bestraft und von dem Friedensorgan UN-Sicherheitsrat (UNSC) nie sanktioniert wird.....

Es ist eine absolute Schande, wie sich die gesamte Welt buchstäblich bückt, um Washington zu befriedigen – und auch, wie üblich, die Strippenzieher des finsternen und tiefen Staats, die über den Marionetten im Weißen Haus die Fäden ziehen.

Dieselben von Washington angeführten Aggressoren haben vor mehr als 60 Jahren Nordkorea in Schutt und Asche gelegt und die damalige Bevölkerung von 10 Millionen um ein Drittel reduziert. Die USA haben dem Abschluss eines Friedensvertrags nie zugestimmt. Stattdessen wurde und wird die Demokratische Volksrepublik Korea unter einem wackligen Waffenstillstandsabkommen permanent von den riesigen Militärstützpunkten Washingtons in Südkorea und Japan bedroht, mit ganzen Flotten aus Kriegsflugzeugen und Schiffen. Der Luftraum der DVRK wird regelmäßig von US-Bombern verletzt; Militärmanöver der US-Streitkräfte mit Japan und Südkorea stellen eine wiederholte Einschüchterung für das friedliche Leben des nordkoreanischen Volkes dar. Eine strikt eingehaltene militärische Demarkationslinie am 38. Breitengrad trennt seit mehr als drei Generationen koreanische Familien.

Was das Regime von Kim Jong-un der Welt zeigt ist nur die Bereitschaft, die Errungenschaften der DVRK zu verteidigen, den vorzüglichen Wiederaufbau eines Landes mit vollen Sozialleistungen wie kostenloser Erziehung und kostenlosem Gesundheitswesen für mehr als 25 Millionen Menschen. Die nukleare Abschreckung bedroht niemanden, nicht Japan, nicht die Brüder im Süden und am wenigsten die Vereinigten Staaten. Und Trump weiß das verdammt gut....

Die UN-Sanktionen würden, wenn sie eingehalten werden, Nordkoreas jährliche Exporteinnahmen um ein Drittel verringern, d.h. eine geschätzte Milliarde US-Dollar. Das könnte das Land, das bereits durch vorhergehende westliche Sanktionen isoliert ist, in extreme Probleme und Hungersnöte treiben.....

Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen handelt von den Maßnahmen bezüglich Friedensbedrohung, Friedensbrüchen und Aggressionen. Diese Maßnahmen werden speziell von den Paragraphen 39, 40, 41 und 42 in Kapitel VII behandelt:

„Paragraph 39

Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt; er gibt Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen aufgrund der Paragraphen 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.

Paragraph 40

Um einer Verschärfung der Lage vorzubeugen, kann der Sicherheitsrat, bevor er nach Paragraph 39 Empfehlungen abgibt oder Maßnahmen beschließt, die beteiligten Parteien auffordern, den von ihm für notwendig oder erwünscht erachteten Maßnahmen Folge zu leisten. Diese vorläufigen Maßnahmen lassen die Rechte, die Ansprüche und die Stellung der beteiligten Parteien unberührt. Wird den vorläufigen Maßnahmen nicht Folge geleistet, so trägt der Sicherheitsrat diesem Versagen gebührend Rechnung.

Paragraph 41

Der Sicherheitsrat kann beschließen, welche Maßnahmen - unter Ausschluss von Waffengewalt - zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen; er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen durchzuführen. Sie können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen.

Paragraph 42

Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, dass die in Paragraph 41 vorgesehenen Maßnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen. Sie können Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschließen.“

Bilateral auferlegte Wirtschaftssanktionen, eine Spezialität der Vereinigten Staaten, die sie willkürlich rund um die Welt jeder Nation um die Ohren hauen, die ihnen nicht die Stiefel leckt, diese Sanktionen sind vollkommen ungesetzlich und verletzen das internationale Recht.

Die Gesetzlichkeit von Wirtschaftssanktionen der UN ist in den meisten Fällen höchst fraglich, und insbesondere im Fall Nordkorea, denn sie könnten Menschenrechte betreffen, oder genauer gesagt die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (ESCR), denn schädliche Nebenwirkungen könnten zu humanitären Notlagen führen, etwa einem Mangel an bestimmten Gütern und Dienstleistungen, die Voraussetzung sind für die Garantie eines elementaren Lebensstandards

(Gebs, Robin. „Humanitarian Safeguards in Economic Sanctions Regimes: A Call for Automatic Suspension Clauses, Periodic Monitoring, and Follow-Up Assessment of Long-Term Effects“. The Harvard Human Rights Journal 18 (2005), Seite 173)

Im Falle Nordkoreas sind solche Sanktionen der reinste Hohn, wenn nicht sogar illegal. Denn der Aggressor ist und war nie die DPRK, sondern sind und waren die USA.

Es würde jedoch nie einer Nation auf diesem schönen Planeten einfallen, über das führende Friedens- und Sicherheitsorgan der Vereinten Nationen Sanktionen gegen die USA zu beantragen. – Und warum nicht? – Weil sie alle Angst vor einer US-Vergeltung haben. Obwohl – Russland und China und der Block der Shanghai Cooperation Organization (SCO), der bereits die Hälfte der Weltbevölkerung beinhaltet und ein Drittel des globalen Wirtschaftsausstoßes kontrolliert, und sich eindeutig auf den Weg macht, sich von der Dollar-Vorherrschaft zu lösen, sie sollten die Vergeltung nicht mehr fürchten – oder sollten sie?

Es ist unglaublich wie die Welt, einst der Völkerbund, bis auf die Grundfeste gehirngewaschen wurde und nahezu ausnahmslos und ohne Fragen die Gräueltaten Washingtons ohne mit der Wimper zu zucken akzeptiert, Verbrechen gegen die Menschheit, wahlloses Töten von zig Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Die übelste Menschenrechtsverletzung der jüngeren Geschichte. Gleichzeitig ist dieser „solidarische“ Völkerbund dazu bereit, eine kleine tapfere Nation, Nordkorea, zu erwürgen, die nur ihre Fähigkeiten der Selbstverteidigung testet angesichts permanenter illegaler Drohungen vom Hauptaggressor der Welt, den Vereinigten Staaten von Amerika.“³⁶

Mit den jüngsten Sanktionen bestrafte das höchste UN-Gremium das isolierte Land auch für seinen neuerlichen Atomtest am 3. September 2017. Nordkorea hatte nach eigenen Angaben eine Wasserstoffbombe gezündet, mit der Interkontinentalraketen bestückt werden können.

Der Test wäre ein Verstoß gegen bereits bestehende UN-Resolutionen.

„Die jüngsten Maßnahmen zur Selbstverteidigung richteten sich in diesem Zusammenhang gegen niemand anderen als Amerika! Die USA werden weitere Geschenksendungen aus meinem Land erhalten, solange sie auf unverantwortliche Provokationen und nutzlose Versuche setzen, Druck auf die Volksrepublik Korea auszuüben“, sagte der nordkoreanische UN-Botschafter Han Tae Song Han auf der am 5.9.2017 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufenen Abrüstungskonferenz.“³⁷

³⁶ <http://www.globalresearch.ca/north-korea-killer-sanctions-imposed-by-the-foremost-institution-of-peace-and-justice-the-un-security-council/5603517>

³⁷ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168331062/Kims-UN-Botschafter-droht-USA-bei-Abruestungskonferenz.html>

Als am 14. März 2014 Wladimir Putin das zweite Mal zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt wurde, bedeutete das auch eine Stärkung der anti-imperialistischen Kräfte in der Welt. Russlands Präsident Wladimir Putin warnte bei einem Treffen der aufstrebenden Schwellenländer Brics im chinesischen Xiamen vor „*militärischer Hysterie*“. „*All dies kann in einer weltweiten Katastrophe enden*“, betonte er. Er wies zudem die US-Forderung nach verschärften UN-Sanktionen zurück.

Die USA hatten am 4.9.17 bei einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats für einen neuen, schärferen Sanktionsbeschluss gegen Nordkorea geworben. Die US-Botschafterin bei der UN, Nikki Haley, betonte, die USA wollten die „schärfsten aller möglichen Maßnahmen“ gegen Pjöngjang durchsetzen. Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich dagegen ausgesprochen, den Druck auf Nordkorea mittels schärferer Sanktionen zu erhöhen. Dies sei sinnlos, sagte Putin auf einem Treffen der fünf großen Schwellenländer in China. Schärfere Sanktionen hätten keinen Einfluss auf die Regierung in Pjöngjang, könnten stattdessen aber das Leiden der Bevölkerung deutlich vergrößern. Zugleich forderte der russische Präsident alle Beteiligten dazu auf, im Atomkonflikt mit Nordkorea die Ruhe zu bewahren: "Militärische Hysterie" könne zu einer "globalen Katastrophe" führen.³⁸

Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter indes kritisierte die Außenpolitik des amtierenden Präsidenten. Trump. Er solle mit Nordkorea lieber offen über ein Friedensabkommen sprechen als dem Land zu drohen, sagte Carter, der von 1977 bis 1981 US-Präsident war, am 13.9.2017 vor Hunderten Anhängern im Carter Center in Atlanta.³⁹

Ausblick und gute Wünsche dem koreanischen Volk für seine zukünftige Entwicklung

Der KDVR und dem ganzen koreanischem Volk wäre zu wünschen, dass es in nicht allzu ferner Zukunft souverän und ohne Einmischung fremder Mächte, vor allem der USA, über ihr Schicksal selbst bestimmen könnte.

Der Weg zu einer kernwaffenfreien Zone auf der Koreanischen Halbinsel - ein Vorschlag , der zuerst von der KDVR ausging - wäre ein wichtiger Meilenstein zu mehr Sicherheit und Frieden auf dieser Welt. Aus diesem Grunde ist es Aufgabe aller realistisch denkenden Politiker in der Welt, denen beim Buchstabieren des Wortes

³⁸ Siehe: <http://www.tagesspiegel.de/politik/atomstreit-mit-nordkorea-putin-warnt-vor-militaerischer-hysterie/20283076.html>

³⁹ Siehe: http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/usa/id_82150062/jimmy-carter-kritisiert-donald-trump-nordkorea-mit-respekt-behandeln-.html

„Menschenrechte“ mehr einfällt, als vor der scheinbaren Allmacht der USA auf die Knie zu fallen, diesen legitimen Wunsch des koreanischen Volkes zu unterstützen.

Die NGOs und die Friedensbewegung aber sollten sich befeißigen, nicht nur ein realistisches Bild der beiden koreanischen Staaten, vor allem aber der KDVR, zu zeichnen, sondern auch Falschinformationen, wie „Terrorstaat“, bzw. „Hungersnot in der KDVR“, was z. B. während der Feierlichkeiten anlässlich des Geburtstages von Kim Il Sun in der Botschaft der KDVR in Berlin, an der auch viele internationale Vertreter beiwohnten, ausdrücklich als bürgerliche Propaganda bezeichnet wurde, energisch zurückweisen!

Die KDVR ist ein sozialistischer Staat, in dem die Sorge um den Menschen, vor allem der jüngeren Generation, den 1. Platz einnimmt. Es gibt dort weder Obdachlose noch Analphabeten, was selbst im reichsten kapitalistischen Land der Welt ein Wunschtraum bleiben wird.

Auch auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik schreitet die KDVR voran. Vor einigen Jahren schon wurde z.B. an der Akademie der Koryo Medizinwissenschaften ein Arzneimittel für eine in der Welt bisher für unheilbar gehaltenen Krankheit - Angina Pectoris - entwickelt, dessen Erfolgsrate bei Patienten bei ca. 90% liegt.

Quellen:

- (1) Olaf Groehler: „Der Koreakrieg 1950-1953, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1980;
- (2) „The US- Imperialists started the Korean war“ (Die US-Imperialisten begannen den Koreakrieg), Foreign Language Publishing House, Pyongyang,
- (3) „Modern history of Korea“ (Geschichte der Neuzeit Koreas), Foreign Language Publishing House, Pyongyang; Press Kim Il Sung 1965;
- (4) Mansur Khan „Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege“, Graber-Verlag, Tübingen 1998;
- (5) „The riddle of Mac Arthur“ (Das Rätsel von Mac Arthur), Hamish Hamilton, London 1931;

(6) Outstanding leadership and brilliant victory (Herausragende Führungskunst und glänzender Sieg, Korea pictorial, Pyongyang 1993

German Foreign Policy: Katalonien - Austerität und Sezession

(German Foreign Policy, eigener Bericht, ohne Verfasserangabe) Der eskalierende katalanische Sezessionskonflikt erschüttert mit Spanien ein von den Berliner Austeritätsdiktaten schwer getroffenes Land. Spanien, in deutschen Medien zuweilen als ein Vorzeigebispiel einer angeblich erfolgreichen Sparpolitik gefeiert, ist trotz eines bescheidenen Wirtschaftswachstums weiterhin mit enormen sozialen und ökonomischen Problemen konfrontiert; Arbeitslosigkeit und Armut verharren auf hohem Stand. Die Krisenpolitik der vergangenen Jahre ließ auch den ökonomischen Abstand zu den Wohlstandszentren der Eurozone anwachsen. Von einem Schuldenabbau, der das offizielle Ziel der deutschen Austeritätspolitik in der EU ist, kann immer noch keine Rede sein. Zudem befeuert die schlechte ökonomische Lage samt der überaus hohen Schuldenlast den katalanischen Sezessionsstreit, in dem auch die Aufteilung der Staats- und Regionalschulden konfliktverschärfend wirkt.

Armut als neue Normalität

Spanien hat sich noch immer nicht von dem sozioökonomischen Doppelschlag erholt, den das Land in den vergangenen Jahren hinnehmen musste - zunächst durch die globale Finanzkrise, anschließend durch das Berliner Spardiktat. Rund eine Dekade nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, in deren Verlauf der spekulationsbefeuerte spanische Immobiliensektor kollabierte, belegt das Land bei vielen sozialen und ökonomischen Kennziffern immer noch die hintersten Plätze in Europa. Trotz eines Wirtschaftswachstums von 3,2 Prozent 2016, das in diesem Jahr laut Prognosen rund 2,8 Prozent betragen soll, liegt die Massenarbeitslosigkeit in Spanien bei offiziell mehr als 18 Prozent; die Jugendarbeitslosigkeit ist sogar doppelt so hoch. Der leichte Rückgang der Erwerbslosigkeit, die während der Rezession in Spanien auf zeitweise rund 25 Prozent angestiegen war, ist teilweise der Abwanderung von rund 1,7 Millionen ausländischen Arbeitskräften zu verdanken, die auf dem Höhepunkt des spanischen Immobilienbooms im dortigen Bausektor beschäftigt waren; vor allem aber ist er auf die Entstehung prekärer Arbeitsverhältnisse mit Bruttolöhnen von 900 Euro zurückzuführen, die in ihrer Mehrzahl zeitlich befristet sind.⁴⁰ Immer noch sind rund 27 Prozent der Bevölkerung vom Abstieg in die Armut und von sozialer Exklusion bedroht. Überdies hat die tiefe Wirtschaftskrise, die Spaniens konservative

⁴⁰ Thomas Urban: Generation im Nirgendwo. sueddeutsche.de 25.08.2017.

Regierung in Einklang mit Ex-Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble durch einen strikten Austeritätsskurs überwinden wollte, die soziale Spaltung des Landes massiv verschärft. Die Einkommensdifferenz zwischen den obersten 20 Prozent der Einkommensbezieher und dem untersten Fünftel beläuft sich auf den Faktor 7,5; dies ist der höchste Wert in der gesamten EU. Sollten Prognosen des IWF zutreffen und Spanien die Krise bis 2019 endgültig überwunden haben, dann läge die Arbeitslosenquote laut dem Währungsfonds immer noch bei 16 Prozent.⁴¹

Wachsender Rückstand gegenüber Deutschland

Hinzu kommen strukturelle Probleme der spanischen Wirtschaft, die es der iberischen Halbinsel zusehends schwer machen, im binneneuropäischen Konkurrenzkampf mit der dominanten deutschen Exportwirtschaft zu bestehen. Spaniens Unternehmen fallen bei der Produktivität im internationalen Vergleich stark zurück; sie liegen inzwischen auf dem letzten Platz der OECD-Länder. Dabei stagnierte das Produktivitätsniveau der spanischen Wirtschaft in den Krisenjahren: Zwischen 2008 und 2015 wurden de facto keinerlei Produktivitätsfortschritte erzielt, während die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der hauptsächlich durch Kleinbetriebe geprägten spanischen Industrie längst unter den EU-Durchschnitt fielen. Der Produktivitätsabstand zum deutschen Zentrum der Eurozone weitet sich beständig. Die bescheidene wirtschaftliche Belebung der vergangenen Monate beruht vor allem auf dem Tourismus, dem niedrigen, im Krisenverlauf deutlich gesunkenen Lohnniveau und der massiven Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse. Das durch jahrelange Sparpolitik zusätzlich zerrüttete spanische Bildungssystem ist überdies kaum in der Lage, adäquate Ausbildungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Rund 20 Prozent der Lohnabhängigen unter 25 Jahren haben nur einen Real- oder Hauptschulabschluss ohne weitere Qualifikationen - ein europäischer Negativrekord.⁴²

Schwelende Schuldenkrise

Dabei ist die von Berlin oktroyierte Austeritätspolitik sogar an ihrem selbstgesteckten Ziel gescheitert, die Schuldenlast Spaniens zu senken und den Staatshaushalt zu konsolidieren.⁴³ Im vergangenen Jahr verzeichnete Madrid ein Haushaltsdefizit von 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), während für das laufende Jahr ein Defizit von 3,5 Prozent prognostiziert wird; beide Werte liegen deutlich über den Sparvorgaben der EU-Kommission. Auch für das kommende Jahr wird nicht damit

⁴¹ Spain's Economy is Growing, but Leaving Most Spaniards Behind. therealnews.com 25.09.2017.

⁴² Sandra Louven: Schöner Schein in Spanien. handelsblatt.com 14.03.2017.

⁴³ "EZB kann nicht Aufgaben der Politik übernehmen". handelsblatt.com 04.10.2017.

gerechnet, dass Madrid die Brüsseler Sparvorgaben realisieren kann.⁴⁴ Der Fehlbetrag zwischen Vorgaben und Realität beläuft sich allein in diesem Jahr auf elf Milliarden Euro - trotz zu Jahresbeginn eingeführter Zusatzsteuern auf Unternehmensgewinne und Alkohol. Hinzu kommen weiterhin schwelende Schwierigkeiten auf dem spanischen Finanzsektor: Auf den Staat dürften zusätzliche Rettungskosten für angeschlagene Finanzinstitute zukommen. Der anvisierte Abbau der Staatsverschuldung scheint kaum mehr erreichbar zu sein: Ursprünglich war vorgesehen, die spanische Staatsverschuldung von 99,4 Prozent des BIP (2016) auf 97,7 Prozent im kommenden Jahr zu drücken; doch rechnet die EU-Kommission mittlerweile angesichts der ohnehin abkühlenden Konjunktur und der langsamer als prognostiziert sinkenden Arbeitslosigkeit eher mit einem Anstieg der Staatsschulden auf rund 100 Prozent des BIP. Tatsächlich ist etwa die spanische Industrieproduktion im Juli 2017 im zweiten Monat in Folge gesunken.⁴⁵ Wie dramatisch der krisen- und austeritätsbedingte Schuldenanstieg verlief, zeigt ein Blick in die jüngste Vergangenheit: 2007, am Vorabend der Weltfinanzkrise, betrug Spaniens Staatsschuld nur 35 Prozent des BIP. Die Maßnahmen zur Stabilisierung des spanischen Finanzsektors nach dem Platzen der Immobilienblase haben die Staatsschulden binnen weniger Jahre explodieren lassen.

Schulden im Sezessionskonflikt

Die langjährige Wirtschaftskrise hat mutmaßlich auch den katalanischen Separatismus verstärkt. Die Autonome Region Katalonien, die als eine der ökonomisch avanciertesten Spaniens gilt, generiert ein Fünftel des BIP und der Steuereinnahmen des Landes, während der jährliche Nettotransfer an die Zentralregierung auf zehn bis 15 Milliarden Euro geschätzt wird.⁴⁶ Der Streit zwischen Madrid und Barcelona um die Steuereinnahmen und den Zugriff auf staatliche Liquiditätsfonds wurde durch die Krise und die Berliner Austeritätspolitik befeuert, da die Finanzmittel für die Regionen - jeweils 50 Prozent der Mehrwert- und Einkommenssteuer - stark geschrumpft sind und die Regionen sich daher ebenfalls verschuldet haben.⁴⁷ Katalonien hat dabei den höchsten Schuldenstand aller spanischen Regionen angehäuft; er beläuft sich mit 60,4 Milliarden Euro auf rund 30 Prozent des katalanischen BIP.⁴⁸ Die austeritäts- und krisenbedingt explodierten

⁴⁴ Jan Marot: Spanien bekommt Defizit nicht in den Griff. derstandard.at 15.02.2017.

⁴⁵ Spanien bekommt Defizit nicht in den Griff. t-online.de 08.09.2017.

⁴⁶ German election result revives eurozone jitters as investors turn attention to Spain. marketwatch.com 25.09.2017.

⁴⁷ Martin Dahms: Madrid greift finanziell durch. morgenweb.de 18.09.2017.

⁴⁸ La ley de transitoriedad prevé que la Agencia Tributaria no recaude en Cataluña. lavanguardia.com 28.08.2017.

Schulden bilden mittlerweile einen eigenen Streitpunkt zwischen Madrid und Barcelona; katalanische Politiker drohen, im Falle einer Abspaltung den Schuldenanteil ihrer Region nicht zu übernehmen.⁴⁹ Bei einer Sezession Kataloniens sähe sich Madrid damit einer sprunghaft auf rund 114 Prozent des BIP angestiegenen Schuldenlast konfrontiert. Die Schuldenfrage werde für die Region, sollte sie sich tatsächlich abspalten, entscheidend sein, urteilen US-Medien: *"Der Erfolg Kataloniens würde vor allem dadurch determiniert, ob es einen Prozentsatz der spanischen Schulden übernimmt und ob es verpflichtet würde, seine eigenen Schulden abzuführen. Beides würde das Potenzial einer neuen katalanischen Nation für ökonomische Expansion schädigen."*⁵⁰

Die Oktoberrevolution und die heutigen Aufgaben

Tibor Zenker: Oktoberrevolution und Partei

Vortrag von Tibor Zenker im Rahmen der Veranstaltung „100 Jahre Oktoberrevolution – Internationale Perspektiven“, Linz, 21. Oktober 2017

Die russische Oktoberrevolution vom November 1917 hat als welthistorisches Ereignis in verschiedener Hinsicht eine immense Bedeutung erlangt und eine gravierende Wirkung entfaltet – natürlich weit über Russland und die UdSSR hinaus. Ich möchte einige Punkte kurz anreißen, dann aber vor allem auf einen besonders wichtigen Aspekt eingehen.

Zunächst haben die erfolgreiche Oktoberrevolution und die Schaffung der Sowjetunion vor allem eines gezeigt: Die Arbeiterklasse kann auf dem Wege des revolutionären Klassenkampfes die Bourgeoisie besiegen und ihren eigenen Staat und ihre eigene Gesellschaft aufbauen. Dabei geht es nicht nur um die Verifizierung des historischen Materialismus und der Marxschen Revolutionstheorie, sondern auch um die Epochenbestimmung. Die Oktoberrevolution war der praktische Ausdruck der Tatsache, dass sich die Menschheit in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befindet, was wiederum weitere Konsequenzen hat und Perspektiven eröffnet.

⁴⁹ Alfons López Tena, Elisanda Paluzie: Here are the economics of a Catalan secession from Spain. [businessinsider.com](https://www.businessinsider.com) 24.02.2016.

⁵⁰ Sofia Bosch: Here's how bad economically a Spain-Catalonia split could really be. [cnn.com](https://www.cnn.com) 21.09.2017.

Vorab noch einige Anmerkungen zur Bestimmung der sozialistischen Revolution, die allgemeingültig sind: Die sozialistische Revolution bedeutet zunächst die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse und die Ausübung der politischen Macht durch die als herrschende Klasse organisierte Arbeiterklasse (Diktatur des Proletariats).

Sodann ist verlangt: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel; auf dieser Basis die planmäßige Steigerung der Produktivität; dadurch die Sicherung des materiellen Lebens aller Menschen; die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; die Überwindung der Teilung der Gesellschaft in Klassen; die Ausschaltung von Kriegen aus dem Leben der Menschen; die allmähliche Anpassung des Bewusstseins der Menschen an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Diesen Grundsätzen, die bereits auf Marx und Engels zurückgehen, waren auch die Oktoberrevolution und der sozialistische Aufbau in der UdSSR verpflichtet.

In diesem Sinne hat die Oktoberrevolution die allgemeinen Grundsätze des Sozialismus von Marx und Engels durch ihre Anwendung bestätigt. Doch die Oktoberrevolution hat darüber hinaus – und neben ihren nationalen Besonderheiten – auch wichtige neue allgemeine Grundzüge aufgewiesen, die für den revolutionären Kampf auf der ganzen Welt anwendbar und verwertbar, ja sogar unverzichtbar sind. Welche wären das?

1. Ohne revolutionäre Partei der Arbeiterklasse kann die Revolution nicht siegen.
2. Ohne Diktatur des Proletariats ist der sozialistische Aufbau nicht möglich.
3. Der revolutionäre Kampf wird begünstigt durch Bündnisse der Arbeiterklasse mit unterdrückten nichtproletarischen Klassen und Volksschichten.
4. Die sozialistische Revolution kann auch in rückständigen Ländern erfolgreich sein. Der Kapitalismus im Stadium des Imperialismus ist im Weltmaßstab objektiv reif für die sozialistische Revolution.
5. Der Kampf gegen den Revisionismus hat zentrale Bedeutung für den Kampf um den Sozialismus.
6. Dem Imperialismus als Weltsystem ist eine kommunistische Weltbewegung auf marxistisch-leninistischer Grundlage entgegenzustellen.

Wir können bei Bedarf über jeden dieser Punkte, wobei sich manche ohnedies von selbst verstehen, gerne in der Diskussion sprechen, zuerst will ich aber die Frage der marxistisch-leninistischen Partei noch weiter beleuchten.

Der Sieg der Oktoberrevolution in Russland – und die gleichzeitige Niederlage revolutionärer Bewegungen am Ende und im Gefolge des Ersten Weltkrieges in

anderen Ländern, wie z.B. Österreich – zeigt, dass die sozialistische Revolution nicht siegreich sein kann ohne eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse.

Spätestens mit Beginn des Ersten Weltkrieges war es offensichtlich geworden, dass die Parteien der II. Internationale vom Revisionismus und Reformismus, vom Opportunismus und Nationalismus zerfressen waren. Diese alten sozialdemokratischen Parteien waren weder willens noch fähig, irgendwo die sozialistische Revolution anzuführen, sie waren vielerorts offen konterrevolutionär.

Dieser Wahrheit gemäß wurden als Reaktion die Parteien der III., der Kommunistischen Internationale gegründet. Diese sollten wahrhaft marxistische, revolutionäre Kampfparteien der Arbeiterklasse sein, Parteien vom Typ der russischen Bolschewiki, marxistisch-leninistische Parteien, was durch den Prozess der „Bolschewisierung“ ab Mitte der 1920er Jahre auch umgesetzt wurde. Denn der notwendige Differenzierungsprozess in der Arbeiterbewegung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus war in der russischen Arbeiterbewegung bereits 1903 vorweggenommen worden, wobei die Menschewiki die sozialdemokratische, die Bolschewiki aber die revolutionäre Position einnahmen. In diesem Sinn ist es nicht nur dem negativen Beispiel, dem Versagen und dem Verrat der sozialdemokratischen Parteien West- und Mitteleuropas zuzuschreiben, dass sich überall auf der Welt kommunistische Parteien gründeten, sondern vielmehr dem positiven Beispiel der Bolschewiki, unter deren Führung tatsächlich erstmals die Bourgeoisie eines Landes besiegt und die Revolution verteidigt werden konnte.

Die Existenz einer revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse, einer marxistisch-leninistischen Partei, ist zwar noch keine Garantie für den Erfolg und Sieg der sozialistischen Revolution, aber das Fehlen einer solchen Partei ist die sichere Garantie für den Misserfolg bzw. das gänzliche Ausbleiben revolutionärer Volksbewegungen.

Gemäß den Erfahrungen der Bolschewiki muss die marxistisch-leninistische Partei folgende Aufgaben erfüllen: Die marxistisch-leninistische Partei ist die fortgeschrittenste und die stetig vorwärts treibende Abteilung sowie die höchste Form der Klassenorganisation der Arbeiterklasse; die Arbeiterklasse bedarf, um ihre historische Aufgabe der Überwindung des Kapitalismus zu erfüllen, einer selbstständigen politischen Partei, die kraft ihrer Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Prozesse der Bewegung Ziel und Richtung gibt. Die marxistisch-leninistische Partei ist in diesem Sinne der bewusste Vortrupp der Arbeiterklasse, sie muss auf dem festen Fundament des Marxismus-Leninismus stehen, sie darf in ihren Reihen weder Opportunismus noch Revisionismus dulden; demgemäß müssen die Mitglieder geschult und verpflichtet werden. Die marxistisch-leninistische Partei ist organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse, sie muss der

Arbeiterklasse zweckmäßige Organisationsformen schaffen, sie muss alle notwendigen Kampfmittel und -methoden beherrschen, sie muss ihrer Tätigkeit eine klare revolutionäre Strategie und Taktik zu Grunde legen; auch in dieser Hinsicht sind die Mitglieder zu schulen und zu verpflichten. Die marxistisch-leninistische Partei muss eindeutige Klassenpartei, eine internationalistische und revolutionäre Kampfpartei sein. Eine derartige Organisation und eine solche ideologische Grundlage werden die Partei befähigen, die Arbeiterklasse zur und durch die sozialistische Revolution zu führen sowie diese erfolgreich zu verteidigen und den Sozialismus aufzubauen. Keine andere Partei kann diese Aufgaben bewältigen, sei es aus Mangel an Fähigkeiten, sei es aus Unwillen.

Die Oktoberrevolution lehrt in aller Deutlichkeit, dass die Schaffung, der Aufbau und die Festigung einer marxistisch-leninistischen Partei, einer revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse, primäre Voraussetzungen für die sozialistische Revolution sind. Ist die Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Partei in organisatorischer und ideologischer Hinsicht erfolgreich, so ist die Arbeiterklasse durch ihre Leitung befähigt, der Bourgeoisie in der Praxis des Klassenkampfes nicht nur die Stirn zu bieten, sondern sie vor allem auch endgültig zu besiegen.

In ideologischer Hinsicht bedeutet dies, die marxistisch-leninistische Weltanschauung zu verteidigen, es bedeutet, die kommunistische Theorie, Programmatik und Strategie auf den Grundpositionen des Marxismus-Leninismus aufzubauen, insbesondere auf der unverfälschten marxistischen Staatstheorie, auf Lenins Imperialismustheorie, auf dem leninistischen Parteiverständnis, auf dem proletarischen und antiimperialistischen Internationalismus der Werktätigen und in Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

In praktischer Hinsicht müssen die Kommunisten die Schädlichkeit des Revisionismus, Reformismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung immer wieder aufs Neue entlarven und den Arbeitern anhand ihrer Interessenslage auseinandersetzen.

In der Diskussion um die Geschichte der Arbeiterbewegung müssen die Kommunisten die historische Rolle und Bedeutung der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Europas hervorkehren und diese verteidigen. Nicht zuletzt verlangt dies, die historische Bedeutung der Oktoberrevolution und ihre Bedeutung für die Gegenwart aufzuzeigen.

Auch heute existiert, neben der altbekannten, offen pro-imperialistischen Sozialdemokratie ein neuer Opportunismus und Revisionismus in formell kommunistischen oder ehemals kommunistischen sowie „linkssozialistischen“, d.h. linksreformistischen Parteien. Mit der so genannten „Partei der Europäischen Linken“

(EL) haben sich diese Parteien eine internationale Struktur gemäß den Vorgaben der imperialistischen EU geschaffen. Die antirevisionistischen, marxistisch-leninistischen Kommunisten lehnen dieses Projekt ab und stellen diesem Formierungsversuch einer reformistisch-revisionistischen und zum Teil offen antimarxistischen „Linkspartei“ eine klassenbewusste, internationalistische, antiimperialistische und solidarische Kooperation der internationalen kommunistischen Bewegung entgegen, die natürlich auch über Europa hinausgehen muss.

Auf europäischer Ebene wurde durch die Schaffung der „Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas“ bereits ein wichtiger Schritt genommen. Der Differenzierungsprozess zwischen den opportunistischen, reformistischen und revisionistischen Gruppen einerseits und den revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräften andererseits ist jedoch noch nicht beendet. Im Zuge dessen kann es auch zu Brüchen innerhalb und hindurch durch bestehende Parteien kommen, ebenso wie nötigenfalls zu Neukonstituierungen.

Gelingt der kommunistischen Weltbewegung heute die Neuformierung auf marxistisch-leninistischer Grundlage, so wird die kommunistische Bewegung aus der Defensive, in der sie sich Großteils noch befindet, in die Offensive gelangen. Es mag dies eine schwierige Aufgabe sein, doch sie ist unumgänglich, niemand wird sie uns abnehmen.

Auf Österreich bezogen bedeutet das: Wir, die Marxisten-Leninisten Österreichs, stehen vor der Aufgabe und Verpflichtung, für den Aufbau einer solchen Partei zu wirken. Denn diese Partei gibt es noch nicht.

Die historische kommunistische Partei, die KPÖ, will es nicht mehr sein: Sie steckt zum einen Teil im reformistischen, linkspluralistischen Sumpf rund um die EL – darüber brauchen wir nicht weiter sprechen; zum anderen, regionalen Teil betreibt sie wahlorientierte Almosenpolitik in ehrenvoller und bester sozialdemokratischer Tradition – damit ist sie in der Tat eine nützliche Partei für das tägliche Leben der Menschen, aber eben nicht mehr. Beiträge zur Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Partei sind beide Teile nicht.

Und der dritte Teil, wenn man so will, dessen eigenständige Entwicklungsgeschichte mit der Trennung von der KPÖ begann – ich spreche natürlich von der Partei der Arbeit – kann diese notwendige ML-Partei noch nicht sein. Sie bietet das strukturelle Gerüst, sie steht auf der richtigen theoretischen, ideologischen Grundlage, sie ist international in den Kreis der ML-Parteien eingebunden. Um aber wirklich alle Aufgaben umfassend erfüllen zu können, bedarf es noch viel weiterer Arbeit, v.a. in organisatorischer Hinsicht. Es mangelt der PdA an personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen – und das wird sich nicht von heute auf morgen ändern

lassen, sondern einen beschwerlichen Weg darstellen. Doch dieser beschwerliche Weg ist der einzige, wenn man in Österreich eine funktionierende marxistisch-leninistische Partei entwickeln möchte.

Es ist der einzige Weg, der in aller Konsequenz in der Tradition der Oktoberrevolution, der Bolschewiki und Lenins steht. Es ist der einzige Weg, der tatsächlich auf die sozialistische Revolution gerichtet ist.

Berichte von den Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution

Michael Kubi: Eindrücke der Konferenz "100 Jahre Oktoberrevolution - 100 Jahre Dekret über den Frieden" des Deutschen Freidenkerverbandes vom 30.9.17 - und die Nachwirkungen

Am 30. September 2017 fand im Rathaus von Berlin-Pankow die vom Deutschen Freidenker-Verband organisierte Konferenz zum Thema 100 Jahre Oktoberrevolution statt. Weit über 100 Leute unterschiedlichen Alters kamen, der Saal war also brechend voll. Die Freidenker veranstalteten die Konferenz unter dem Aspekt der Bedeutung der Oktoberrevolution für den Frieden. In einer Zeit, in der die Nato immer aggressiver ihre imperialistischen Kriegsziele erreichen will, ein höchst aktueller und bedeutungsvoller Aspekt.

Die verschiedenen Vorträge waren jedoch breit gefächert, sie gingen von persönlichen Erfahrungen in der Sowjetunion über die Rolle der Frauen, die Konfrontationspolitik der Nato bis hin zur "Alternative Russlands zur Expansion der EU in Osteuropa." Eine gute inhaltliche Zusammenfassung liefert der Artikel von Rainer Rupp, welcher auf RT-deutsch erschien ist.⁵¹

Auch mir wurde die Ehre erteilt, zu einem kontroversen Thema zu sprechen: „Stalin, Repressionen, Sowjetdemokratie: UdSSR - eine Kriminalgeschichte?“ Darauf wie auch auf die Nachfolgen will ich hier detaillierter eingehen.

Ich möchte hierzu die gute Zusammenfassung des Genossen Rainer Rupp wiedergeben: *"Für eine Kontroverse sorgte dagegen der Beitrag von Michael Kubi zum Thema: 'Stalin, Repressionen, Sowjetdemokratie: UdSSR - eine*

⁵¹ <https://deutsch.rt.com/inland/58433-2017-hundert-jahre-oktoberrevolution/>

Kriminalgeschichte?'. Der zweisprachig (russisch und deutsch) aufgewachsene Kubi zeichnete unter Verweis auf die in Moskau inzwischen geöffneten Geheimarchive aus der Stalinzeit ein ganz anderes, differenzierteres Bild als das von dem 'Monster Stalin', das sich nach der Chruschtschow-Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Ost und West in den Köpfen festgesetzt hat. Damit war Kubi zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen wie auch eine Reihe von anglo-amerikanischen Historikern nach dem Studium der Stalin-Geheimarchive. Die neuen Erkenntnisse haben sie in einer Reihe von Artikeln und Buchveröffentlichungen festgehalten.

Mit seinem Vortrag rüttelte Kubi jedoch an einem bei vielen Menschen im Publikum sehr tief sitzenden Tabu. Es kam zu teils starken Reaktionen und Zwischenrufen. In der Diskussion einigte man sich aber darauf, dass man die neu zugänglichen Fakten und Dokumente von und über Stalin nicht einfach ignorieren könne, sondern dass diese gründlich studiert werden müssten und im Licht der Ergebnisse eventuell die Person Stalins neu bewertet werden müsse."⁵²

Zunächst muss ich sagen, dass mein Vortrag ein wenig schwächelte, was einige Gründe hatte. Z. B. hatte mein Vortrag eine gewisse Überlänge, weshalb ich - da auch meine Vorredner überzogen hatten - noch mehr kürzen wollte als geplant. Außerdem hatte ich eigentlich eine power-point Präsentation eingeplant, was jedoch nicht machbar war (es hätte jemand am Laptop stehen müssen und die Folien weiterklicken sollen, was ich nicht machen konnte) und ich mich spontan entschied, frei zu sprechen. Das hatte jedoch dazu geführt, dass der Inhalt etwas chaotisch übergebracht wurde, ich mich verhaspelte und einige Punkte nicht so klar wurden, wie eingeplant. Inhaltlich konzentrierte ich mich auf die Zahlen im Gulag und den Holodomor.

Nichtsdestotrotz bekam mein Vortrag viel Zuspruch und löste, wie der RT-Artikel beschreibt, heftige Reaktionen und Debatten aus. Ich würde sogar sagen, dass, trotz der Schwächen meines Vortrages, mein Beitrag mit am lebhaftesten war, was sich in der nachfolgenden Diskussion zeigte. Ich erhielt - wenn ich mich recht erinnere - die meisten Nachfragen nach meinem Vortrag. Die meisten wurden logischerweise von den Antistalinisten gestellt. So wurden Behauptungen aufgestellt, dass die Kollektivierung der Landwirtschaft unter Zwang vollstreckt wurde und somit zur Hungersnot führte, die Industrialisierung hauptsächlich durch Gulaghäftlinge stattfand und die meisten Opfer der Säuberungen Kommunisten waren. Mir wurde die Möglichkeit gegeben, darauf zu antworten und die Vorwürfe zu widerlegen.⁵³ Die

⁵² Ebenda

⁵³ Das soll an der Stelle nicht wiedergegeben werden. Es wurden in der offen-siv hierüber genügend Beiträge veröffentlicht, z. B. in der Niederlagen-Analyse und den Artikeln von

Antistalinisten hat das zwar offensichtlich nicht überzeugt, aber das habe ich auch ehrlicherweise nicht erwartet.

Mein Vortrag wurde übrigens vor der Mittagspause gehalten, die etwa eine Stunde dauerte, danach fand die Diskussionsrunde statt. In der Mittagspause sind sehr viele Leute zu mir gekommen, haben mir für meinen Vortrag gratuliert, fanden es gut, dass auch mal ein "junger" Genosse spricht und so "viel" über die Sowjetunion weiß und haben auch konstruktive Kritik gegeben, die ich gerne angenommen habe. Das war sehr aufbauend und interessant (und vielleicht sehe ich mich selbst viel kritischer als es andere tun; und ein glänzender Vortrag hätte die Antistalinisten ohnehin nicht mehr überzeugt). Was aber wirklich auffällig war, dass kein einziger Antistalinist auf mich zu kam und mit mir sprechen wollte. Offensichtlich war halt das Diskussionsinteresse dieser Fraktion nicht so groß, dass sie meine Nähe suchen wollten, obwohl sie die Zeit dazu hatten (und auch zu anderen Vortragenden gingen). Ihnen war es wohl lieber, sich wichtigtuerisch in der Diskussionsrunde hinzustellen und ihre oben erwähnten antistalinistischen Plattitüden zu wiederholen. Das ist jedoch nur eine rein subjektive Wahrnehmung, doch es war ziemlich auffällig, dass kein Antistalinist das persönliche Gespräch mit mir suchte.

Das spiegelt sich auch in einem für mich eher unerwarteten Nachspiel nach der Konferenz wider. Einer der Diskussionsteilnehmer war der Vorsitzende der Landesorganisation Berlin des Deutschen Freidenkerverbandes: Klaus-Peter Kulch. Klaus-Peter Kulch (in Folge KPK abgekürzt) brachte mehrmals auch in den vorherigen Beiträgen das Thema der Opfer des Stalinismus zur Ansprache, so auch bei meinem Vortrag. Er unterstellte, basierend auf den trotzkistischen Historiker Wadim Rogowin, dass die Hälfte der Opfer Stalins Kommunisten seien. Diesbezüglich schaut Euch bitte den nachstehenden separater Artikel „Wenn Troztkisten lügen“ an, da ich seine Quelle nach der Konferenz geprüft habe. Ich verwies aber beim Vortrag darauf, dass das gemäß der Archivdaten nicht stimmen könne.

Dass stimmte KPK wohl nicht zufrieden. Tatsache ist, dass er - ohne Absprache mit dem Landesverband - einen persönlichen Bericht über die Konferenz auf der Homepage der Landes-Organisation Berlin veröffentlichte. KPK war logischerweise nicht begeistert über meinen Vortrag: Dieser sei "ein Schlag ins Wasser" gewesen, ich sei "handwerklich-methodisch überfordert", meine Kernbotschaft sei "schlicht" und allesamt eine "Unternullqualität", die "keinerlei Basis für eine problemorientierte Sachdiskussion" ermögliche.

Grover Furr etc. auch Ludo Martens setzt sich mit den Vorwürfen in "Stalin anders betrachtet" auseinander.

Von KPKs Ausführungen erfuhr ich über Genossen der Berliner Freidenker. Seine Ausführungen berührten mich nicht im Geringsten. Zum einen ist mir das zu kindisch (und sein Verhalten für einen Vorsitzenden eines Vereins unwürdig), zum anderen habe ich keinen Bedarf, mich auf ein solches Niveau zu begeben, das würde nur mehr Aufmerksamkeit für KPK bringen als nötig.

Es ist nur interessant, dass der, der am lautesten nach sachlichen Diskussionen schreit, selbst mit Unsachlichkeiten und persönlichen Diffamierungen arbeitet. Hätte KPK ein ernstes Interesse an einer problemorientierten Sachdiskussion gehabt, hätte er doch auch während der Mittagspause zu mir kommen können. Nun gut er hält mich für methodisch überfordert und hatte vielleicht zu großen Hunger. Es bleibt aber die Frage offen, welche Qualifikationen KPK besitzt, um so über mich urteilen zu können.

Tatsache bleibt aber auch, dass der Deutsche Freidenkerverband offensichtlich nicht mit KPKs Ausführungen zufrieden war und ihn deswegen kritisierte (übrigens ohne dass ich dazu Anlass gegeben hätte, denn KPK's Schreiben amüsierte mich eher). KPK konnte wohl mit der Kritik nicht leben und es folgte eine überlange E-Mail-Schlacht. KPK trat als Vorsitzender der LO des Deutschen Freidenker-Verbandes Berlin zurück, legte seine Ämter nieder und sein Beitrag wurde von der Homepage der Freidenker Berlin gelöscht.⁵⁴

Dass er wegen der Kritik an seinen Ausführungen so ein Chaos veranstaltet und von seinem Amt zurücktritt, aber weiterhin versucht, mich abzuqualifizieren, zeigt mir, dass er a) ein Selbstdarsteller ist und sich gerne wichtig nimmt und b) an einer ersten Diskussion nicht interessiert ist, so lange nicht ER die Oberhand und die Meinungshoheit hat. Offensichtlich habe ich es KPK angetan und in ihm einen großen „Fan“ gefunden. In einem seiner anderen Beiträge versucht er mich grundsätzlich inhaltlich abzuqualifizieren. So schreibt er über die Quellenlage meines Buches "Die Sowjetdemokratie und Stalin":

"Herrn Kubis bisher einziges Werk mit wissenschaftlichem Anspruch: 'Die Sowjetdemokratie und Stalin. Theorie und Praxis in der Sowjetunion 1917 – 1953', veröffentlicht 2015 und online verfügbar, gibt Gelegenheit, die Substanz solcher Behauptungen zu prüfen. Sein Literaturverzeichnis weist 154 Einträge auf. Unter diesen sind

– Primärquellen bisher geheimer Dokumente – 0 (Null)

– Veröffentlichungen russischer Autoren zwischen 1990-2015, die bisher geheime Dokumente ausgewertet haben – 2 (zwei)

⁵⁴ Sein Schreiben befindet sich aber noch in seinem selbstgeführten opablog.net - ein privater Blog, den er gerne mit der Homepage der Berliner Freidenker verwechselt.

– Veröffentlichungen mit Erscheinungsort Moskau – 0 (Null).

Ein enormes Übergewicht hat englischsprachige Literatur und zwar betagte (Erscheinungsdatum überwiegend zwischen 1930 und 1953). Vieles läuft auf 'Bestätigung der Stalin'schen Selbstauskünfte oder der klassischen Apologetik der 1950er Jahre' (Kellermann) hinaus.

Unvermeidliches Resultat: Unter 532 Zitaten, die dieser 'Zeichner eines ganz anderen, differenzierteren Stalinbildes unter Verweis auf die in Moskau inzwischen geöffneten Geheimarchive' nachweist, gibt es nicht ein einziges Zitat, das direkt aus einer solchen Primärquelle stammt und ganze zwei, die aus Arbeiten anderer russischer Autoren übernommen wurden.⁵⁵

Bekanntlich ist schlechte Werbung auch Werbung. Es wäre für KPK jedoch ratsam nicht nur die Fußnoten zu zählen, sondern auch Inhalte zu lesen, dasselbe gilt auch für das Literaturverzeichnis (welches übrigens 138 Einträge aufweist, vielleicht ein Versehen, vielleicht eines seiner chronischen Versehen?). Dann würde ihm vielleicht auffallen, dass die Literatur, die ich zitiere, zu einem Großteil von Historikern stammt, die in sowjetischen Archiven forschen (z. B. J. A. Getty, R. Thurston, S. Davies, Sh. Fitzpatrick, W. Goldmann uvm. - und natürlich Grover Furr, aber den hasst KPK ja ebenso). Dass die Autoren amerikanischer bzw. britischer Herkunft sind, ändert nichts an der Tatsache, dass diese in den Archiven forschen (und übrigens zu den "Koryphäen" der sowj. Archiv-Forschung gehören - dass ich als Nicht-Historiker keinen Zugang zu den Archiven habe, sollte doch nicht verwundern. Aber immerhin zitiere ich Historiker, die Primärquellen zitieren). Dass auch alte Literaturquellen genommen wurden, hat auch den Hintergrund, dass alte Literatur nicht unbedingt veraltet sein muss, dass auch sie wertvolle Quellen und Informationen liefern kann, die neuere vielleicht nicht beachten (z. B. die Literatur von Rothstein oder Baykov).

Viel mehr ist bezüglich KPK und seiner Ausführungen nicht zu sagen. Ich bin zwar kein Freund von Klischees, doch offensichtlich scheinen sie bei KPK als typischen Antistalinisten zuzutreffen.

Das eigentliche Problem ist, dass durch solche Selbstdarsteller wie KPK der Sinn einer solchen Konferenz in eine falsche Richtung gelenkt wird.

⁵⁵ <https://opablog.net/2017/10/16/konflikt-mit-konsequenzen-ii/>

Michael Kubi: Wenn Trotzlisten lügen. Das Beispiel Wadim Rogowin und die repressierten Kommunisten

Wadim Rogowin war Professor am Soziologischen Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau und Autor zahlreicher historischer und soziologischer Arbeiten. Er starb 1998 an Krebs. Bekannt ist er für seine Veröffentlichungen über die "Linke Opposition" in der KPdSU und das Wirken Leo Trotzki's. Er gab eine mehrbändige Reihe unter dem Titel "Gab es eine Alternative?" heraus, die alle in deutscher Sprache erschienen sind und von Trotzlisten in den Himmel gelobt werden.

Rogowin nutzt nicht selten fragwürdige Quellen. Er zitiert Großteils Trotzki bzw. seine Anhänger oder aus dem Bulletin der Opposition (also trotzlistische Literatur aus den 30ern und 40ern). Hinzu kommen offensichtliche Fälscher wie A. Orlow, ein Deserteur, der abenteuerliche Geschichten erzählt, wie z. B., dass Stalin an der Ermordung Kirows beteiligt gewesen sein soll. Weiterhin bezieht sich Rogowin viel auf Propaganda aus der Gorbatschow-Ära oder Memoiren von Antistalinisten wie Chruschtschow oder Andre Gide. Das Problem solcher Quellen ist, dass deren Erinnerungen und Aussagen nur schwer überprüft werden können. Zumal diese Informanten oftmals nicht an Ort und Stelle, also nah genug am Geschehen waren. Es ist erst mal nichts Verwerfliches daran Trotzki oder Chruschtschow zu zitieren. Wenn sie aber das wesentliche Fundament der historischen Darstellung sind, ist eine Objektivität nur schwer möglich.

Hier seien einige Aussagen des Historikers J. Arch Getty wiedergegeben:

"Die dominante Tendenz (beim Verfassen der 'Säuberungen') war, ohne Weiteres alles beliebige von Emigranten zu glauben, während alle Wahrheiten über die stalinistische Seite abgeleugnet wurden. Wenn sich jemand ein ausgewogenes Bild über Zar Iwan IV. ('Der Schreckliche') machen möchte, würde man ja auch nicht die Beschreibungen des während der Periode des russisch-polnischen Krieges in Polen im Exil lebenden Prinzen Kubisky akzeptieren. Wenn jemand sich ein ausgewogenes Bild über Mao Tse Tung's Regierungsform in China machen möchte, würde man wohl auch nicht Tschiang Kai Schecks Version der früher 1950er Jahre als essentiell zuverlässig betrachten."⁵⁶

"Man braucht nur die Fußnoten irgendeiner üblichen Darstellung der Großen Säuberung abzusuchen, um zu sehen, dass ein Großteil des Basismaterials von

⁵⁶ Getty, J. A. (1979): The Great Purges Reconsidered, Ph.D. dissertation, Boston College, S. 48, zitiert in Furr, G. (2015): Response to the Death of Robert Conquest https://msuweb.montclair.edu/~furr/research/furr_conquest_obit.html

Spekulationen dieser widersprüchlichen und eigennützigen Quellen stammt, die nicht in der Lage waren anderes zu berichten als Gerüchte. Die meisten westlichen Darstellungen wurden nach dem 2. Weltkrieg geschrieben und die Autoren beriefen sich zur lebhaften Untermauerung ihrer Sichtweise auf Darstellungen von Emigranten und Deserteuren. Die Unzugänglichkeit der sowjetischen Archive zu diesen Ereignissen verschlimmerte diese Tendenz. Wenn man jedoch die strengen Regeln der Beweisführung und der Quellenkritik auf diese Arbeiten anwendet und nur die Dinge akzeptiert, die der Informant aus erster Hand berichten kann, kollabieren etliche Aspekte der westlichen Interpretation."⁵⁷

Um aber Rogowin gerecht zu werden: Er verwendet auch eine Reihe wertvoller Quellen, die in russischen Zeitschriften veröffentlicht wurden und aus den Archiven der Sowjetunion (oder anderen Archiven) stammen. So gibt er z. B. in seinem Buch "1937 Jahr des Terrors" zu, dass 10% der Aussagen der Moskauer Prozesse wahr seien, dass Trotzki tatsächlich Kontakte zu Oppositionellen hatte. Doch Rogowin schildert, dass mehr als diese Briefkontakte nicht bestanden.⁵⁸

Doch diese teilweise wertvollen Quellen gehen oftmals in dem Meer an Halbwahrheiten und Fälschungen Rogowins unter. Es soll hier keine detaillierte Analyse von Rogowins Quellen erfolgen.

Trotzdem ist eine Quelle aus seinem Buch: "Die Partei der Hingerichteten"⁵⁹ interessant näher beleuchtet zu werden. Ein Trotzkiist verwies bei einem meiner Vorträge auf folgende Information aus Rogowins Arbeit: *"Etwa die Hälfte der Opfer des Stalinschen Großen Terrors waren Kommunisten, Mitglieder oder Kandidaten der KPdSU (einschließlich kurz zuvor Ausgeschlossene). Kubi bestritt diese Tatsache rundheraus und begründungslos. Hier die Quelle meiner Angabe: Wadim S. Rogowin: 'Die Partei der Hingerichteten', Essen 1999, Anhang II: 'Statistische Angaben über die Opfer der Massenrepressalien', 8. Abschnitt: 'Die Anzahl der repressierten Parteimitglieder', Seite 486-488."*

Dieses Kapitel aus Rogowins Buch "Die Partei der Hingerichteten" ist insofern interessant, als es dort - verglichen mit anderen Kapiteln - tatsächlich viel statistisches Material aus den Archiven gibt - aber nicht nur.

⁵⁷ Getty (1985): Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party reconsidered, 1933-1938; New York: Cambridge University Press., S. 220

⁵⁸ Rogowin, W. (1998): 1937 Jahr des Terrors, Arbeiterpresseverlag Essen, S. 93 ff. Vergleich hierzu die Arbeiten von Grover Furr über die restlichen 90%

⁵⁹ Rogowin, W. (1999): Die Partei der Hingerichteten, Arbeiterpresseverlag Essen

Bezüglich der Zahl der repressierten Kommunisten schreibt Rogowin: *"Realistische Zahlen nannte A. D. Sacharow in seinem Artikel 'Gedanken über den Fortschritt, die friedliche Koexistenz und die intellektuelle Freiheit': 'Im Zeitraum 1936-1939 seien mehr als 1,2 Millionen Kommunisten verhaftet worden, was die Hälfte der Gesamtmitgliederzahl ausmachte. Davon hätten 50.000 ihre Freiheit wiedererlangt, die übrigen seien erschossen worden (600.000) oder in den Lagern umgekommen.'*⁶⁰

Rogowin verwendet dort als Quelle seiner Behauptung den genannten Artikel des sowjetischen Dissidenten und Physiker Andrej Sacharow (ja genau der prominente Dissident, der vom Westen gelobt wird!), der behauptete, dass zwischen 1936-39 etwa 1,2 Mio. Kommunisten verhaftet wurden, die Hälfte davon erschossen. Rogowin zitiert Sacharows Artikel aus einer Zeitschrift aus dem Jahr 1990 (Vosprosi filosofii 2/1990, S. 13). Das ist besonders interessant, denn es soll den Eindruck erwecken, dass es sich hierbei um eine neue, aus den sowjetischen Archiven zitierte Quelle handelt, die nun beweisen soll, dass Stalin im wesentlichen Kommunisten abgeschlachtet haben soll.

Der Autor des Artikels wurde ja oben schon erwähnt - Andrej Sacharow. Dieser bedeutende Dissident starb 1989. Rogowin zitiert höchstwahrscheinlich einen Reprint des Artikels von Sacharow (wohl zu dessen Ehren), denn Sacharow schrieb diesen Artikel schon 1968! Es findet sich hier eine englische Version: <http://users.physics.harvard.edu/~wilson/sakharovconference/76953998.pdf>

Das gesuchte Zitat steht auf Seite 2: *"In 1936-39 alone more than 1,2 Million party members, half of the total membership, were arrested. Only 50.000 regained freedom; the others were tortured during interrogation or were shot (600.000) or died in camps".*⁶¹

Dieses englische Zitat stimmt somit mit der deutschen Übersetzung in Rogowins Buch überein. Rogowin hält diese Zahlen für realistisch. Rogowin stellt das Zitat so dar, als sei es eine neue Quelle. Doch Sacharow nennt nicht eine einzige Quelle zu dieser Behauptung. Viel schlimmer: Es ist noch nicht mal eine wissenschaftliche Studie, sondern eine Propagandaschrift. Sacharow hat keine Zugänge zu den Archiven und seine Aussagen nicht mal überprüft. Warum zitiert Rogowin ihn und dazu noch ein Reprint aus dem Jahr 1990 und nicht das Original aus dem Jahr 1968? Ganz einfach: Die Zahlen passen irgendwie und was nicht passt, wird passend gemacht. Anschließend macht Rogowin einen Vergleich, wie viele Mitglieder die

⁶⁰ Rogowin (1999), S. 487

⁶¹ <http://users.physics.harvard.edu/~wilson/sakharovconference/76953998.pdf>

KPdSU haben müsste, gäbe es keine Säuberungen und unterstellt, dass entsprechend die Hälfte der Opfer des großen Terrors Kommunisten waren.⁶²

Nicht uninteressant ist auch, dass Sacharow in seinem Artikel einige Zeilen weiter oben schreibt, dass mindestens (!) 10 bis 15 Mio. Menschen in den Folterkammern des NKWD litten (oder erschossen wurden) oder in den Kulaken-Lagern waren und diese eigentlich die Vorläufer der Konzentrationslager waren (siehe S. 2 unter dem Kapitel "The Stalinist Period")⁶³. Auch hierfür liefert Sacharow keine Beweise. Doch es erscheint seltsam, warum Rogowin diesen Abschnitt nicht zitiert. Ganz einfach, weil Rogowin richtigerweise die absurd hohen Gulag- und Opferzahlen von Solschenitzyn, Antonow-Owssejenko etc. für übertrieben hält⁶⁴ und die Zahlen aus den Archiven entgegenhält.⁶⁵ Dabei merkt er an, dass auch diese Zahlen zu hoch seien, da viele Personen mehrmals verhaftet wurden und Todesurteile in Haftstrafen umgewandelt wurden.⁶⁶

Da Sacharows Zahlen der Gesamtopfer ebenfalls absurd hoch sind (und auf keinem Quellenmaterial basieren), nennt sie Rogowin nicht, doch warum sollten dann Sacharows Zahlen der repressierten Kommunisten "realistischer" sein? Wahrscheinlich, weil die Zahlen von 1,2 Mio. Verhafteten und 600.000 Erschossenen irgendwie mit den Zahlen von 1937/38 zusammenpassen.⁶⁷ Entsprechend braucht Rogowin nur noch ein bisschen über die Parteimitgliedszahlen zu referieren, dann zu behaupten, dass die fehlenden und ausgeschlossenen Mitglieder Großteils repressiert worden seien und als Kronzeugen noch Trotzki zu zitieren, dann stimmt die Richtung. Dabei ist aber bekannt, dass der Großteil der Repressierten 1937/38 Kulaken, Geistliche und Kriminelle waren (die selten Parteimitglieder waren).⁶⁸

Kurzum: Rogowin behauptet, dass der Großteil der Repressierten Kommunisten waren, "beweist" dies durch eine Propagandaschrift des Dissidenten Sacharow (der keine Beweise für diese Behauptung bringt), verkauft diese als amtliches Material aus den sowjetischen Archiven und rechnet es einfach zusammen, so wie es ihm passt. Zusätzlich zitiert er Trotzki als Kronzeugen und fertig ist der "Beweis". Billiger Taschenspielertrick - mehr nicht. Um es mit Rogowins Gleichnis zu sagen: 10% der Quellen von Rogowin sind wertvoll, 90% Propaganda.

⁶² Rogowin (1999), S. 487 - 488

⁶³ <http://users.physics.harvard.edu/~wilson/sakharovconference/76953998.pdf>

⁶⁴ Rogowin (1999), S. 478 - 480

⁶⁵ Rogowin (1999), S. 480 - 485

⁶⁶ Rogowin (1999), S. 481

⁶⁷ Laut Archivdaten gab es 1937/38 etwa 1,5 Mio. Verhaftungen, davon 680.000 Todesurteile

⁶⁸ 13 Vgl. hierzu z. B. Binner, Bonwetsch, Junge (2009): Stalinismus in der sowjetischen Provinz, Akademie Verlag

Solche Aussagen wie die, dass die Mehrheit der Kommunisten repressiert wurde, stammen aus dem Kalten Krieg. Ähnliche Zahlen (etwa 850.000 repressierte Kommunisten 1937/38) nennt der "Kalte Krieger" Zbigniew Brzezinski in "The Permanent Purge" (1956). Robert Conquest (The Great Terror, S. 713) nennt die Zahlen von Sacharow.

Der Historiker J. Arch Getty hatte diese Zahlen überprüft. 1985 veröffentlichte er einen Artikel ausgehend von seiner Dissertation mit dem Titel "The Origins of the Great Purges: The Soviet Communist Party reconsidered, 1933-1938". Die Untersuchungen von Getty basieren auf den Archiven von Smolensk, die während des Zweiten Weltkrieges von den Nazis geplündert wurden. Nach dem zweiten Weltkrieg gelangten sie in die USA und wurden in den 1950er Jahren von Merle Fainsod untersucht (Smolensk under Soviet rule)⁶⁹; Fainsod war Anhänger der Totalitarismustheorie, aber seine Arbeit wurde nur selten erwähnt und die Archive von Smolensks wurden bis zu der Arbeit von Getty ignoriert.

Nachdem weitere Archive in der Sowjetunion geöffnet wurden, publizierte Getty weitere Materialien und Publikationen. Rogowin ignoriert die Arbeiten von Getty komplett. Der Grund hierfür dürfte der sein, dass Getty die Mythen der Repressionen, die von Conquest, Sacharow und anderen verbreitet wurden, zu Fall bringt. Es stellte sich dabei heraus, dass in den Jahren 1937-38 die wenigsten Parteimitglieder repressiert wurden⁷⁰:

Jahr	Parteiausschlüsse in Prozent
1919	10 – 15%
1921	25%
1928	13%
1929	11%
1933	18,5%
1935	9%
1937	5%
1938	2%

Gründe für die Ausschlüsse waren hauptsächlich Passivität, Korruption, Alkoholismus, "Karteileichen", falsche Klassenzugehörigkeit und mangelhafte politische Bildung; politische Opposition machte nur einen geringen Bruchteil aus (so

⁶⁹ Eine Neuauflage wurde 1989 veröffentlicht: Fainsod (1989): Smolensk under Soviet Rule, Routledge Verlag

⁷⁰ Vgl Getty (1985), S. 46 & 177

wurden z. B. in Smolenks 1935 von 616 ausgeschlossenen 28 als Trotzlisten, Menschewiki etc. ausgeschlossen)⁷¹.

Von den etwa 264.000 1935 und 51.500 1936 ausgeschlossenen Mitgliedern wurden nur 5,5% wegen politischer Opposition und 0,9% als Spione ausgeschlossen.⁷²

Übrigens stellte Getty fest, dass Altbolschewiken (jene, die bis zum Ende des Bürgerkrieges in die Partei eintraten) nicht die Hauptopfer der Säuberungen waren. 1934 gab es 182.600 Altbolschewiken, 1939 125.700, von denen die Mehrheit wichtige politische Funktionen im Staat hatten. Die Reduktion um 56.900 Altbolschewiken (31%) beinhaltet übrigens alle möglichen Gründe: natürlicher Tod und einfacher Ausschluss (also ohne nachfolgende Repression) mit inbegriffen.⁷³ Altbolschewiki machten etwa 8% der Parteimitglieder aus, doch 20% der Delegierten des 18. Parteitages 1939 und 73% des 1939 gewählten Zentralkomitees. 5000 Veteranen aus der Zeit vor der Revolution 1917 waren in der Partei aktiv.⁷⁴

Nun ist es aber so, dass Rogowin behauptet, dass auch Ausschlüsse von Parteimitglieder vor 1937 im Interesse des NKWD stattgefunden hätten und diese Ausgeschlossenen und repressiert worden seien. Jedoch liefert Rogowin keine Beweise für diese Unterstellung, außer dem oben zitierten Beitrag von Sacharow und seiner eigenen Rechnung, wie viele Mitglieder 1934 und 1939 die KPdSU hatte (mit der Unterstellung, dass die Ausgeschlossenen Großteils repressiert wurden). Er behauptet etwas, was erst mal zu beweisen wäre.

Dass eine Reihe (und in der absoluten Zahl sicherlich nicht wenige) der Ausgeschlossenen auch 1937/38 verhaftet wurden, soll nicht angezweifelt werden. Doch von einer Zerstörung der Partei, einer „Partei der Hingerichteten“, wie es Rogowin darstellt, kann man nicht ausgehen. Wenn einem die Parteimitgliedschaft das Leben kostet, bleibt es fraglich warum zwischen November 1936 und März 1939, also während der Massensäuberungen und Repressionen über 1,6 Mio. Menschen in die Partei neu eintraten⁷⁵, wieso mehr als 2/3 der Altbolschewiki noch lebten und hohe Funktionen ausübten und die Hauptgründe für Ausschlüsse nicht politische Opposition waren, sowie viele von ihnen auch wieder in die Partei aufgenommen

⁷¹ Getty (1985), S. 69

⁷² Getty & Manning (1993): *Stalinist Terror, New Perspectives*, S. 60, Fußnote 85

⁷³ Getty (1985), S. 176

⁷⁴ 19 Thurston, R. (1996): *Life and terror in Stalin's Russia, 1934 - 1941*, New Haven: Yale University Press, S. 133

⁷⁵ 20 vgl. Rigby *Communist Party membership in the USSR 1917-1968*, S. 217 - 219

wurden und Stalin und das Politbüro sich über ungerechtfertigte Ausschlüsse beschwerten.⁷⁶

Laut Getty gab es keinen Masterplan Stalins, jegliche Opposition zu eliminieren.⁷⁷ Aus keinen Arbeiten Gettys und anderer Autoren (z. B. Manning, Thurston, Chase etc.) geht nach Untersuchung der Archivdaten hervor, dass, obwohl die Elite (Parteikader, sowie parteilose Intelligenz) von den Ausschlüssen am meisten betroffen wurde, die Elite als Ganzes „geköpft“ wurde (sondern die Ausschlüsse nur einen Bruchteil betrafen) und es keine Korrelation von Ausschluss und anschließender Repression gab.⁷⁸ D.h. nicht jeder, der ausgeschlossen wurde, hatte spätere Konsequenzen einer Verhaftung und Verurteilung zu befürchten, das betraf nur eine Minderheit.

Frank Flegel: Die Veranstaltung „Revolution hat Zukunft“ von DKP, RotFuchs und SDAJ am 21.10.17

Die Veranstaltung war relativ gut besucht, es mögen 400 bis 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewesen sein. Der Raum, das Kino Babylon in Berlin, war zu zwei Dritteln bis drei Vierteln belegt, die äußeren Bedingungen, also Bühne, Bühnentechnik usw. sehr gut.

Über die Inhalte der Konferenz

Götz Dieckmann vom RotFuchs eröffnete mit seinem Vortrag die Reihe der Referate. Er arbeitete die Verantwortung des deutschen Proletariats in dieser welthistorischen Situation 1917/18/19 heraus, stellte die Hoffnung der Bolschewiki auf eine Revolution in Deutschland dar, ging in diesem Zusammenhang sehr ausführlich auf die militärische Situation ein, wie sich vor, während und nach der Oktoberrevolution darstellte. Dabei argumentierte er entlang der Leninschen Linie. Dieser Teil seines Vortrags war aufschlussreich und nicht von Nebel umhüllt, wie es dann der zweite Teil wurde.

⁷⁶ 21 vgl. auch Getty & Naumov (1999): *The Road to Terror*. New Haven, Conn.: Yale Univ. Press, p. 358 - 359, sowie Schdanows Bericht auf dem 18. Parteitag 1939, die Beschlüsse des Januarplenums von 1938 etc.

⁷⁷ 22 Getty (1985) S. 203

⁷⁸ 23 Vgl. Getty & Chase (1993): *Patterns of Repression Among the Soviet Elite in the Late 1930s: A Biographical Approach* in Getty & Manning (1993), S. 225 -247 sowie Fitzpatrick (1993): *The Impact of the Great Purges on Soviet Elites: A Case Study from Mosco and Leningrad Telephone Directories of the 1930s* in Getty & Manning (1993), S. 247 - 260

In diesem ging es um die Konterrevolution und um heute. Da gab es leider die üblichen Floskeln, wie man sie auch im RotFuchs findet. Beispiele: Die Niederlage sei an strengen objektiven Maßstäben zu messen. Welche das sein könnten, erwähnte er aber nicht. Es habe komplexe Verhältnisse gegeben, wie sie Marx, Engels und Lenin noch nicht wissen konnten. Welche komplexen Verhältnisse gemeint waren, blieb im Dunkeln. Und Vieles an dem Weg der Konterrevolution sei nicht von „uns“ beeinflussbar gewesen. Was das Unbeeinflussbare war, erfuhren die Teilnehmer/innen ebenfalls nicht. Das einzige, was konkret benannt wurde im Zusammenhang mit der Konterrevolution war der Verrat Gorbatschows. So einfach kann das sein.

Also wie immer: Man drückt sich um die Hintergründe und Ursachen der Konterrevolution, obwohl dazu umfangreiches Forschungs- und Studienmaterial vorliegt, welches u.a. auch von uns veröffentlicht wurde.

Nach Götz Dieckmann sprach Bruno Mahlow vom Ältestenrat der Partei „Die Linke“. Er brachte ein recht assoziativ vorgetragenes Sammelsurium unterschiedlicher Themen gepaart mit einem beeindruckenden ideologischen Wirrwarr auf die Bühne. Er verteidigte die Oktoberrevolution, relativierte sie aber auch: Es war eben ein Aufbruch in gesellschaftliches Neuland, für den „keine Konzepte bereit standen“ (UZ, 27.10.17). Was für ein Blödsinn! Das Konzept der Planwirtschaft stand selbstverständlich bereit, man muss nur mal bei Marx nachsehen.

Eine weiter Äußerung verdient es, hier auch genannt zu werden: „Tragischer als Stalin sei der Zerfall des Sozialismus“ (ebenda). Also: Stalin war zwar nicht so tragisch wie der „Zerfall“ des Sozialismus, aber tragisch war er auch. Meint er damit den Aufbau des Sozialismus? Oder die Industrialisierung? Oder den Sieg über den deutschen Faschismus? Das bleibt unbeantwortet. Beantwortet wird die Frage nach der Konterrevolution. Wie eben schon erwähnt war das „der Zerfall des Sozialismus“. Man kann mal wieder nur noch kabarettistisch damit umgehen: so was Dummes, da zerfällt der einfach. Ganz tragisch. Warum? Keine Ahnung. Was ein solch oberflächliches, wirres Zeug bei einer Konferenz, die sich „wissenschaftlich“ nannte, zu suchen hat, müssen die Initiatoren beantworten. Ich kann es nicht.

Als dritter Redner kam Dietmar Dath, Autor und Journalist, auf die Bühne. Sein Thema war in den Veranstaltungsankündigungen falsch dargestellt worden, was er in seinem Vortrag explizit ansprach und richtigstellte, denn es hieß in der Ankündigung: „Sozialismus ohne Macht – macht nichts“. Er aber wollte das genaue Gegenteil darstellen. Nachdem auch die junge Genossin von der SDAJ, die gemeinsam mit einem bekannten Funktionär der DKP-Berlin durch das Programm führte, ihn ankündigte mit der Bemerkung, dass wir nun auf Hinweise auf neue Konzepte in der Machtfrage gespannt sein dürften, sagte er, dass er keine neuen Konzepte habe, „denn

das der Bolschewiki gilt noch immer“. So war dann auch sein Vortrag, klar, gerade, darin auch sehr gut die Darstellung des Weges in den Sumpf derjenigen (ehemals) kommunistischen Vereinigungen, Parteien und Genossen, die sich vom Machtkonzept der Bolschewiki losgesagt haben. Das war ein Vortrag, wie man ihn auf einer solchen Konferenz erwarten kann. Es war leider der einzige.

Nach ihm trat Patrick Köbele auf, Vorsitzender der DKP. Nach einem fast pastoralen Einstieg, der Genossen in meiner Nähe zu Bemerkungen wie „Sind wir hier auf dem Kirchentag?“ oder „Urbi et orbi“ veranlasste und nach interessanten Aussagen über die Wahrheit wie „Die Wahrheit ist das Ganze und die Erfassung der Wahrheit ist nur ein Teil des Ganzen“, nachdem er danach einen Überblick über die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus gegeben hatte (die im Saal sicherlich jede/r kannte) und die Konterrevolution mit der Bemerkung, „dass der Sozialismus am Ende zu schwach war“ erklärt hatte, kam er auf seine Partei, die DKP zu sprechen. Sicherlich sei sie schwach, habe nur zwischen 2000 und 3000 Mitglieder, zusätzlich eine „Parteidiskussion“, aber die Schwäche sei nur die Erscheinung, nicht das Wesen.

Nach dieser höchst philosophischen Bemerkung wurde sein Vortrag zu einer Art Werbeveranstaltung für die DKP, für den Leitantrag des PV an den kommenden Parteitag der DKP und das darin enthaltene Bekenntnis zur so genannte „antimonopolistische Strategie“. Die UZ (27.10.17) drückte das so aus: „Ohne es auszusprechen machte er Bezüge zu aktuelle Debatten deutlich und legte wesentliche Gedanken der antimonopolistischen Strategie der DKP in der Gegenwart dar.“ Natürlich ist so etwas grundsätzlich die Aufgabe eines Parteivorsitzenden. Diese Veranstaltung war im Vorfeld allerdings als eine große Bündnisveranstaltung angekündigt worden. So klang das jetzt nicht mehr.

Und in dieser Richtung wurde es noch schlimmer. Auf die Referate und nach einer Pause folgte eine Podiumsdiskussion mit Ellen Brombacher (KPF der Partei „Die Linke“), Wolfgang Dockhorn vom RotFuchs, Florian Hainrich von der SDAJ, Patrick Köbele, Vorsitzender der DKP, Bruno Mahlow von der Partei „Die Linke“ und Torsten Schöwitz, Vorsitzender der KPD. Moderiert wurde die Diskussion von Stefan Huth, Chefredakteur der „jungen Welt“. In der UZ (27.10.17) ist dazu zu lesen: „Der Wunsch nach gemeinsamem politischen Handeln kam darin genauso zum Ausdruck wie Unterschiede in der Sicht aufeinander und der Wahrnehmung der politischen Rollen verschiedener Akteure.“

Das kann man wohl sagen:

Während der Podiumsdiskussion sagte Torsten Schöwitz, Vorsitzender der KPD, zu relativ allgemein gehaltenen Statements über gemeinsames politische Handeln, dass es an der Zeit sei, eine einheitliche kommunistische Partei auf der Basis des

Marxismus-Leninismus zu formieren und bot Verhandlungen dazu an. Im Schlusswort des Konferenzteils sagte Patrick Köbele vor dem ganzen Saal zu diesem Vorschlag, dass es auf Leitungsebene keine Gespräche über eine wie auch immer geartete Einheit zwischen DKP und KPD geben werde.

Und nach der Konferenz brachte der Vorsitzende des RotFuchs-Fördervereins, Wolfgang Dockhorn, in einem persönlichen Gespräch mit Torsten Schöwitz leider zum Ausdruck, dass es richtig gewesen sei, die Veranstaltung in der durchgeführten Form zu machen, nämlich Organisatoren und Unterstützer zu trennen und den Unterstützern keinen Einfluss auf Organisation und Inhalt der Veranstaltung zuzubilligen.

Über die getroffenen räumlich-organisatorischen Entscheidungen der Konferenz

Die inhaltlich spürbare Abschottung gegen die konsequent marxistisch-leninistischen Kräfte spiegelte sich auch im Aufbau des Foyers wider.

Man kam auf den Veranstaltungsort zu und sah vor dem Eingang zwei Stände: links RotFuchs, rechts DKP. Wenn man hineinkam, stand da die „junge Welt“ mit einem Stand zur Verteilung des aktuellen Exemplars der Zeitung. Weiter hineingehend sah man dann den Stand des junge-Welt-Shops und links etwas in der Ecke den Stand der SDAJ.

Und die Unterstützer? Zunächst keine Spur von ihnen. Man musste eine Treppe hinaufgehen, um sie zu finden. Dort drängelten sich die Stände der Unterstützer auf einem Gang, der so schmal war, dass der Tisch des Standes und der Stuhl der Standbetreuung schon die Hälfte des Platzes einnahm. Wenn ein Interessent an einem Stand stehen blieb, konnten sich andere Interessierte nur mit Mühe an ihm vorbeidrängeln.

Selbstverständlich haben die Veranstalter, hier also DKP, RotFuchs und SDAJ, für eine solche Veranstaltung das Hausrecht und können bestimmen, wer wo welchen Platz bekommt. Das sei hier nicht angezweifelt. Gerade deshalb ist eine solche Aufteilung wie die hier vorgenommene nicht als Zufall zu bezeichnen. Thälmann-Freundeskreis? Schriftenreihe der KPD? Die drei Sammelbände Gossweiler? Der RFB? Am besten in die hinterste Ecke. Selbstverständlich stellt sich da die Frage, warum den Teilnehmer/innen der Zugang zu diesen Materialien erschwert werden sollte.

Doch nun zu einem weiteren Problem, das sich in der Konstruktion der Veranstaltung zeigte: Ausgesprochen eigenartig war der Umgang der DKP mit ihrer eigenen Jugendorganisation. Die SDAJ durfte mit einem Vertreter an der Podiumsdiskussion teilnehmen, sie durfte auch eine junge Genossin für das Zweierteam abstellen, das

durch das Programm führte, also den jeweils nächsten Programmpunkt ansagte. Aber einen eigenen, inhaltlichen Redebeitrag, also ein Referent auf der „Hauptbühne“ zu halten blieb der SDAJ versagt. Sie musste sich damit begnügen, von den Weltfestspielen in Moskau zu berichten. Und sie durfte parallel zur Konferenz in einem Nebenraum „Workshops“ anbieten. Wie diese Workshops frequentiert wurden, weiß ich nicht.

Schlussbemerkung

Zwei Dinge fallen auf:

Erstens: Die Frage nach der Ursache des Sieges der Konterrevolution wird auch 28 Jahre nach dem November 1989 nicht beantwortet, sondern hinter Nebelvorhängen versteckt. Ein Genosse, der bei uns die Bände Kurt Gossweiler „Wie konnte das geschehen“ bestellt hatte, schrieb uns: *„Viele Jahre habe ich immer gerätselt, wie die einst `unbesiegbare UdSSR` sich plötzlich auflösen konnte. Die westlichen Erklärungen fand ich immer falsch bzw. unzureichend. Hier lese ich nun - geradezu schockierend - wie über viele Jahre hin ein innerer Revisionismus bzw. eine innere Konterrevolution betrieben wurde.“* (Johannes K., 24.10.17) Es stellt sich die Frage, warum diese Erkenntnis den Menschen vorenthalten werden soll.

Zweitens: Es ist das alte Lied. Konsequenter Marxismus-Leninismus wurde und wird von der DKP-Führung (der alten und der neuen) totgeschwiegen und ausgegrenzt, eine offene, inhaltliche Auseinandersetzung vermieden. Die Parteiführung um Patrick Köbele grenzt nicht etwa die Revisionisten aus, sondern die Marxisten-Leninisten, verweigert immer wieder jedes Gespräch in Richtung Kooperation oder gar Einheit. So auch aktuell: Zu Torsten Schowitz sagt Patrick Köbele, dass es auf Leitungsebene keine Gespräche über eine wie auch immer geartete Einheit zwischen DKP und KPD geben werde (siehe oben), zur Ankündigung Leo Mayers vom 2.11.17, dass „die meisten“ Genossen des jetzigen Kreisvorstandes München der DKP „die Partei verlassen“ werden, sagt der Parteivorstand der DKP nicht etwa, dass das eine gute Entscheidung sei, weil Revisionismus und Fraktionsbildung in der Partei keinen Platz hätten, sondern spricht sein „ausdrückliches“ Bedauern über diese Entwicklung aus und ruft die Genossen dazu auf, „ihre politische Arbeit in den Strukturen der DKP fortzusetzen“⁷⁹.

⁷⁹ Siehe UZ 10.11.17 im Artikel auf Seite 15 „Bedauerliche Entwicklung“ (ohne Verfasserangabe): *„Auf der Kreisdelegiertenkonferenz (KDK) der DKP München am 2. November kündigte deren Sprecher, Leo Mayer an, dass die Mitglieder des jetzigen Kreisvorstandes nicht mehr kandidieren und `die meisten die Partei verlassen` werden. Der Parteivorstand bedauert diese Entwicklung ausdrücklich und ruft die Genossinnen und Genossen in München dazu auf, ihre politische Arbeit in den Strukturen der DKP fortzusetzen.“*

Gregor Hollender: Klein aber fein. Die Konferenz „Der Zukunft wegen“ am 4.11.17 in Heidenau bei Dresden

Räumen wir den Elefanten im Raum gleich aus dem Weg: Der ganz große Wurf ist den Kommunisten in Deutschland zum 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution noch nicht gelungen. Immer noch sind die Kommunisten in Deutschland klein und gespalten, ist die Arbeiterbewegung schwach und die Auswirkungen der Niederlage von 1989 haben wir auch noch nicht überstanden.

Das sind bereits keine guten Voraussetzungen für eine angemessene Würdigung dieses großen Jahrestages. Um die Sache schlimmer zu machen: Eine gleichberechtigte Teilhabe der KPD an einer gemeinsamen Veranstaltung mit der DKP zur Würdigung der Revolution war nicht möglich. Lediglich als „Unterstützer“ konnte sich die KPD beteiligen (siehe Bericht von Frank Flegel in dieser Ausgabe). Da hierdurch die inhaltliche Gestaltung bei der DKP lag, musste eine eigene Veranstaltung organisiert werden. Gründe gab es dazu genug, da sich die Positionen der DKP deutlich von denen der KPD unterscheiden, insbesondere in bedeutenden Fragen wie etwa bei den Gründen für die Niederlage des Sozialismus in Europa.

Naturgemäß fand die Konferenz der KPD in einem deutlich kleineren Rahmen statt. Dennoch konnte sie sich mit einer Teilnehmerzahl von mehr als 120 Genossinnen und Genossen sehen lassen. Auch Genossen aus befreundeten Parteien waren vor Ort. Zbigniew Wiktor von der polnischen Partei berichtete von den schwierigen Bedingungen der Kommunisten in seinem Land, insbesondere seitdem die reaktionäre Regierung kommunistische Symbolik in der Öffentlichkeit verboten hat und sowjetische Denkmäler zerstört. Alla Gigowa von der bulgarischen Partei berichtete Erfreuliches aus ihrem Land: Im Rahmen eines Natomanövers weigerten sich bulgarische Soldaten, auf Zielscheiben in russischen Uniformen zu schießen. Sie schloss mit einem Beitrag über die welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution. Inhaltlich musste sich diese Konferenz ohnehin nicht verstecken: Im Gegenteil: Harpal Brar (CPGB-ML) konnte leider nicht selbst anwesend sein, sandte uns jedoch eine ausführliche Grußbotschaft. Er betonte die Richtigkeit von Lenins Imperialismustheorie, deren Stoßrichtung heute gültiger sei denn je.

Auch die übrigen Referate von den Genossen der KPD und des RFB stimmten mit ein. Ohne Kompromisse wurden die Richtigkeit der Leninschen Partei- und Revolutionstheorie gewürdigt und anschließend die Erfolge des Stalinschen Aufbau des Sozialismus ausführlich erörtert. Auch ein Referat über den Rückbau der Planwirtschaft in der UdSSR nach Stalins Tod durfte nicht fehlen, in dem deutlich gemacht wurde, wie die Erfolgsformel aufgeweicht wurde. Die Referenten dieser Beiträge setzten sich zusammen aus erfahrenen Kommunisten, die bereits in der DDR

für den Sozialismus gekämpft haben, und „jungem Blut“. Diese Mischung verlieh der Konferenz eine belebende Frische. Gewürzt wurde sie von dem Sänger Ernesto Schwarz, der die Anwesenden trotz Erkältung mit revolutionären Liedern begeisterte. Junge Mitglieder der KPD stellten in Ausschnitten ihre 90-minütige historische Dokumentation vor, die kurz vor der Veranstaltung auf der Videoplattform Youtube hochgeladen wurde⁸⁰ und das Ziel verfolgt, die revolutionäre, unverfälschte Sicht auf die Oktoberrevolution einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Für einen kleinen Eklat sorgte jedoch das Referat von Werner Seppmann. Vorgesehen war ein Vortrag über die Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa, Opportunismus in der Politik gegenüber den Hauptländern des Imperialismus. Beispielsweise die falsche Auslegung der von Lenin begründeten „friedlichen Koexistenz“ durch Chruschtschow bis hin zu Gorbatschows „neuem Denken“, das den Gedanken in sich trug, den Sozialismus für „Menschheitsinteressen“ zu opfern. Stattdessen redete Werner Seppmann über „sozioökonomische Prozesse“ die sich in den 50er Jahren verändert hätten und die Planwirtschaft an ihre Grenzen gebracht hätten. Er sprach von einer „krisenhaften Umbruchphase wegen der praktizierten Formen der zentralisierten Planung“ und forderte „flexiblere Formen der Leitung“.

Ein kurzer wörtlicher Auszug aus dem Referat: *„Der unverzichtbare Aufbau der Schwerindustrie und der industriellen Infrastrukturen konnte mit hohem Tempo und mit beachtlichen Erfolgen mit den Methoden der Globalplanung - und da wiederhole ich mich noch einmal - in den 30er Jahren, späten 40er Jahren und Anfang der 50er organisiert werden und vorangetrieben werden, aber - und das zeigen alle seriösen Untersuchungen dieser Zeit und da gibt es tatsächlich ganze Bibliotheken auch von marxistischen Ökonomen - sie verloren allmählich an Effektivität. Wenn man einen Beweis dafür haben will, dann muss man sich tatsächlich die Diskussionsprozesse - unabhängig von Chruschtschow - unter den Ökonomen in den sozialistischen Ländern anschauen.“*

An dieser Stelle erntete Seppmann bereits einen Zwischenruf eines befreundeten DKP Mitgliedes: „Aber dann alle!“ Offensichtlich wollte er damit auf die Auseinandersetzung zwischen marxistisch-leninistischen und revisionistischen Ökonomen aufmerksam machen. Frank Flegel kritisierte, dass diese Formen des Abgehens von der Planwirtschaft in Form von Nebenwirtschaften genau das tödliche Gift seien, das den Sozialismus zerstört hätte.

⁸⁰ Youtube Kanal: KI Deutschland, <https://www.youtube.com/watch?v=hh6feuXMouc>

Einhellig wurde das Referat von den Anwesenden kritisiert, auch vom KPD-Vorsitzenden Torsten Schöwitz. Warum jedoch Werner Seppmann von seinem zugewiesenen Thema komplett abwich und die Bühne für eine eher zweifelhafte Kritik an der seiner Meinung nach ineffizienter werdenden Planwirtschaft nutzte, bleibt Spekulation. Im Programm waren Diskussionsblöcke vorgesehen, von denen auch rege Gebrauch gemacht wurde und dort wäre auch Platz für dieses Thema gewesen wäre.

Letztlich demonstrierten die geistesgegenwärtigen Reaktionen der anwesenden Genossinnen und Genossen eine erfreuliche ideologische Festigkeit. Grundlagen werden nicht preisgegeben.

Die Veranstaltung endete - natürlich - mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale.

P.S.: Die Referate und Diskussionen der Veranstaltung werden in der Schriftenreihe der KPD dokumentiert werden, voraussichtlich in der Form dreier Hefte, 2,- Euro pro Heft. Vorbestellungen: Mail: redaktion@offen-siv.com, Tel: 05572-999 22 42

<h2>DKP</h2>

Frank Braun: Ein Dokument fortgesetzten Verfalls

Zum Leitantrag des DKP-Parteiorgans für den nächsten Parteitag

Fragt mich einer aus der DKP: „Warum bist du nicht Mitglied?“

Ich: „Weil `Antimonopolismus´ für KommunistInnen nicht gerade zielführend ist!“

Er: „Aber der spielt doch in der täglichen Arbeit gar keine Rolle...“

Ich: „Eben, kann ja auch nicht. Das Konstrukt ist absolut lebensfremd!“

Ohne Frage, der Parteivorstand der DKP will deutlich vor dem für März 2018 geplanten Parteitag eine innerparteiliche Polarisierung gegen seine linken Kritiker herbeiführen. Der Wortlaut des Leitantrags lässt keine andere Interpretation zu.

Noch 2013 sah es so aus, als starte dieser Parteivorstand um Patrik Köbele, H.-P. Brenner und Wera Richter irgendwie links durch, als beabsichtige man tatsächlich eine revolutionäre Parteireform und richte sich dabei vor allem gegen sozialdemokratische, die Bedeutung autonom organisierter Arbeit der Kommunisten bezweifelnde rechte Strömungen um Leo Mayer (München) und dessen Freunde.

Jetzt, ein paar Monate vor dem 22. Parteitag, legt eben jener Parteivorstand mit dem Leitantrag ein Papier vor, welches bewusst vor allem die vielfältigen Diskussionsbeiträge zur Kritik der „antimonopolistischen Strategie“ aus den letzten Monaten und Jahren aus dem Feld schlagen will. (Vgl. dazu auch meinen Beitrag u.a. in „wieweiter.net“ bunter dem Titel „Schlag nach bei Dimitroff“ vom Dezember 2016). Kritik gegen jenes Konstrukt also, welches vom Parteivorstand bereits im letzten Jahr dann doch als ideale Brücke zur Parteirechten auserkoren worden war. (Vgl. ‚DKP-Informationen‘ der 5. Tagung des Parteivorstandes vom 15.09.2016, S. 12)

Diese vielfältige Kritik dagegen wies u.a. darauf hin, daß die Krise der DKP dieser Tage ein gutes Stück gerade mit dem Verfechten von „Antimonopolismus“ als strategischer Grundlage zu tun hat. Der Parteivorstand lieferte also mit dem Leitantrag eine Einlassung, die für die weitere Entwicklung der DKP und auch ihres 22. Parteitag nichts Gutes ahnen lässt. Er steuert im Ergebnis auf eine Art Schulterschluss mit den verbliebenen Vertretern der längst offen fraktionierenden innerparteilichen rechten Gruppierungen ‚marxistische linke‘ (mali) bzw. ‚Netzwerk kommunistische Politik‘.

Die Ausführungen des Leittrags legen den Eindruck nahe, als wolle man mit „Antimonopolistische Strategie“ (fortan AMS) eine Übergangslösung ausgeben, weil an sozialistischer Revolution u.Ä. heute nicht gedacht werden kann. Die Schlussfolgerung dann: Man müsse eben zeitgemäßer vorgehen und da sei „Antimonopolismus“ die richtige Etappenbestimmung, zugleich aber auch Bündnislinie. Und als Ersatz für den alten, jetzt wohl endgültig ausrangierten Ladenhüter „Antimonopolistische Demokratie“ soll jetzt lediglich eine „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ (Ich kann es mir nicht verkneifen: Das mit „Wende“ und „Fortschritt“ klingt wie in den Papieren nach dem Godesberger Parteitag der SPD in 1959. So ähnlich steht es auch schon im Programm der DKP vom Ende der 1970er Jahre) erhalten. Kein Wunder also, daß die Parteirechte den Gedanken ventiliert, als Teil der Partei Die Linke (PDL) reüssieren und damit doch lieber gleich auf das sozialdemokratische Original setzen zu wollen. (Andererseits: Andere, die sich nicht zu eben jener Parteirechten zählen, versteigen sich sogar in die ulkige Vorstellung, AMS richtig verstanden, müsse bedeuten, „...diese konsequent als Klassenkampf gegen das Kapital“ auszulegen! Ich lese daraus völlige Verwirrung: Der klassenunspezifische „Antimonopolismus“ soll im Nachhinein dann also doch noch den richtigen Klassencharakter erhalten? (Nachzulesen ist diese seltsame Denkfigur von Lloyd/Mehnert/Mehnert unter <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/09/apologie-von-opportunismus-statt-antimonopolistischer-strategie/>) Man könnte salopp resümieren: „Alter Wein in alten Schläuchen!“. Und insofern programmiert der Leitantrag auch den weiteren Verfall. Alle, die wie ich seit 2013

zaghaft hofften, da würde sich etwas ändern, müssen nun feststellen, daß dem leider nicht so ist.

Dabei wurden ja alle wesentlichen Einwände insbesondere gegen dieses seltsame Konstrukt AMS in der Zeit seit 2013 wiederholt genannt und teilweise sogar im Nachrichtenportal der DKP wiedergegeben. Die wenigen Erwiderungen darauf von Seiten der Parteiführung waren geprägt von peinlicher Schwäche in Sachen marxistischer und leninistischer Theorie und außerdem von viel bloßer Apologetik. Dem jedoch setzt der Leitantrag dieser Tage noch eine verschrobene Begründung oben drauf: Weil die DKP seit ihrer Gründung in 1968 „antimonopolistische Strategie“ betreibe, weil diese sich „grundsätzlich bewährt“ habe und auf „Überlegungen von Lenin, der Kommunistischen Internationale und der KPD“ aufbaue. „Grundsätzlich bewährt“? Das kann doch angesichts der aktuellen geradezu existenziellen Schwäche der DKP, nicht zuletzt sichtbar im zurückliegenden Bundestagswahlkampf, wohl kaum ernst gemeint sein.

Aber diejenigen, die so denken, halten sich ja für marxistische TheoretikerInnen und für KommunistInnen. Nur, warum vermeiden sie in ihrem Dokument Aussagen darüber, wie so etwas wie „Diktatur des Proletariats“ und Sozialismus/Kommunismus, wie planvolles, bewusstes Leben, Produktion und Distribution, wie überhaupt Gebrauchswert- vs. Tauschwertorientierung, wie die Herstellung gesellschaftlicher Verfügungsgewalt statt nur gesellschaftlicher Produktion, wie internationale Solidarität und Frieden statt Imperialismus und Krieg, wie ökologische Politik statt Umweltvernichtung schon für die Verhältnisse im Hier und Jetzt angemessen sind, wie dies gesellschaftlich aussehen könnte und was damit alles an scheinbar unlösbaren Krisen und Widersprüchen von heute in eine für die Massen positive Richtung entwickelt werden könnte. Stattdessen wird eine bloße Aufzählung von Begriffen präsentiert, die mit dem Hier und Jetzt gar nicht verbunden werden. (Vgl. dazu das Kapitel B.1. „Das Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus“ aus dem Leitantrag)

Der Parteivorstand vergibt sich damit nicht nur die Möglichkeit, für die visionären und revolutionären Potenzen des Marxismus und des Leninismus insbesondere unter der ArbeiterInnenklasse zu werben, sondern stellt mithin die Existenzberechtigung der kommunistischen Partei überhaupt in Abrede. Denn für „Antimonopolismus“ braucht es keine kommunistische Partei! Glauben die allen Ernstes, daß der Mangel der DKP an Kadern aus der ArbeiterInnenklasse mit „Antimonopolismus“ auch nur abgeschwächt werden könnte? Die müssen das glauben, sonst hätten sie AMS nicht zur „grundsätzlichen Strategie“ (Vgl. Erklärung von Köbele/Brenner „Die Gesellschaft verändern – aber wie und wohin?“ anlässlich der Herausgabe des Leittrags unter <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/08/leitantrag-zum-22->

parteitag/,) erklärt und dazu noch die „Wende hin zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ als „nächstes strategisches Etappenziel im Rahmen der antimonopolistischen Gesamtstrategie.“ (Vgl. ‚Leitantrag...‘ in Kapitel B.II, Die „antimonopolistische Strategie“ der DKP heute)

Anlässlich seiner Veröffentlichung gab es auch eine Art Einführung in die Problematik des Leitantrags. Wieviel Unsicherheit und Verwirrung mag wohl hinter dem Text dieser Einführung stecken, wenn dort in vermeintlicher Abgrenzung zu Vertretern diverser ‚Transformationsstrategien‘ folgendes geschrieben steht: „Wir vermissen zumindest die Skizzierung eines möglichen dynamischen Prozesses, der innerhalb einer langfristigen Strategie vom Stopp der Offensive über eine ‚Wende‘ zur Sammlung breiter antimonopolistischen Kräfte in Richtung eines nach vorne und gezielt gegen das Monopolkapital gerichteten kämpferischen Prozesses weist, der in Übergänge zur sozialistischen Alternative und zum grundsätzlichen Bruch mit dem Kapitalismus münden soll.“ (Vgl. Erklärung von Köbele/Brenner „Die Gesellschaft verändern – aber wie und wohin?“ anlässlich der Herausgabe des Leitantrags unter <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/08/leitantrag-zum-22-parteitag/>)

Diese geradezu verzweifelt anmutende Gedankendrainage muß man erst einmal verstehen: Ein „dynamischer Prozess“ soll in einen „kämpferischen Prozess“ weisen, der dann in den Bruch mit dem Kapitalismus münden soll! Alles klar? AMS ist nichts anderes als ‚Transformationsstrategie‘!

‚Gegenmacht‘ als Steigbügel für ‚Antimonopolismus‘ ?

Wer auf der Ebene der Strategie herumeiert, kann auch auf der Ebene der Taktik nicht überzeugen. Der Parteivorstand der DKP demonstriert das in seinem Leitantrag nachdrücklich. An die Adresse seiner linken Kritiker gewandt, wird naßforsch davor gewarnt, in der Kritik an AMS, „das Kind nicht mit dem Bade“ auszuschütten. Allein, auf den Begründungszusammenhang dieser linken Kritik wird auch neuerlich nicht eingegangen. Stattdessen wird geschlußfolgert, diese entsage jeglicher Bündnispolitik. Man möchte fragen: Weil die Kritik als strategisches Etappenziel ‚Sozialismus‘ bestimmt?

Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP (...solche von außerhalb natürlich ebenso), die die verschiedenen Varianten von ‚Transformationsstrategie‘ ablehnen, müssen freilich die Frage beantworten: Welche zeitgemäßen taktischen Momente gehören zur strategischen Bestimmung der Etappe mit dem sozialistischen Ziel?

Von Georgi Dimitroff läßt sich da einiges lernen. Dieser hatte in der Kritik an der KPD-Führung der 1930er Jahre davon gesprochen, dringend den Einfluß des Reformismus auf die Arbeiterbewegung zurückdrängen zu müssen, denn nur dann sei es auch möglich, den Kampf zur Bildung einer Arbeitereinheitensfront gegen den

Faschismus erfolgreich zu gestalten. Aber das könne man alles nur erreichen, wenn die Besten aus eben jener Klasse selbsttätig und in Bewegung und ganz praktisch ihre eigenen Erfahrungen machen. Wenn man ihnen nur die Perspektive „Für Sowjetdeutschland!“ und „Für die Diktatur des Proletariats!“ vorschläge, sei das zu wenig.

Hatte Dimitroff damit Wilhelm Pieck und den anderen aus der KPD-Führung die Streichung von Sozialismus als nächstem Etappenziel vorgeschlagen? Mitnichten tat er dieses. Er warb dafür, den Einheitsfront- und, über die ArbeiterInnenklasse hinausgehend, den Volksfrontgedanken umzusetzen als den einzigen Weg, um aus der strategischen Defensive, aus der Illegalität herauszukommen und dennoch die ebenso strategische Option für die soziale Revolution zu bewahren.

Die Rolle der Sowjets in der russischen Revolution von 1917 sowie die der Räte in der gescheiterten deutschen Revolution von 1918 zeigten ja vordem schon deutlich, daß Parteien der ArbeiterInnenklasse schwerlich auf sich allein gestellt die Machtfrage stellen können. Es bedarf der breitesten Organisation aktiver Gegenmacht speziell der ArbeiterInnenklasse schon weit im Vorfeld solcher Revolutionsereignisse. Mithin reicht es also auch in Krisensituationen nicht, taktisch und strategisch, die Flucht etwa in die bürgerliche Demokratie zu propagieren. Leider aber sind in der Folge der 1940er Jahre einzelne kommunistische und Arbeiterparteien vor allem nach einem äußerst verlustreichen Sieg über den Faschismus tragischerweise dem Glauben an den bürgerlichen Parlamentarismus und der friedlichen Koexistenz mit dem Kapitalismus/Imperialismus anheim gefallen, nur noch fähig zu einer eklektischen Kapitalismuskritik (Wenn nur noch Kritik an ‚Monopolkapital‘ statt allseitiger Kritik am Kapitalismus betrieben wird, ist das eben eklektisch. Die KPD nach 1945 hatte diese ‚Schlagseite‘ bereits programmatisch verinnerlicht) bis zu ihrem völligen Niedergang nach dem Ende des real existierenden Sozialismus.

Ein Beispiel aus der Geschichte lehrt, daß diese Tragik vermeidbar war: 1948 – Attentat auf Palmiro Togliatti! Der überlebt schwer verletzt. Statt seiner hält Luigi Longo die Rede für die IKP in Turin vor einigen zehntausend ArbeiterInnen. Wohlgemerkt: Von denen waren noch viele bewaffnet aus den Tagen des Kampfes gegen die Mussolini-Faschisten. Die staatlichen Waffenkammern war noch weitestgehend lediglich unter regierungsamtlichem Verschluß. Die IKP war vorher sogar Teil der Regierung, die Machtfrage in Italien war klassenmäßig also längst nicht entschieden. Longo tritt auf, begrüßt unter dem Eindruck des Attentats tief bestürzt die Massen, wird aber nach wenigen Minuten von eben diesen Massen unterbrochen. „Bewaffne uns!“ riefen viele und „Her mit der Munition!“ Longo mahnt zur Ruhe gegen alle Provokationen, das sei Togliattis Wunsch. Kurz gesagt, außer zu

berechenbarer Defensivaktivität (Streiks, Demonstrationen) konnte sich Longo und die Führung der IKP nicht entschließen.

Es wäre unsinnig zu behaupten, schon diese Entscheidung hätte die spätere Entwicklung dieser Partei bis zu ihrem schmachvollen Ende programmiert. Aber erstens gab es den Umstand, daß es mit den Nenni-Sozialisten, also den italienischen Sozialdemokraten, schon Geheimverhandlungen gegeben hatte mit dem gegenseitigen Versprechen, alles zu unterlassen, was den bürgerlich parlamentarischen Weg gefährden könnte. Zweitens gab es zu jenem Zeitpunkt eine noch immer maßgebliche Beschlußlage der Parteien der längst nicht mehr existenten Komintern (Sehr interessant dazu der Artikel von Leo Schwarz in ‚junge Welt‘ vom 23./24.09.17, der ein Gespräch zwischen Shdanow (KPdSU) und L.Longo von 1947 wiedergibt, in dem Longo allen Ernstes glauben machen will, weil seine Partei streikfähig und gar nicht zu Abenteuern aufgelegt sei, befände sie sich auf der Höhe der Zeit. Shdanow soll Longo darauf geantwortet haben: „Sie sagen ‚ohne Abenteuer‘. Aber sind ein Generalstreik und Demonstrationen ihrer Meinung auch Abenteuer ? Hat die Partei einen Angriffsplan oder hat sie die Absicht, defensiv zu bleiben und zu warten, bis die Reaktion die Partei verbietet und sie in den Untergrund zwingt? Die haben sie aus der Regierung geworfen. Sie haben keinen Widerstand geleistet. Die Reaktion wird weitergehen. Werden sie einen Gegenangriff durchführen?“

Die IKP führte keinen angemessenen Gegenangriff durch. Bloß nichts unternehmen, was insbesondere die USA und Großbritannien als Anlaß nehmen könnten, die Anti-Hitler-Koalition aufzukündigen. Diese beiden Aspekte des Abbaus und geradezu der Verunmöglichung von Gegenmacht lassen aber ahnen, daß die Geschichte auch hätte anders verlaufen können...

Auch im Leitantrag des Parteivorstandes der DKP ist von ‚Gegenmacht‘ die Rede, allerdings in einem ganz anderen, vom Zweck des Tuns her eher klassenunspezifischen Sinn: „Wir Kommunistinnen und Kommunisten wirken vor allem anderen für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Sie ist die Achse unserer antimonopolistischen Strategie. Als Gegenmacht zur Monopolmacht ist sie die Bedingung für das Zustandekommen einflussreicher antimonopolistischer Bündnisse.“ (Vgl. ‚Leitantrag...‘ in Kapitel B.III.4: ‚Unsere Kampfziele und Kampffelder‘.

Und eine Randnotiz noch oben drauf: Wenn zu Beginn dieses Kapitels und auch in anderen programmatischen Dokumenten der DKP davon die Rede ist, daß der „Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit“ der „grundlegende Klassenwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft“ sei, so muß dem heftig widersprochen werden. Da hat sich über die Jahre ein Fauxpas eingeschlichen – mindestens das. Schon Marx u. Engels haben das so kritisiert, weil das Klassenmäßige bei diesem Begriff

ausgeblendet ist. Sie haben zurecht darauf bestanden, den ‚Grundwiderspruch‘ als den zwischen ‚Lohnarbeit und Kapital‘ anzugeben. Nur diese Begrifflichkeit aber zeigt, worum es eigentlich geht.)

Gegenmacht von Arbeiterinnen und Arbeitern ausgangs von Erfahrungen in Einheitsfrontorganisationen sollen dann den Steigbügel für ‚Antimonopolismus‘ abgeben?

Kein Wunder, daß solche Kopfgeburten außerhalb eines kleinen Kreises von Parteitheoretikern der DKP in der politischen Linken hierzulande nirgendwo auch nur angedacht wurde und werden. Und kein Wunder auch, daß einfache Mitglieder der DKP die AMS wegen ihres Charakters als lebensfremde Kopfgeburt gar nicht erklären können und das auch nicht wollen.

Für die Rekonstruktion einer Organisation der KommunistInnen

Alle Strömungen der antikapitalistischen Linken sind nach den 1970er Jahren gleichmäßig abgeschmolzen.

Einige ganz verschwunden, andere noch irgendwie existent wie z.B. die DKP. Kommunistinnen und Kommunisten gleich welcher Herkunft kann es nicht egal sein, wenn deren langsames Dahinsiechen über die Runden geht, ohne daß wenigstens ein Versuch unternommen würde, diesen Prozeß zu stoppen und in einen kommunistischen Rekonstruktionsprozeß umzuwandeln. Gleichwohl beinhaltet dies die Bereitschaft der Führungsgruppe der DKP, ihre Polarisierung gegen links zu beenden.

Der Parteitag sollte ein konkretes Angebot an alle KommunistInnen und Kommunisten außerhalb wie innerhalb der DKP auf den Weg bringen, an einer Rekonstruktion der kommunistischen Partei teilzunehmen.

Er muß dabei aber darauf verzichten, die Linie der Polarisierung gegen links fortzusetzen und andererseits auch nicht das ‚Modell-DKP-von-1968‘ als das Erfolg versprechende für heute zur Bedingung machen, weil es das nicht war und ist. Im Kern muß er darauf verzichten ‚Antimonopolismus‘ als programmatisches Essential behaupten zu wollen.

Sollte der Parteivorstand dazu nicht bereit sein, so hätten einzelne linke Kreisverbände in der DKP und erst recht individuell Opponierende nüchtern betrachtet keine Chance, unter einer ‚antimonopolistischen Programmatik‘ als Kommunistinnen und Kommunisten erfolgreich politisch agieren zu können.

Dann stellte sich die Frage nach der Organisation der KommunistInnen, nach einer zeitgemäßen Rekonstruktion des Kommunismus wieder einmal neu, da sich der Weg der DKP leider ins Siechtum fortsetzt.

Frank Braun, Hannover, im Oktober 2017, www.wieweiter.net

Resonanz

Klaus Schwurack: Einige Bemerkungen zu Gerhard Feldbauers Vorstellung des Buches „Schluß mit Luther“ von Peter Henkel

G. Feldbauer schreibt *„Der Autor vergisst nicht Luthers Verdienste, so die Bekämpfung des Ablasshandels, dass er in Worms mutig Kaiser und Reichstag den Widerruf verweigerte und einen Beitrag zur Schaffung der deutschen Schriftsprache leistete“*.

Dem ist nur mit Einschränkung auf die Bibelübersetzung zuzustimmen. Sie ist das einzige wirkliche Verdienst Luthers. Der Wittenberger Reformator bekämpfte den Ablasshandel aus theologischen Gründen. Mit dem Ablasshandel griff der Papst gewissermaßen in die Kompetenz Gottes ein, denn nur Gott, so Luther, konnte den Erlaß von Strafen gewähren, die von Gott auferlegt waren. Luthers Rechtfertigungslehre besagte, daß der Mensch ausschließlich durch den Glauben an Jesus Christus, der mit dem Kreuzestod die Sünden der Menschen auf sich genommen hat, vor Gott gerechtfertigt wird. Mit dem Ablass konnten die Gläubigen einen Platz im Himmel erkaufen, der Anspruch darauf war ihnen buchstäblich „verbriefte“ und sie brauchten sich nicht weiter um ihr Seelenheil zu kümmern.

Damit wurde Jesus Christus als Erlöser überflüssig, er verlor seine Stellung als zentrale Figur der Lutherschen Theologie. Und damit wurde Luthers Rechtfertigungslehre in Frage gestellt, was eine Bedrohung seines ganzen theologischen Gebäudes darstellte. Luther musste erleben, dass die Gläubigen der Beichte in seiner Kirche fern blieben und den leichteren Weg der Sündentilgung wählten.

Im übrigen hatte der „Aufschwung“ der Ablasspraxis keinen feudalen Charakter. Vielmehr zeigte sich daran, daß die Ware-Geldbeziehungen auch in den Bereich der Kirche eingedrungen waren. Das Heilige wurde käuflich und das Käufliche heilig.

Der Ablass und damit das Seelenheil wurde zur Ware. Luther war rückwärtsgerichteter und auf seine Weise orthodoxer und „feudaler“ als sein Gegenspieler, Papst Leo X.

Luther sicherte sich die Rückendeckung der Fürsten und des Adels damit, daß er ihnen das Kirchengut zusprach. Die Fürsten sahen in der Reformation ein Mittel, sich den Reichtum der Kirche selbst anzueignen. Sie versprachen sich von den Säkularisierungen kirchlichen Grundbesitzes die Stärkung ihrer ökonomischen Machtgrundlagen. Deshalb waren sie daran interessiert, daß Luther „bei der Stange“ blieb. Solange die Fürsten die Hände über Luther hielten, bestand für ihn kaum eine wirkliche Gefahr. Der Kaiser verhängte die Reichsacht über ihn, doch konnte sie nie durchgesetzt werden.

Doch hätte Luther in Worms widerrufen, dann hätten die Fürsten sich von ihm abgewendet und ihn fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel. Er hätte sich der Gefahr ausgesetzt, zwischen die Fronten zu geraten. Einem Mann wie Martin Luther dürfen wir zutrauen, daß er sich durchaus dessen bewußt war. Thomas Müntzer erfaßte klar diesen Sachverhalt. In seiner Schrift „Hochverursachte Schutzrede wider das geistlose, sanftlebende Fleisch zu Wittenberg“ die Antwort auf ein Schreiben Luthers an die sächsischen Fürsten, in dem dieser offen die Partei der Fürsten gegen Müntzer und gegen das Volk ergriff, sie vor dem „Satan“ Müntzer warnte und sie aufforderte, der Empörung zuvorzukommen, schrieb er: *„Daß du zu Worms vorm Reich gestanden bist, Dank hab der Deutsch Adel, dem du das Maul also wohl bestrichen hast und Honig gegeben, denn er wähnete nicht anders, du würdest mit deinem Predigen Böheimische Geschenk geben, Klöster und Stift, welche du jetzt den Fürsten verheißest. So du zu Worms hättest gewankt, wärest du eher erstochen vom Adel worden, denn losgegeben, weiß doch ein jeder.“*

Es war gerade das „mutige“ Auftreten Luthers in Worms mit den nicht belegten Worten „Hier steh ich, ich kann nicht anders. Gott helf mir.“ das den Aufstieg des Reformators zu einem „Nationalhelden“ bewirkte und dazu führte, daß ein verzerrtes Lutherbild durch die Geschichte geisterte und sich tief in das Bewußtsein einprägte.

In den letzten 15 Jahren der DDR konnte im Zusammenhang mit den Aktivitäten zum 450. Jahrestag der Reformation und besonders zum 500. Geburtstag Luthers die Glorifizierung Luthers und die Zurückdrängung Thomas Müntzers nicht übersehen werden. Kritische Stimmen sprachen von der „Verlutherung“ der DDR. Darin zeigte sich die „Verbürgerlichung“ und das Eindringen des Revisionismus in die Geschichtswissenschaft.

Gerhard Feldbauer: Eine zu enge, undifferenzierte Sicht. Zu Frank Flegel „Über den Zentrismus“ (Heft 6/2017)

Frank legt seinen Standpunkt dar. Mich würde zunächst interessieren, wie „offen-siv“ dazu steht und damit komme ich zu einem ersten Problem: Mit dem Scheitern der „Kommunistischen Initiative“ kam auch das Ende des Herausgebersvereins der Zeitschrift. Da es auch keine Redaktion gibt, soweit ich mich entsinne, es auch noch nie eine gab⁸¹, fehlt von der Leitung her ein kollektiver Meinungsaustausch zum Inhalt der Veröffentlichungen und eben zu Grundfragen wie der Haltung zur DKP und der derzeit in ihr vor sich gehenden Auseinandersetzung um eine marxistisch-leninistische Linie.

Ein herausragendes Verdienst von „offen-siv“ sehe ich darin, einem breiten Kreis von Autoren eine Tribüne zur Veröffentlichung ihrer Beiträge zu geben, für die sie sonst anderweitig wohl wenig Gelegenheit hätten. Nicht wenige dieser Autoren geben sich damit zufrieden und enthalten sich der Teilnahme an einer Erörterung des Inhalts der Zeitschrift. Auf wiederholt von mir vorgebrachte diesbezügliche Anregungen, zuletzt im Beitrag über die Einheitskonferenz (Heft 4/2017), habe ich (die Replik Franks teilweise ausgenommen) nie ein Eingehen feststellen können.

Bevor ich zum Kern der Problematik komme, halte ich fest, dass ich mich zur Haltung der DKP bzw. der „UZ“ in den letzten Heften, kritische Akzente eingeschlossen, geäußert habe, was ich bekräftige. Es zu wiederholen, halte ich deshalb nicht für erforderlich.

Vorab möchte ich auch den Beitrag von „offen-siv“ am Zustandekommen der gemeinsam mit KPD, GRH, KAD und dem Freidenkerverband einberufenen Konferenz zum 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution „Der Zukunft wegen“ erwähnen. Soweit ich das sehe, hat hier eben die DKP sich nicht konstruktiv verhalten.

Nun zum Kern meines Beitrages: Frank geht, um diesen Gesichtspunkt komme ich nicht herum, aus meiner Sicht (die aber auch von anderen Lesern geteilt wird)⁸² einseitig und undifferenziert an die Probleme der Auseinandersetzung seitens der Führung der DKP um Patrick Köbele mit der revisionistischen Spalterfraktion (die

⁸¹ Insofern ist auch im Impressum die Anführung „Redaktion“, der dann „Redaktionsnotizen“ folgen, nicht korrekt.

⁸² Dazu haben sich mir gegenüber mehrere „offen-siv“-Leser geäußert. Einer, ein engagierter Kommunist (ohne Parteibuch), der kürzlich längere Zeit in Katalonien weilte, sagte mir, würden die Kommunisten dort der Linie von Frank Flegel folgen, hätte es niemals ein solches Ergebnis des Unabhängigkeitsreferendums gegeben.

sich als „kommunistisches Netzwerk“ tarnt“) heran. Das ist, wobei er durchaus richtige Aspekte erfasst (so die verweigerte Unterstützung für den Wahlantritt der KPD in Thüringen), insgesamt eine zu enge Sicht. Streckenweise vermittelt das den Eindruck, er zitiere nur, was seine Thesen stützt. Darauf näher einzugehen, würde hier Seiten füllen. Ich habe in diesem Zusammenhang auch den Eindruck, dass die „UZ“, die einen umfangreichen Meinungsaustausch zum Leitantrag des Vorstandes an den 22. Parteitag führt, in dem logischerweise auch nicht-marxistisch-leninistische Positionen wiedergegeben werden, nicht gründlich gelesen wird. Ganz abgesehen davon, dass bereits hier zu fragen ist, warum „offen-siv“ sich nicht in die Auseinandersetzung einbringt.

Frank geht auch nicht darauf ein, was ich gleich zu Anfang meines o. a. Beitrages angesprochen habe, konkret anzuführen, wie die Auseinandersetzung geführt wird, also: was unternommen wurde, wer angesprochen wurde und nicht reagierte, eben die Auseinandersetzung personengebunden zu führen. Wann hat der Herausgeber von „offen-siv“ denn (per Brief, Mail oder Telefon) um ein Gespräch mit Patrick Köbele oder mit dem Chefredakteur der „UZ“ oder einem anderen führenden Genossen gebeten?⁸³ Wer hat denn aus der DKP-Führung (namentlich) die Einladung zur Vorbereitung einer gemeinsamen Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution, die von wem und wie übermittelt wurde, „barsch“ zurückgewiesen. Ein weiterer Fakt: Welche Bezirks- und Kreisverbände der DKP rufen zur Wahl der Partei „Die Linke“ auf, obwohl die DKP selbst kandidiert?

Auf ihrem nächsten Parteitag steht die DKP vor der Bewährungsprobe, das heißt, ob es gelingt, den Antrag des Parteivorstandes auf Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im "Netzwerk" mit der Mitgliedschaft in der DKP durchzusetzen.

Der Parteitag ist ja (ich weiß nicht, ob das in offen-siv bekannt ist) nach dem Statut nicht befugt, Mitglieder auszuschließen. Das können nur die zuständigen Schiedskommissionen, bei denen auch entsprechende Anträge gestellt werden können. Im Statut heißt es dazu: *"Anträge auf Einleitung von Parteiordnungsverfahren können nur von der Grundorganisation, der das Mitglied angehört, dem zuständigen Kreis- oder Bezirks- bzw. Landesvorstand oder dem Parteivorstand gestellt werden."*

Gelingt es jedenfalls nicht, den Unvereinbarkeitsbeschluss des Parteivorstandes durchzusetzen, kann die Führung um Patrick Köbele auf der Kippe stehen und es könnte zurück zu einer Zeit, wie sie unter Stehr, später Jürgensen bestand, gehen. Zusammengefasst interessiert mich, wie „offen-siv“ und sein Herausgeber sich hier

⁸³ Ich habe bzw. hatte bei zwei Genossen angefragt, die mir sagten, dass sie auf entsprechende sachliche Anfragen bzw. vorgebrachte Standpunkte sicher antworten würden.

einbringen, wie die marxistisch-leninistischen Kräfte unterstützt werden. Ich habe hier manchmal den Eindruck, der Ausgang interessiert überhaupt nicht, oder wenn die Revisionisten die Oberhand gewinnen, würde man das als Bestätigung dafür sehen, dass, na also, wir doch Recht gehabt haben.

Auf dieser Linie liegt auch im Wesentlichen die veröffentlichte Austrittserklärung der fünf Frankfurter Genossen aus DKP und SDAJ um Philipp Kissel. Von ihm fand ich vor einiger Zeit einen Text zum Thema "Die Frage der Staatsmacht und der Zentrismus", dessen Inhalt streckenweise echte ultralinke Positionen widerspiegelte. Vor allem aber war für mich erschreckend, wie hier die jahrzehntelangen Erfahrungen italienischer Revolutionäre dermaßen ignoriert wurden.

Auch in der Austrittserklärung fehlen konkrete Bezüge, mit wem sie die Auseinandersetzung in welchen Parteigruppen führten. Abgesehen vom schwer zu ertragenden Stil fällt in den neueren Texten der Gruppe um Kissel auch der immer wieder gegen den DKP-PV und seinen Leitantrag an den nächsten Parteitag lancierte Vorwurf der Entstellung von Lenin-Zitaten auf. Dabei finden sich in dem bereits angeführten Text von Kissel zum Thema "Die Frage der Staatsmacht und der Zentrismus" selbst immer wieder aus dem Zusammenhang gerissene Zitate. Allen Ernstes wird nun in der Austrittserklärung behauptet, der Beschluss zur Auflösung des Bezirks Südbayern und der Antrag an den Parteitag über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der DKP mit der Mitgliedschaft im „Netzwerk“ sei *„taktischer Natur und kein Ergebnis eines politischen Prozesses der gesamten Partei. Damit sollen die unzufriedenen Teile der Partei bei der Stange gehalten und der Eindruck erweckt werden, man wende sich gegen den Opportunismus.“* Soviel Oberflächlichkeit und politischen Unsinn habe ich lange nicht gelesen bzw. gehört. Und da diese Genossen zu dieser ihrer Position offensichtlich keine Zustimmung gefunden haben, verlassen sie die Partei.

Als eine der langfristigen Ursachen für ihren Nichterfolg innerhalb der Partei führen die Frankfurter an: *"Eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse war aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Ein wesentlicher Faktor, der hier nicht behandelt werden kann und untersucht werden muss, ist das Verschwinden der Basis der Partei in den Betrieben und der Arbeiterklasse."* Das von ihnen immer wieder als Stein des Anstoßes herangezogene Mannheimer Parteiprogramm der DKP von 1978 wurde mitsamt der in ihm enthaltenen strategischen Orientierungen jedoch zu einem Zeitpunkt verabschiedet, als die Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse der BRD sich auf einem Niveau befand, das durchaus als vorläufiger "Höhepunkt" des Masseneinflusses der Partei gewertet werden kann. Nebenbei bemerkt, ergab sich das auch aus dem Einfluss, der zu dieser Zeit von der DDR ausging. Damit kehrt sich doch wohl das Argument von Kissel und Genossen gegen sie selbst. Und tragen sie

mit ihren größtenteils ultralinken Thesen und dem Echo, das sie hervorrufen, nicht selbst zu einer heute zu geringen Verankerung der Kommunisten in der Klasse bei? Und der Austritt dieser Genossen aus der DKP wird nun von „offen-siv“ für so wichtig gehalten, dass dem ein „Sonderheft“ (7/2017) gewidmet wird, in dem zum „Verlauf der Debatte in der DKP von 1989 bis 2017“ zwar auch zutreffende Aspekte enthalten sind, aber die Abhandlung durchweg rückwärts gerichtet ist und letztlich der Netzwerkfraktion zum Nutzen gereicht.⁸⁴

Als letztes ein Wort zur Meinung von Frank zum Zentrismus, in der das, was gesagt bzw. zitiert wird, richtig ist. Aber auch eben aus den Zusammenhängen herausgerissen wird, die Sicht einseitig, zu eng ist, nicht Lenins Haltung insgesamt widerspiegelt. Nur kurz: Antonio Gramsci kämpfte an der Spitze der kommunistischen Fraktion der Ordine Nuovo bekanntlich in der Sozialistischen Partei Italiens (ISP) 1919/20 zunächst um die Umwandlung der ISP in eine „Partei des revolutionären Proletariats“, die den Bruch mit dem Opportunismus vollzieht und der Kommunistischen Internationale beitrifft. Da die Zentristen auf dem Parteitag im Oktober 1919 in Bologna mit Ordine Nuovo für ein in Grundfragen revolutionäres Programm gestimmt hatten, suchte Gramsci mit dem Führer der Zentristen, Giacinto Menotti Serrati,⁸⁵ zusammenzugehen, um ihn und über ihn die Zentristen für den Ausschluss der Reformisten aus der ISP zu gewinnen. Unmittelbar nach dem Parteitag in Bologna legte Lenin am 28. Oktober 1919 unter der Überschrift „An den Genossen Serrati und die italienischen Genossen überhaupt“⁸⁶ seine Meinung dar. Er spricht Serrati mit „Lieber Freund“ an und schreibt zum Vorgehen Gramscis: „*Von ganzem Herzen grüße ich Sie (Serrati) und alle italienischen Kommunisten und*

⁸⁴ In der Redaktionsnotiz (also von Frank Flegel) heißt es zur Begründung u.a. bzw. wird eingeschätzt: „*diese zusammenfassende, analytische Darstellung*“ sei „*intensiv studiert*“, für „*sehr lehrreich*“ befunden worden und „*wir* (hier stellt sich die Eingangs aufgeworfene Frage wer ist wir) „*schnell davon überzeugt*“ waren, dass „*dieser Text weiter verbreitet werden muss*“.

⁸⁵ Seit 1919 Mitglied der ISP und ihres Parteivorstandes, übernahm er 1914 die Leitung des Parteiorgans „Avanti“ und vertrat die Antikriegshaltung der ISP, was Lenin als „eine Ausnahme für die Epoche der II. Internationale“ hoch bewertete (Werke, Bd. 21, S. 100). Als Teilnehmer an den Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916) näherte er sich der Haltung Lenins an. Als Teilnehmer an dem von Gramsci mit organisierten Turiner Arbeiteraufstand gegen Hunger und Krieg im August 1917 (siehe Beitrag in diesem Heft), der in fünftägigen Barrikadenkämpfen von der Armee blutig niedergeschlagen wurde (500 Tote, 2000 Verwundete) wurde Serrati verhaftet und eingekerkert. Trat im „Avanti“ entschieden gegen die faschistische Bewegung und die Machtergreifung durch Mussolini im Oktober 1922 auf.

⁸⁶ Werke, Bd. 30, Berlin/DDR, 1961, S. 75 f.

wünsche Ihnen viel Erfolg.“⁸⁷ Während Lenin dann vor den „offenen und verkappten Opportunisten“ warnte, setzte er gleichzeitig darauf, dass es Gramsci gelingen möge, die Zentristen zur Annahme der Bedingungen zur Aufnahme in die KI und zum Ausschluss der Reformisten⁸⁸ zu gewinnen. Ein Jahr später, als sich abzeichnete, dass Seerati schwankt, setzte sich Lenin entschieden mit ihm auseinander, sieht in ihm aber immer noch einen „ausgezeichneten Kommunisten“.⁸⁹ Als es dann auf dem ISP-Parteitag, der am 15. Januar 1921 in Livorno zusammentrat, um den Ausschluss der Reformisten ging, konnte Serrati sich nicht durchsetzen und die Zentristen lehnten ihn ab. Daraufhin verließen die Ordnuovisten den Parteitag und gründeten am 21. Januar die IKP. Serrati korrigierte später seine Haltung, wurde Führer der Terzinternationalisten, brach mit den Reformisten und trat 1924 mit einer Gruppe seiner Anhänger der IKP bei (Lenin hatte eine solche Möglichkeit schon vorher in Betracht gezogenen), die ihn in ihr Zentralkomitee aufnahm.

In diesem Kontext Patrick Köbele einen Zentristen zu nennen ist einfach inakzeptabel. Da könnte man auch Lenin einen Hang dazu vorwerfen. Das gilt ebenso für Nina Hager, die einem „rechten Flügel“ angehören soll. Anlass dazu ist wohl ihre Meinung zu den Standpunkten von Thanasis Spanidis und Aitik Barani (diese ist eine der fünf aus der DKP ausgetretenen Genossen), die auch wieder aus dem Zusammenhang ihres Beitrages „Zur Aktualität von Lenins ‚linkem Radikalismus‘“ (Marxistische Blätter, 4/17) herausgerissen wird. Vielleicht wird ihr hier übel genommen, dass sie sich in dem Beitrag mit linkssektiererischen Tendenzen befasst, die – wie ich hier angeführt habe – auch bei „offen-siv“ respektive Frank Flegel zu beobachten sind.

„junge Welt“: Rezension der Kurt-Gossweiler-Bände

Arnold Schölzel: Intensität und Akribie

Im Kampf gegen den Revisionismus: Zum 100. Geburtstag von Kurt Gossweiler sind drei neue Bände mit seinen Texten erschienen.

Am 15. Mai starb der Historiker Kurt Gossweiler in Berlin, am Sonntag (5.11., d.Red.) wäre er 100 Jahre alt geworden. Er gehörte zu den bedeutendsten

⁸⁷ Ebd., S. 75 f.

⁸⁸ Werke, Bd. 31, Berlin/DDR, 1959, S. 193-196.

⁸⁹ „Über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei“, ebd. S. 373-385.

Faschismusforschern im deutschsprachigen Raum. Seine Dissertation, die er 1963 an der Humboldt-Universität zu Berlin verteidigte, „Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affaire (zuletzt 2009 unter dem Titel „Der Putsch, der keiner war. Die Röhm-Affaire 1934 und der Richtungskampf im deutschen Faschismus“ bei Papyrossa neu aufgelegt) und seine Habilitation „Großbanken, Industriemonopole und Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932“ (Berlin 1971, zuletzt 2013 ebenfalls bei Papyrossa) waren Meilensteine marxistischer Geschichtswissenschaft.

Im Kampf gegen den Faschismus hatte Gossweiler, der in einer kommunistischen Familie aufgewachsen war, praktisch schon als Jugendlicher geführt. Im Frühjahr 1943 gelang es ihm als Wehrmachtsoldaten zur Roten Armee überzutreten. An der zentralen Antifa-Schule im westsibirischen Taliza, die er als seine „eigentliche Universität“ sah, lernte er vier Monate und lehrte er vier Jahre, eine Zeit, die er zur wertvollsten seines Lebens zählte.

Nach seiner Rückkehr wurde er 1947 Mitglied der SED und Parteiarbeiter, erst 1955 konnte er seine wissenschaftliche Laufbahn beginnen. Lange vor dem Zusammenbruch der europäischen sozialistischen Länder hatte er sich der Untersuchung von Niedergangserscheinungen in ihnen zugewandt, nach 1990 wurde dies sein wichtigstes Arbeitsfeld. In einem Brief vom 23. Dezember 1990 an den sowjetischen Kollegen und Freund Pawel Raschmir fasste er seine Antwort auf die Frage nach der Ursache des Scheiterns einmal so zusammen: „Der Sozialismus ist nach einer historisch beispiellosen, 1945 triumphal bestandenen Bewährungsprobe gescheitert, weil danach der Marxismus-Leninismus als Kompass über Bord geworfen wurde.“ Stattdessen sei Revisionismus dominierend geworden.

Der Brief wird dokumentiert im dritten Band einer Sammlung von Texten Gossweilers, die die KPD, die Zeitschrift *offen-siv*, der Deutsche Freidenkerverband, die Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH) sowie der Eulenspiegel-Verlag aus Anlass des 100. Geburtstages von Kurt Gossweiler unter dem Titel „Wie konnte das geschehen?“ herausgegeben haben. Die Beiträge wurden in den vergangenen 25 Jahren in der Schriftenreihe der KPD, in *offen-siv* und in der Kommunistischen Arbeiterzeitung veröffentlicht. Neben den Arbeiten, die auf der Internetseite kurt-gossweiler.de abrufbar sind, machen die Bände deutlich, mit welcher Intensität, Akribie und nicht erlahmenden Bereitschaft zur genossenschaftlichen Auseinandersetzung Kurt Gossweiler seinem selbstgestellten Forschungsauftrag bis ins hohe Alter folgte. Sein Werk spiegelt ein Jahrhundert wider.

Kurt Gossweiler: Wie konnte das geschehen? Bodenfelde 2017, Band 1: Beiträge zur Faschismus- und Revisionismusanalyse (327 S., 16 Euro); Band 2: Analysen zu

geschichtlichen Ereignissen (310 S., 16 Euro); Band 3: Briefe, Reden, Kritiken, Repliken und Nachrufe (352 S., 16 Euro) ISBN für drei Bände: 978-3-9818899-0-1, Bestellung per E-Mail: redaktion@offen-siv.com, Tel: 05572/9992242

„junge Welt“ 4./5. November 2017, S. 11

Wir danken für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks!

Nachtrag:

Auch in Russland werden die Werke Kurt Gossweilers wahrgenommen. Vitali Kovel aus Nizhni Novgorod, früher Gorki, nahm Kontakt zu uns auf. Er ist dabei, die „Niederlagenanalyse“ ins Russische zu übersetzen und hat zu unserer Ausgabe der Schriften von Kurt Gossweiler geschrieben:

„Drei Bände der Schriften von Kurt Gossweiler – das war mein Traum! Ich habe schon von denen in der Heft 4/2017 gelesen. Zögerung der KAZ wie auch Schweigen der DKP verstehe ich nicht und nicht billige. Ich wäre natürlich sehr dankbar für eine Zusendung. Aber warum kostenlos? (Wir hatten ihm eine kostenlose Lieferung angeboten, d.Red.) Die Redaktion scheint nicht zu reich zu sein. Ich konsultiere mich in der Bank, wie ich so wie eine Spende machen darf.“

Er betreibt zwei Internet-Seiten. Wer mag, schaue sie sich einmal an:

„Zu den genannten Internetseiten. Der 1. Link verweist auf meine persönliche Seite im weltbekannten sozialen Netzwerk „vkontakte“, dessen Nutzer aus aller Welt sind, auch die deutsche. Meine Seite steht offen für alle, wem ich von Interesse bin, um so mehr für Kommunisten. Meine Notiz dort steht unterm Datum den 6. Oktober mit einem Bild von Kurt und Edith aus jW 06.07.17. Im Laufe der Zeit wird diese Information sich nach unten immer tiefer verschieben. Also, wenn die Rede allein um die Notiz selbst geht, kann man sie immer finden unter den Link https://vk.com/doc1777170_451930847

Der 2. Link: https://vk.com/doc1777170_451931350 führt zu meiner Übersetzung der Bio K.Gossweiler zu seinem 90.Geburtstag.“

Und er fügte hinzu:

„Ich habe viel Interessantes für Kommunisten und möchte besser die deutsche kennen. Deswegen eine Frage. Gibt's jemand in der Redaktion, in der KPD, der Russisch gut kennt, weil für mich viel ins Deutsche zu übersetzen sehr schwer und anstrengend sei. In der DDR ja viele Russisch lernten.

Mit kommunistischen Grüßen,

Vitali Kovel“

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14

37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Postvertriebsstück,

DPAG, H 14360

Entgelt bezahlt

